



Auswärtiges Amt

Zwölftes **Forum Globale Fragen**



**Welt ohne Grenzen? –
Globalisierung und Migration**

Berlin, 2.-3. Juni 2005

Zwölftes Forum Globale Fragen

**Welt ohne Grenzen? –
Globalisierung und Migration**

**Berlin, 2.-3. Juni 2005
Auswärtiges Amt**

Herausgeber: Auswärtiges Amt,
Arbeitsstab Globale Fragen
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel.: 030 - 5000 1923
gf09-s@auswaertiges-amt.de
www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/vn/foren

Fotos: Jürgen Gebhardt, Berlin

Druck: Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Inhaltsverzeichnis

Seite

| | |
|---|----|
| Begrüßung: Dr. Otto Lampe, Leiter des Arbeitsstabs Globale Fragen | 5 |
| Eröffnungsrede: Staatsministerin Kerstin Müller, Auswärtiges Amt | 6 |
| Impulsreferat: Prof. Dr. Rita Süßmuth, Global Commission on International Migration ... | 10 |
| | |
| Panel 1: Migration als Reaktion auf Ungleichgewichte: Zu den Ursachen von Migration und Wanderung | 14 |
| Prof. Dr. John Conell, Weltgesundheitsorganisation (WHO), Genf | |
| Prof. Dr. Barbara John, Humboldt-Universität Berlin | |
| Dr. Hans-Werner Mundt, GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit | |
| Prof. Dr. Rita Süßmuth, Global Commission on International Migration, Bundesministerin a.D. | |
| Moderation: Uwe Rada, die tageszeitung, Berlin | |
| Diskussion | 26 |
| | |
| Panel 2: Diaspora – Insel in der Fremde oder Brücke in die Heimat? Migrantengemeinschaften und ihre kulturelle Bedeutung für Gast- und Herkunftsland | 33 |
| Marie-Luise Beck, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration | |
| Dr. Joanna Breidenbach, freie Journalistin und Autorin | |
| Dr. Andreas Goldberg, Zentrum für Türkeistudien, Essen | |
| Thilo Hoppe, Mitglied des Bundestags, Bündnis 90/Die Grünen | |
| Moderation: Konrad Melchers, Chefredakteur „Entwicklungspolitik“ | |
| Diskussion | 46 |
| | |
| Panel 3: Stadt Land Flucht – Die Urbanisierung der Welt und ihre Folgen | 56 |
| Prof. Dr. Rüdiger Korff, Universität Passau | |
| Stefan Helming, GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit | |
| Anantha Krishnan, UN-Habitat, Nairobi | |
| Dr. Sonja Nebel, Technische Universität Berlin, Habitat-Unit | |
| Moderation: Dr. Thomas Fitschen, Arbeitsstab Globale Fragen | |
| Diskussion | 66 |
| | |
| Panel 4: „Brain drain“ oder „Brain gain“ – wem schadet und wem nützt die Migration? | 76 |
| Georges Lemaitre, OECD, Paris | |
| Dr. Uwe Hunger, Universität Münster | |

Dr. Yuejun Qian, Gesellschaft der chinesischen Studenten und Wissenschaftler
in Deutschland

Albert Over, Gesellschaft für Empirische Studien, Kassel

Moderation: Dr. Hans-Werner Mundt, GTZ Gesellschaft für Technische
Zusammenarbeit

Diskussion..... 91

Teilnehmerliste..... 98

Das „Forum Globale Fragen“ 103

Redaktion: Hermann Nicolai und Ulrike Ungewiß, Arbeitsstab Globale Fragen

Die Diskussionsbeiträge wurden weitgehend in ihrer ursprünglichen Form abgedruckt. Als Mitschnitte freier Rede wurden sie den Panelteilnehmern vor Veröffentlichung nicht zur redaktionellen Durchsicht überlassen. Etwaige Fehler bei der Wiedergabe liegen allein in der Verantwortung der Redaktion.

Der Arbeitsstab dankt Frau Andrea Heise, Herrn Jan Wenzel und Herrn Andreas Edele für ihre Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des 12. Forum Globale Fragen.

Begrüßung durch den Leiter des Arbeitsstabs Globale Fragen, Dr. Otto Lampe

Meine Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde des Forum
Globale Fragen,

wir freuen uns, dass Sie heute zu uns gefunden haben. Sie haben schon eine kleine Wanderung, eine Migration durch das halbe Haus hinter sich. Passend zum Thema und passend auch dazu, dass wir in den nächsten zwei halben Tagen 20 Panelisten und Panelistinnen aus insgesamt vier Kontinenten bei uns begrüßen können treffen wir uns hier im Weltsaal. Das Thema Migration passt auch insofern, als Herr Fitschen und ich im Anschluss an diese Veranstaltung in den nächsten Wochen versetzt werden. Herr Fitschen in die neue Welt. Ich bleibe hier in der Nachbarschaft. Aber wir beide werden, das ist absehbar, ebenso begeisterte Nachfolger haben, die dann weiter das Forum mit Ihnen voranbringen werden zu neuen Themen und neuen Ergebnissen.



Dr. Otto Lampe

Und nun wünsche ich uns allen spannende zwei Tage, unterbrochen von einer hoffentlich sonnigen Fahrt heute Abend auf der Spree, und bitte Frau Staatsministerin Müller, uns zu begrüßen. Vielen Dank

Eröffnung durch die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller

Meine Damen und Herren,
ich möchte Sie alle recht herzlich zum 12. „Forum Globale Fragen“ des Auswärtigen Amtes begrüßen. Mein Dank gilt den Organisatoren dieses Forums, Herrn Dr. Lampe und seinem Team. Der Dank ist gepaart mit etwas Wehmut, denn sowohl Herr Dr. Lampe als auch Herr Fitschen werden uns diesen Sommer verlassen. Ihnen beiden einen besonders herzlichen Dank für die ausgezeichnete Arbeit, die vielen interessanten Foren, die Sie gestaltet haben. Unter Ihrer Führung hat sich das „Forum Globale Fragen“ zu einer hervorragenden Plattform für den Dialog mit der Zivilgesellschaft entwickelt. Sie hinterlassen eine höchst lebendige Institution und ich hoffe sehr, dass diese auch in Zukunft den hohen Erwartungen gerecht wird. Mein besonders herzliches Willkommen gilt vor allem unseren Podiumsgästen, die sich die Zeit genommen haben, heute und morgen mit uns über das Thema „Welt ohne Grenzen? Globalisierung und Migration“ zu diskutieren.

Migration ist kein neues Phänomen, es ist so alt wie die Menschheitsgeschichte. Es reicht von den antiken Wanderungsbewegungen diverser Völker in die fruchtbaren Ebenen Mesopotamiens über die Völkerwanderungen im Mittelalter bis zu den mit der Industrialisierung beginnenden Emigrationswellen in die „Neue Welt“. Wenn wir im Zusammenhang mit Migration die Frage nach einer „Welt ohne Grenzen“ stellen, so zeigt ein Blick in die Geschichte: Massenhafte Arbeitsmigration war eine der treibenden Kräfte hinter der Internationalisierung der Weltwirtschaft vor dem ersten Weltkrieg. Sie wurde ermöglicht durch den weitgehenden Verzicht auf staatliche Einwanderungsbeschränkungen. Zu dieser Zeit konnte man in der Tat von einer „Welt ohne Grenzen“ für Migranten sprechen.



*Staatsministerin Kerstin Müller,
Auswärtiges Amt*

Die treibende Kraft hinter der Globalisierung ist die Entscheidung der westlichen Industrienationen zur Liberalisierung des Welthandels und der Finanzmärkte. In den letzten Jahrzehnten wurden Beschränkungen des internationalen Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs kontinuierlich abgebaut. Im Gegensatz dazu sind Grenzen für Menschen, die in einem anderen Land arbeiten oder leben möchten, immer noch von Bedeutung. Unsere Öffnung der Grenzen in Europa – im Rahmen des Schengen-Abkommens – bleibt im Vergleich zu anderen Regionen eine Ausnahme. Beispielsweise wurde zwar im „North American Free Trade Agreement“ zwischen Mexiko, Kanada und den USA der Handel weitgehend liberalisiert. Die Grenze zu den USA bleibt für mexikanische Staatsbürger jedoch nach wie vor geschlossen.

Eine „Welt ohne Grenzen“ gibt es heute nur für Güter, Dienstleistungen und Kapital, nicht aber für Arbeitsmigranten oder Flüchtlinge. Zwar verständigten sich die Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation im

„General Agreement on Trade and Services“ darauf, den vorübergehenden Aufenthalt von Mitarbeitern ausländischer Dienstleistungsunternehmen zu erleichtern. Und zudem gibt es darüber hinaus eine Reihe anderer internationaler Organisationen, die sich mit Migration beschäftigen, wie zum Beispiel die Internationale Arbeitsorganisation, die „International Organisation for Migration“ und der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen. In keiner dieser Organisationen ist es uns jedoch bisher gelungen, einen geeigneten Rahmen für eine umfassende und effektive Zusammenarbeit zwischen Auswanderungs- und Einwanderungsländern zu schaffen.

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 scheint eine „Welt ohne Grenzen“ eher in weite Ferne gerückt. Denn offene Grenzen werden nicht nur von Arbeitsmigranten und Flüchtlingen genutzt, sondern auch von Terroristen, Menschen schmugglern und Kriminellen missbraucht. Aus sicherheitspolitischen Gründen werden deshalb die Kontrollen an den Grenzen vieler Staaten verschärft. Und heute ist es eine zentrale Aufgabe, die Interessen eines Staates an Öffnung und internationalem Austausch einerseits und seinen Sicherheitsbedürfnissen andererseits in eine kluge Balance zu bringen.

Meine Damen und Herren,

Trotz der weiter bestehenden Grenzen hat die Migration am Anfang des 21. Jahrhunderts ein nie zuvor gekanntes Ausmaß erreicht. Heute sind schätzungsweise an die 175 Millionen Menschen unterwegs, um vor Armut und Perspektivlosigkeit, vor Unfreiheit und Unterdrückung, vor Krieg und Gewalt oder vor verheerenden Naturkatastrophen zu fliehen. Zwischen 1975 und 2000 hat sich die Zahl der internationalen Migranten verdoppelt. In den letzten zehn Jahren stieg sie um jährlich sechs Millionen und damit schneller als das Wachstum der Weltbevölkerung. Diese Zahlen belegen, dass internationale Migration längst ein Bestandteil des Globalisierungsprozesses ist.

Globalisierung vollzieht sich in diesem Bereich jedoch nach einem anderen Muster als etwa in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Während die Liberalisierung der Finanzmärkte und des Welthandels auf das strategische Verhalten von Staaten zurückgeht, sind Wanderungsbewegungen Folge individueller Entscheidungen. Globalisierung vollzieht sich hier „von unten“ und entzieht sich damit zumindest teilweise staatlicher Kontrolle. Illegale Immigration stellt heute viele Staaten vor große Herausforderungen.

Lassen Sie mich Ihr Augenmerk auf einen weiteren problematischen Zusammenhang zwischen Migration und Globalisierung lenken: Innerstaatliche Probleme wie Überbevölkerung, Armut, Umwelterstörung, Menschenrechtsverletzungen, politische Unruhen und Bürgerkriege haben durch Wanderungsbewegungen schwerwiegende Auswirkungen auf andere, meist benachbarte Staaten. Als Beispiele der 90er Jahre nenne ich hier nur die Flüchtlingsströme in Folge der bewaffneten Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und der zahlreichen Bürgerkriege auf dem afrikanischen Kontinent. Etwa 17 Mio. Flüchtlinge befinden sich derzeit außerhalb ihrer Heimatländer.

Wir tragen dem in Deutschland durch unsere Asylpolitik Rechnung, bei der nicht der Schutz vor Flüchtlingen, sondern der Schutz von Flüchtlingen das Ziel unseres Handelns sein muss. Deshalb war es notwendig, dass wir mit dem neuen Zuwanderungsgesetz weitere Fluchtgründe anerkennen, etwa nichtstaatliche Verfolgung oder – vor allem für Frauen wichtig – Verfolgung aufgrund Geschlechtszugehörigkeit. In diesen Kontext gehört ebenfalls die Aufenthaltserlaubnis für solche Flüchtlinge, die aus zwingenden humanitären Gründen – etwa drohende Folter, oder Todesstrafe – nicht abgeschoben werden können.

Viele Menschen fliehen vor Bürgerkriegen und bewaffneten Konflikten jedoch nicht in ein anderes Land, sondern in eine andere

Region innerhalb ihres Heimatstaates. Es gibt heute schätzungsweise zwischen 20 und 25 Millionen Binnenvertriebene. Die Situation vieler dieser Flüchtlinge ist sehr schwierig, sie sind oft hilflos Überfällen bewaffneter Konfliktparteien ausgeliefert.

Meine Damen und Herren,

Ein weitaus größerer Teil der Binnenwanderung vollzieht sich heute jedoch als Migration aus ländlichen Gebieten in große Städte. Land-Stadt-Migration übersteigt zahlenmäßig die internationale Migration um ein Vielfaches. Allein in China, schätzt man, sind in den 90er Jahren über 100 Millionen Menschen aufgrund ärmlicher Lebensverhältnisse von den landwirtschaftlich geprägten westlichen Provinzen in die Küsten-Metropolen im Osten des Landes gezogen. Diese Urbanisierung der Welt stellt die multi- und bilaterale Entwicklungspolitik vor schwierige Fragen. Sollen wir den Schwerpunkt auf die Sicherung der Versorgung der ländlichen Bevölkerung, trotz schlechter Infrastruktur in diesen Regionen legen? Oder ist eine Neuorientierung unserer Entwicklungspolitik auf die urbanen Zentren notwendig?

Während internationale Migration ein wichtiger Bestandteil des Globalisierungsprozesses ist, werden moderne Wanderungsbewegungen gleichzeitig von der Globalisierung in anderen Bereichen geprägt. Ich denke etwa daran, wie billige Transportmöglichkeiten die Migrationsmuster verändern und neue Wanderungsformen wie die „Pendel-Migration“ ermöglichen. Oder wie dank Internet und E-Mail Migrantengemeinschaften engen Kontakt mit ihren Familien und Freunden in den Herkunftsländern pflegen können. Dies gibt der Diaspora die Möglichkeit, durch den Austausch ihrer Erfahrungen in Gastländern zur soziokulturellen und politischen Entwicklung ihrer Herkunftsländer beizutragen.

In Deutschland und Europa, meine Damen und Herren, ist die Debatte über die Gewinne und Verluste aus grenzüberschreitenden

Wanderungsbewegungen oft von Ängsten geprägt. Ich erfahre dies oft in den Diskussionen über das Zuwanderungsgesetz und über „Billigarbeiter“ aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Wir müssen diese Ängste ernst nehmen. Allerdings werden sie oft auch durch polemische Debatten verstärkt und können durch bessere Information und vor allem sachliche Diskussion zumindest teilweise überwunden werden.

Fakt ist: Es kommen doch höchstens ein bis zwei Prozent aller Migranten nach Europa. Ich bitte jeden eindringlich sich vor Augen zu halten, dass es gerade die armen und ärmsten Länder dieser Welt sind, welche die Hauptlast der weltweiten Wanderungsbewegungen tragen. Aufgrund der schrumpfenden und alternden Bevölkerung ist gerade Deutschland wie andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch auf Einwanderung angewiesen.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat im Januar 2004 vor dem Europaparlament auf die Gefahr des Bevölkerungsrückgangs hingewiesen mit den Worten: „Ein Europa, das sich abschließt, wäre ärmer, schwächer und älter. Einwanderer sind ein Teil der Lösung, nicht Teil des Problems“. Dem kann ich voll und ganz zustimmen. Ich denke, Migration als Ausdruck einer Globalisierung „von unten“ lässt sich nicht unterdrücken. Sondern wir müssen sie gestalten und steuern, damit sie zur nachhaltigen Entwicklung aller beteiligten Länder beiträgt. Das ist die zentrale Aufgabe von Politik heute – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Regierungen der Herkunfts- und Gastländer, internationale Organisationen, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure sind gefragt, wenn es darum geht, aus der Migration einen Nutzen für alle Beteiligten zu ziehen.

Dazu gehören moderne Einwanderungsregelungen, welche die Immigration erwünschter Personen ermöglicht. Deutsch-

land trägt dem teilweise durch das Zuwanderungsgesetz Rechnung. Ich meine damit haben wir hier in Deutschland trotz aller Mängel, die das Gesetz auch hat, immerhin einen ersten Schritt für eine Gestaltung von Einwanderungspolitik begonnen. Insbesondere etwa für Höchstqualifizierte, für Selbstständige, aber auch hinsichtlich der Arbeitsaufnahme von Studienabsolventen bedeutet dies eine Abkehr vom alten Recht.

Ich sehe allerdings auch, dass die Integrationsbemühungen noch weitergehen müssen. Sprachkenntnisse zu vermitteln ist absolut notwendig, aber keinesfalls ausreichend. Erfolgreiche Integration bedeutet darüber hinaus auch Zugang zu Arbeit, Wohnraum, Bildung vor allen Dingen und politische Gestaltungsmöglichkeiten. Ich sage auch selbstkritisch, es gibt Fehler, die wir hier in Deutschland in der Vergangenheit gemacht haben. Es gab immer Migration. Wir haben dem eben nicht durch eine entsprechende gestaltende und steuernde Politik Rechnung getragen, mit der Folge, dass wir nicht genügend Integrationsangebote gemacht haben und nun mit Folgeproblemen zu tun und zu kämpfen haben. Ziel einer gelungenen Integrationspolitik ist es, den Migrantinnen und Migranten die Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

Daneben ist natürlich auch eine richtige Außen- und Entwicklungspolitik erforderlich, die sich eben stark auf die Bekämpfung von Fluchtursachen ausrichtet. Niemand soll gezwungen sein, sein Land aus wirtschaftlichen oder politischen oder humanitären Gründen zu verlassen. Auch deshalb müssen wir dazu beitragen, die Armut in Entwicklungsländern zu reduzieren und die dortigen Lebensbedingungen zu verbessern.

Gestaltung und Steuerung von Migration setzt eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema voraus und das ist oft sehr schwierig, gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Das kann man hier offen ansprechen. Schließlich muss die Einreise etwa von Terroristen und Menschenschmugglern durch sicherheitspolitische Maßnahmen verhindert werden.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan hat deshalb die Schaffung einer „Weltkommission für Internationale Migration“ angeregt. Sie wurde 2003 ins Leben gerufen und soll Mitte 2005 einen Bericht vorlegen. Im September 2006 soll dann auf der 61. Generalversammlung der Vereinten Nationen ein „Dialog auf hoher Ebene“ über internationale Migration und Entwicklung stattfinden. Ich erhoffe mir davon wichtige Impulse für einen sachlicheren Umgang mit dem Thema Migration.

Wichtige Impulse und vor allem einen fruchtbaren Gedankenaustausch wünsche ich Ihnen und uns natürlich auch heute und morgen hier beim 12. „Forum Globale Fragen“. Ich freue mich besonders, heute ein Mitglied der „Weltkommission für Internationale Migration“ bei uns begrüßen zu dürfen. Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth. Obgleich wir in verschiedenen Parteien sind, habe ich mit ihr in der Vergangenheit gerade zu diesem Thema sehr, sehr gut, sehr intensiv und sehr fruchtbar zusammen gearbeitet. Sie wird uns sicherlich einen interessanten Einblick in die bisherige Arbeit der „Weltkommission für Internationale Migration“ geben. Frau Prof. Süßmuth, ich freue mich, dass Sie da sind und gebe Ihnen jetzt das Wort. Vielen Dank und viel Erfolg bei der Tagung.

Impulsreferat von Prof. Dr. Rita Süßmuth, Weltkommission für Internationale Migration und Bundesministerin a. D.

Frau Staatsministerin Müller, Herr Lampe, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich freue mich, dass ich heute zu dem Thema sprechen kann, weil ich glaube, dass mit diesem Forum Globale Fragen und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Deutschland etwas passiert ist, was längst überfällig war und was heute weltweit einen Stellenwert hat, den wir uns wahrscheinlich vor zehn Jahren so noch nicht vorstellen konnten. Die Global Commission on Migration hat eigentlich eine lange Vorarbeit gehabt, wenn man an die vorausgegangene Berner Initiative und die Haager Initiative denkt, die aus einem Verbund von Regierungsvertretern, internationalen Organisationen, wie die International Organisation on Migration, die Geneva Migration Group, die OSZE und die OECD und aus allen Erdteilen zusammengesetzt war. Auf die Frage, wie kommen wir eigentlich zu einer besseren Steuerung und Gestaltung von Migration, kam die Global Commission on Migration schließlich zu dem Ergebnis, dass wir eine größere Vernetzung und Umorganisation auch auf globaler Ebene brauchen.

Alle Mitglieder unserer aus vielen Nationalitäten bestehenden Kommission sagen: Kein einziges Land kann allein oder national klären, was im Feld der Migration und Integration zu klären ist. Also müssen wir gemeinsam vorgehen. So ist auch die EU verfahren, und wir wissen, wie schwer sie sich getan hat, gerade in dem Bereich der Migration. Nehmen Sie Tampere 1999, den Versuch, die Fragen der Flüchtlingsrechte und des Flüchtlingsschutzes, sowie die Prozesse der Asylpolitik in gemeinschaftlichen Verfahren zu regeln. Auf der einen Seite bedarf es der Zusammenschlüsse und der gemeinschaftlichen Anstrengung. Auf der anderen Seite ist dies ein Gebiet, das gegenwärtig bei der EU auch deutlich wird im Bereich der Arbeitsmigration, auf dem die Mitgliedsstaaten

größten Wert darauf legen, in nationaler Zuständigkeit zu handeln. Aber wir sind längst nicht so weit, dass wir im Europa der 25 sagen: Wir wollen mehr vergemeinschaften! Was wir in diesen Tagen erleben, ist just das Gegenteil. Es ist überhaupt noch nicht hinreichend geklärt, was grenzübergreifend und was national entschieden werden soll.

Für den Auftrag der Global Commission on Migration, wie ihn auch Kofi Annan gesehen hat, gab es zwei Ziele: Sich erstens klarer zu werden, wie sieht es denn in der Welt bezüglich der Migration aus? Haben wir alles nötige Wissen? Und zweitens, wie setzen wir das Thema auf die nationale Agenda? Und mit dieser Frage verbunden ist, wie soll besseres Management von Migration aussehen? Davon nicht zu trennen ist die Frage nach guter Regierungsführung, nach governance. Wie sieht es um die Regierungen aus? Denn vieles, was wir erlebt haben auch in den afrikanischen Staaten, ist ein Mangel an good governance. Das war der Auftrag an die Kommission.

Wir haben eine Kommission mit 19 Mitgliedern aus allen Erdteilen. Und wenn Sie mich fragen, was ich selbst als Besonderes empfunden habe, war es die Tatsache, dass wir uns nicht nur auf Spezialisten im Sekretariat und auswärtige Gutachten aus aller Welt gestützt haben, sondern dass wir auch in allen fünf Kontinenten Hearings durchgeführt haben. Diese Hearings, ob es nun in Asien war, in Afrika, in den Maghrebstaaten, in Europa oder jetzt das letzte in Nord-, Mittel-, und Südamerika, waren jeweils so organisiert, dass Regierungsvertreter, Experten und NGOs dabei waren. Ich verrate Ihnen nichts Besonderes, wenn ich Ihnen sage, die lebendigsten Sitzungen waren immer die mit den NGOs. Die traten natürlich oft in einen erheblichen Gegensatz zu der offiziellen Regierungslinie.

Bei den Hearings wurde erstens deutlich, dass lateinamerikanische Staaten viel stärker das Recht auf Mobilität diskutieren, als eine Regierung der Industriestaaten es tut. Die Regierungen in den Industriestaaten fragen heute, wie machen wir unsere Grenzen sicherer? Die USA geben heute allein für die 3 000 km Grenze zwischen USA und Mexiko achtmal soviel aus wie sie es vor 2001 getan haben. Und wenn Sie die Grenze zu Kanada hinzunehmen, ist es 31 mal so viel. Zur Zeit geht weit mehr Geld in die Sicherung der Grenzen und in die Grenzkontrollen als in ein besseres Management von Migration und Integration. Das Zweite, was bei den Hearings deutlich wurde, ist, wo die Hauptprobleme liegen und was in den Regionen der Welt erfolgt ist, um diese Probleme besser miteinander zu lösen.

Wenn ich zu diesem Punkt Stellung nehme, dann möchte ich eigentlich ganz kurz, weil es auch in Deutschland und Europa noch zu kurz kommt, darauf hinweisen, dass wir es mit Veränderungen in den Wanderungsmustern zu tun haben. Unser deutsches Zuwanderungsgesetz befasst sich ganzschlicht mit Integration von dauerhaft im Land verbleibenden Migranten. In der Welt haben wir allerdings Veränderungen. Da geht es nicht mehr nur um Einwandern und Auswandern, sondern es treten immer stärker hinzu: Pendelwanderung, temporäre Wanderung, zirkuläre Wanderung, so dass die alten Muster nicht mehr in gleicher Weise für die Gegenwart gelten. Die Transportwege haben sich verändert. Die Mobilität ist größer geworden. Das sind entscheidende Punkte, die wir beachten müssen. Europa hat immer noch den Eindruck, wir sind am stärksten von Migration betroffen. Dabei ist es der asiatische Kontinent, der am stärksten betroffen ist. Wir beachten auch nicht, was in der früheren Sowjetunion geschieht. Die Demografie dort lässt uns noch ziemlich kalt, während die Russen höchst beängstigt sind. Die fühlen sich anders bedroht als wir. Die meinten, sie seien 180 Millionen, und sind jetzt nur 140 Millionen und wissen nicht genau, ob sie in Kürze nur noch 130 Millio-



Prof. Dr. Rita Süßmuth

nen, nach manchen Schätzungen auch nur noch 100 Millionen Menschen sein. Die Geburtenraten sind dort noch dramatischer als bei uns. Deswegen werden wir auch nicht von Mittel- und Osteuropäern überströmt.

Wanderungsbewegungen können zugleich notwendig und unerwünscht sein. Das finden Sie auf der ganzen Welt. Sie brauchen Wanderungsbewegungen, aber wenn Staaten sie verhindern könnten, dann würden die meisten das tun. Ich komme gerade aus Kanada. Dort ist das Thema, dass man eigentlich viel mehr Zuwanderer für das Jahr 2005 braucht, als mit 240.000 festgelegt wurde. Dies ist zu wenig für den Bedarf. Kanada hat eine um 0,1% höhere Geburtenrate als Deutschland, arbeitet aber in einer Weise an Zuwanderung und Integration, dass wir in Deutschland noch kräftig lernen können. In Europa dagegen fragt ein Teil der EU-Mitgliedsstaaten, wie halten wir die Immigranten fern, wie setzen wir die Standards zur Integration so hoch, dass keiner mehr kommt? Das wird zwar nicht offiziell gesagt, es geht ja um die Integration: Aber wenn ich wie in Dänemark als Migrant den Standard eines 16jährigen dänischen Jungen erreichen muss – man hätte ja eigentlich ein Mädchen nehmen können, aber man hat einen Jungen genommen – also dessen Sprachkenntnisse erreichen muss,

dann kann ich als Migrant nicht im Land verbleiben. Die Niederlande gehen noch einen Schritt weiter und sagen, Ihr müsst diesen Standard schon mitbringen. Ihr habt im Heimatland die Sprachkenntnisse zu erwerben. Das führt dann zu erheblichem Migrationsdruck in anderen, vor allem den skandinavischen Ländern, wenn einzelne Länder sehr strenge Kriterien einführen. Das ist dann auch Globalisierung. Man erfährt sehr rasch, wo komme ich sowieso nicht mehr rein und wo komme ich noch herein. Wo sind die Arbeitsverhältnisse gut und wo finde ich keine Arbeit. Denn es ist ein Ammenmärchen anzunehmen, dass die Menschen, die aus wirtschaftlichen Motiven wandern, zu uns wandern, weil sie hier in die Sozialsysteme wollen. Die wollen arbeiten, selbst Geld verdienen.

Wir haben auch ein Problem mit dem neuen Zuwanderungsgesetz. Deutschland ist im Augenblick ein Land, von dem man weiß, dass es zur Einwanderung eigentlich keine Chance gibt. Dabei ist es so wichtig für die Zukunft zu wissen, wie Kofi Annan es gesagt hat, dass wir die Ungleichheiten ausgleichen, die auch eine Folge der Globalisierung sind. Die Ungleichheiten sind ja nicht überall kleiner geworden. Zum Teil haben sie erheblich zugenommen. Aber die europäischen Staaten hören es nicht gern, wenn sie aus demografischen Gründen Migranten brauchen. Immerhin werben die Engländer und die Tschechen kräftig an. Nachdem sie anfänglich die Polen und die Bürger der mittelosteuropäischen Erweiterungsstaaten nicht hereingelassen haben, haben sie schließlich gesagt, uns ist das Hemd näher als der Rock. Wir lassen sie herein, wir brauchen sie. Wir haben es also mit sehr uneinheitlichen Regelungen zu tun. Trotzdem wird es die starken Geburtenjahrgänge weder im Nahen Osten noch anderswo davon abhalten, dorthin zu gehen, wo sie glauben, für sich eine Chance ergreifen zu können. Wenn 50 % eines Landes jünger sind als 25, in manchen Ländern haben wir gar 80 %, dann setzt das Wanderungsbewegungen in Gang, ob wir wollen oder nicht.

Der Global Commission on Migration ist auch sehr wichtig, dass wir nicht mehr Entwicklungspolitik im alten Sinne weiter führen. Denn wir haben in den letzten Jahren gelernt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung gibt. Die Weltbank hatte uns darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Überweisungen der Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer die staatliche Entwicklungshilfe weit übertreffen. Und sie steigen weiter. Aber es geht ja nicht nur um die Überweisungen. Es ist von großer Bedeutung, dass die Migranten in den Diaspora-Gemeinden heute die Verbindung zum Heimatland halten und aktiv beteiligt sind am Ausbau von Handelsbeziehungen, von Investitionen, von Bildung, an der Entwicklung der Infrastruktur, am Ausbau demokratischer Strukturen in diesen Ländern und an der Entwicklung einer Zivilgesellschaft. England hat das sehr schnell begriffen und Studenten aus diesen Ländern rekrutiert. Das Thema der bilateralen und multilateralen Beziehungen bedeutet heute nicht mehr einfach Geld für die Entwicklungshilfe. Das Thema der bilateralen Beziehungen lautet vielmehr „Migration und Entwicklung“. Fragen eines vorübergehenden Aufenthalts und Möglichkeiten der Rückkehr haben eine große Bedeutung gewonnen.

Lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt nennen, der in der Global Commission on Migration eine wichtige Rolle spielte. Das ist die legale und die illegale Migration, ein Thema, von dem ich sagen muss, es ist auf der Agenda mit unterschiedlichen Weichenstellungen. Ich habe zum einen von der Grenzkontrolle gesprochen, Migration zu verhindern. Wir wissen aber, die Länder mit der striktesten Kontrolle haben einen hohen Anteil von Illegalen. Ich nenne mal als Beispiel die USA, die wir als Einwanderungsland bezeichnen. Von den 30 Millionen Migranten in den USA sind 10 Millionen nach den Schätzungen irreguläre. Länder wie Kanada oder Australien haben weit weniger, weil sie mehr Legale reinlassen und deshalb eine bessere Übersicht haben. Nun

spielt ja bei den Illegalen, die wir offiziell bekämpfen, eine Rolle, dass sie von der Wirtschaft erwünscht sind, weil sie billiger sind. Kanada fragt z. B., warum übernimmt die USA nicht unsere ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft für 6 Monate. Die würden dann ja auch wieder nach Hause gehen, und sie wären ordentlich in unseren Ländern in Arbeit und zahlten ihre Beiträge. Wir hätten keine Ausbeutung, weil sie billiger sind. Das Problem der Illegalen ist nicht nur über scharfe Grenzkontrollen zu lösen. Allerdings wissen wir auch, dass die Legalisierung der Illegalen nicht die Lösung ist.

Ich nenne Ihnen noch einen Bereich, der aus den Hearings der Global Commission on International Migration deutlich geworden ist. Sie finden auf allen Kontinenten grenzüberschreitende Zusammenarbeit, weil man innerhalb einer Region besser zu gemeinschaftlichen Lösungen kommt, gerade auch in der Frage, wie viel offene Grenzen können wir haben und wo endet das. Unser Problem der Drittstaaten finden Sie weltweit. Was in anderen Regionen außerhalb der EU fehlt, ist die Fähigkeit, gemeinschaftliche Lösungen zu organisieren und erst recht schwierig ist es, wenn das nach dem Konsens-Prinzip erfolgen soll. Dennoch rufen viele Staaten nach mehr regionalen Kooperationen und nach Koordination.

Der letzte Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist, wie sieht das nun für die globalen Fragen aus? Glauben Sie ja nicht, dass die Staaten nun sagen, also natürlich ist unsere Institution die UNO. Ich habe in der Global Commission on Migration gelernt, dass man ständig aufpassen muss, dass vor lauter Pragmatismus die Menschenrechte nicht auf der Strecke bleiben. Wie man die humane Dimension, die Menschenrechtsdimension, mit ökonomischen Dimensionen verbindet, das regeln ja internationale Konventionen, und das reicht. Es gibt aber eine

ganze Reihe Menschenrechtskonventionen, die nicht von allen Staaten ratifiziert sind, schon gar nicht im Bereich des Arbeitsrechts, des Schutzes der Arbeitsmigranten. Hier gibt es gegenwärtig keine Organisation, die das übernehmen könnte und darauf achten würde, welche die Arbeitsmigranten betreffenden Fragen auf der internationalen Ebene in permanenter Zusammenarbeit mit den Staaten aufgegriffen und weitergeführt werden. Die nationalen Regierungen sind eher an lockeren Abmachungen und Zusammenschlüssen interessiert als an gemeinschaftlichen Festlegungen. Da muss man sagen, hoffentlich geht uns der bisherige Grad an Integration und Verbindlichkeit in der EU nicht wieder verloren.

Ich möchte mit einem sehr positiven Hinweis schließen: Die wichtigsten Ideen, wie wir altes Denken mit neuem verbinden können, oder auch, wo notwendig, ablösen, kommen von der Zivilgesellschaft. Sie ist nahe am Geschehen dran und nicht so sehr in Zwänge eingebunden. Deshalb werden wir in der Global Commission on International Migration diesen zivilgesellschaftlichen Bereich auch ganz stark betonen. Kofi Annan selbst hat ihn in seine Leitprogrammatische aufgenommen. Gestatten Sie mir noch folgenden Hinweis: Ob es die vorgesehene high level discussion zum Thema Migration im September 2006 ist oder ob es die jetzt anstehenden Reformen sind. Hier ist noch ein erhebliches Stück Arbeit zu leisten, Arbeit, einen ordentlichen Bericht der Kommission zu erstellen, und Arbeit, ein ordentliches Follow-Up zu leisten. Notwendig ist vor allem, gemeinsam zu handeln. Dann wird daraus eine win-win Situation für Migranten, für Herkunftsländer und Aufnahmeländer. Das ist meines Erachtens der neue Ansatz beim Thema Migration. Er ist verwirklichtbar und für viele internationale Organisationen ein prioritäres Thema. Ich danke Ihnen.

Panel 1: Migration als Reaktion auf Ungleichgewichte: Zu den Ursachen von Migration und Wanderung

Moderation: Uwe Rada, die tageszeitung

Moderator

Herzlichen Dank, Frau Prof. Süßmuth. Ich darf Sie recht herzlich zu unserer ersten Runde des Forums Globale Fragen begrüßen. In dieser Runde soll es so allgemein wie nötig und so konkret wie möglich um die Frage nach den Ursachen von Migration und Wanderung gehen. Wer also macht sich warum, wann und wohin auf den Weg, und sind diese Push-Faktoren für Migration und Wanderung nicht auch Reaktion auf die zunehmend globalen Ungleichgewichte, hervorgerufen nicht zuletzt durch die grenzüberschreitende Wanderung der Kapitalströme? Ist Migration also, wie es Frau Staatsministerin Müller gesagt hat, eine Art

Globalisierung von unten? Frau Prof. Süßmuth hat bereits darauf hingewiesen, wie wichtig dieses Wissen ist, wie wichtig es ist, dieses Wissen zusammen zu tragen, um Migration managen zu können und um eine entsprechende Politik zu finden. Nun sind wir hier keine Global Commission on Migration, aber durchaus eine kleine Runde, die auch ihre Erfahrungen zusammen tragen kann, und ich hoffe, das werden wir in den nächsten anderthalb Stunden mit Gewinn tun.

Ich darf Ihnen deshalb das Podium vorstellen. Den weitesten Weg hatte Prof. John Connell zu Ihrer Rechten. Er kommt aus Sydney zu uns. Herr Connell ist Professor für Geographie und seit 2001 Leiter der Fakultät



Moderator Uwe Rada und das Panel 1

für Geowissenschaften an der Universität von Sydney. Im Rahmen seiner Forschungen setzt er sich vorwiegend mit den Themen Migration, Urbanisierung und Umwelt auseinander. Von 2000 bis 2003 hat er für die Weltgesundheitsorganisation in Genf an einem Projekt über die Auswanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus der Pazifikregion gearbeitet. Das zweite Statement wird Frau Professor Barbara John halten. Frau John ist Professorin für europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität Berlin. Sie alle kennen sie natürlich auch als Ausländerbeauftragte des Berliner Senats. 22 Jahre lang hat sie dieses Amt bekleidet und damit, das darf man wohl mit Fug und Recht sagen, ganz wesentlich dazu beigetragen, dass Berlin die weltoffene Stadt ist, als die wir sie heute kennen. Der Dritte in der Runde ist Herr Dr. Hans-Werner Mundt. Er wird keinen Vortrag halten, aber er wird die Diskussion, die es vorher gegeben hat, in einem Kommentar wiedergeben. Herr Mundt ist seit 2003 Leiter des Projekts Migration und Entwicklung bei der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ. Uns einen Kommentar abzugeben, würden wir uns auch von Frau Professor Süßmuth wünschen. Ich brauche sie Ihnen nicht mehr vorzustellen. Mein Name ist Uwe Rada. Ich bin Redakteur der „tageszeitung – taz“. Bitte schön, Herr Connell, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. John Connell, Weltgesundheitsorganisation (WHO), Genf

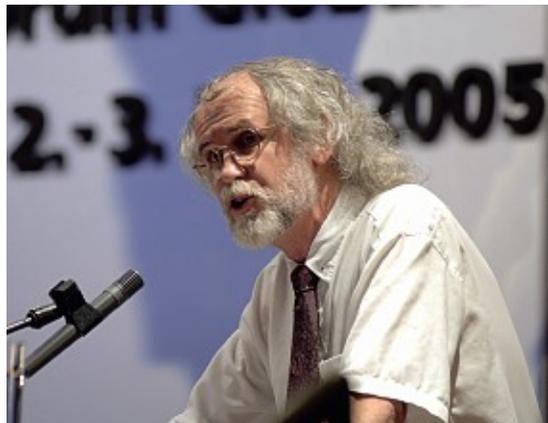
Good afternoon, Ladies and Gentlemen. Thank you very much for inviting me here. We live, of course, in an age of migration. But despite coming from Australia, a nation of immigration, it is important to remember that most people, indeed about 98 % of the population, have never crossed international borders from their birth place. Either that most people want to stay at home or there is massive potential for migration or most likely both of those options. Right now as Switzerland contemplates Schengen as the Dutch and the French reject the European constitution and a month earlier in the British general election migration issues will al-

ways be on some people's minds. Indeed, during the British general election six weeks ago in April 2005, one British newspaper correspondent observed the conservative party hiring very recent migrants to Britain and paying them very low wages to deliver leaflets. This stressed the need to reduce or control migration. And he wrote in his column, I think it is nice to quote it: „If you can afford it in England Czech nannies or Hungarian au-pairs will care for your children. Poles will build your new extension. Lithuanians will sand your floors, Nigerians will clean your desk before you get to the office and Japanese and Germans, anxious to make the kind of money they can't make at home, will work alongside you. Indian doctors will treat you when you are sick and if they fail the last sight you will see will be a Philippina nurse looking down at your hospital bed.“ And that is a queue then for me to talk about migration and health because presently I am on secondment to the WHO in Geneva. I do not speak as a WHO representative but I do want to be a little bit more specific than the last two speakers.

Recently in the world we have seen greater selectivity in migration. In the health service, in other areas, the migration of trained teachers, of IT-workers, of sportsmen, not usually women, for that matter as well. And I think it is worth asking questions. Is health different? Not just because the workers migrate but because the health services they migrate from are significantly affected by that migration. Indeed, last Friday's Independent Newspaper, self-proclaimed in England the newspaper of the year showed a picture of an African child and it is entitled „An African child, four weeks old, disabled by Britain. This baby boy is brain damaged. He lies in a Ghanaian hospital alongside dozens more children whose lives have been needlessly rapped. They are victims of a health service left crippled by our voracious demand for third world doctors, nurses and midwives.“ So some men now talk of a global crisis. The Independent itself used words like „a new slave trade, poaching“. But real-

ly, none of this is new. In the 1960s and 1970s there was significant migration particularly then of doctors from India, from Iran, from then poor countries like Italy and Ireland. Then there was a period of global stagnation. And now again in the 1990s and in this century there has been a further significant growth of migration of skilled health workers – with some differences, however. One, it is now nurses rather than doctors, which means also that it is women rather than men. Secondly there is now much more active recruitment. People use words about recruiting agencies like body shoppers, people movers, global raiders. In the Philippines alone there are 800 recruitment agencies. Migration is much more complex now than it was. Nurses leave the South Pacific Islands to go to Australia. Australians go on to Britain and so on. It has become fourthly much more global, China in the last year or so has become a source of health workers, some going to the United States. Japan always holding out against migration is now beginning to take health workers from, of course, the Philippines. Finally, words of the minister used earlier, „commuter migration”. There is even a migration of Jamaican nurses, flying in for ten days to work in Florida, going back for one weekend to Jamaica and doing it all again.

So why does this happen? Most speakers earlier have talked about the aging populations. We can add to that the greater expectations that people have of health services and reduced recruitment in those countries. Why? Because there are now more jobs for girls. Health is sometimes seen as a dirty, dangerous, difficult job, particularly now in the rise of HIV/Aids. There are poor working conditions, shift and overtime work. So all that means less status and poor wages whereas at the same time business seems more attractive these days than public service. And similar circumstances of course occur in the source countries. There we see the same problematic working conditions but added to that sometimes political instability and certainly significant uneven develop-



Prof. Dr. John Connell

ment. In the South Pacific Islands people talk now about a transnational cooperation of kin, extended households, spreading their members literally to different continents to maximize the welfare, the incomes of those individuals. An ally to that in some countries is restructuring. Sometimes imposed from outside by the IMF, the Asian Development Bank and so on, downsizing, stabilizing the public service, making it sometimes hard to employ even those who actually want to stay. So this has been a skill drain especially from the poorest countries and especially from the rural and remote parts of those countries where the need is usually greatest.

In the same time there is now this massive pressure of recruitment, of a new exotic frontier to potential health workers. Open Google sometime and put in „nurse migration”, then you see flashing up on the screen wonderful advertisements about where you can go. Happy smiling nurses, contented patients. None of the problem patients that sometimes exist. So there is massive demand for migrants, there is demand from their part for migration. But there is concern about the supply of those health workers. Especially now since people are beginning to enter the health work force specifically because it offers migration opportunities.

That was happening in the Philippines the 1980s, it is now happening in small islands like Jamaica and Fiji. And in the Philippines doctors are presently retraining as nurses because it is easier to move overseas as a nurse.

How then to manage a health service in a context where seemingly everyone wants to migrate. It raises some very obvious issues. First of all, in many countries there is a shrinking work force in the health sector. Needs no longer are met. Ever longer waiting times, closed wards, sometimes less qualified staff to assist. Secondly, there is a loss of morale, amongst those who stay. Is it going to get worse? Thirdly, there is concern over the value and cost of replacements even if the departing workers actually are replaced. There are costly referrals off shore. And finally, of course, most important, there is a massive loss in the training costs of those workers. And the training costs of health workers are very considerable. We know, I think I am the only person to have done a study on it, that the remittances of nurses are very substantial indeed. Nurses indeed are more generous than most other migrant workers. But we also know that the remittances they send back go primarily into the private sector. They don't really counteract the cost of supporting the public sector where most of those nurses were trained. Indeed, sometimes we have a global fixation with the role of remittances because they are so large that somehow remittances will get it right. We also have a global fixation with diasporas and return migration. Not many health workers return. Many of those who do go back as they do in the Philippines, as they do in Pacific Island States, set up businesses, not to be health workers. And I suspect that our fixation on remittances and diasporas and return migration is like a withdrawal of our focus on the responsibility of governments and international organizations to get these things right. And it puts pressure on the individuals of course, to assist themselves and their countries.

Well, how might those issues be resolved? At various times people suggested possible solutions. The problem with most of those is, first of all, they tend to be in the public sector. Governments must do things to put it right. I think this is sometimes running substantially against the tide of history. Secondly, most of the solutions that have been recommended have been around for 30 years, since the first wave of migration in the 1970s and 1970s. Why were they not implemented then? Why should they be implemented now? For sending countries people talk about a package of policies which are wages, career structures, better rewards for people who work in rural remote areas. All those things are costly, all those things need good management skills. Sometimes they are the skills that are migrated overseas. What should recipient countries do? People talk about better ethics, control of recruitment agencies, introducing codes of practice. In the United Kingdom a code of practice was introduced in 2001 under pressure from South Africa and Nelson Mandela. It was bypassed. Those who are most affected either went into the private sector, the nurses, or went to the United States instead. So such codes have to be multilateral. Bilateral relationships alone will probably not work very well. And what is increasingly happening, I think quite remarkably, is that we now have this concept to manage migration which Prof. Süßmuth talked about a moment ago, of meeting the market. India used to do this two decades ago, Cuba still does that. The Philippines have long exported formally its migrant health workers. But in a very real sense, I suspect now, that the Philippines have come very close to having literally sold out their health systems. But ironically as that happens more and more states in the Caribbean, the Pacific and elsewhere are looking at the export of health workers.

So there is an enormous tension in all this between freedom of movement and state regulation. How on earth find a balance between those things? It seems to me that

there is no end in sight without multilateral response. I think it is something to contemplate with a degree of concern as Bob Geldof and Bono run around putting pressure on Tony Blair in the Glen Eagles meeting to get it right. But more than in any other sector of migration I think migration plus development is extremely difficult to achieve. A notion of win win is a tough one. It poses unusual and I think sometimes very specific issues and problems.

Moderator

Herzlichen Dank Prof. Connell. Erlauben Sie mir vielleicht eine Nachfrage. Es ist ja verschiedentlich die Diskussion davon, dass der brain drain auch für die Herkunftsländer ein brain gain werden kann, z. B. indem Immigration temporär wird, indem die Migranten auch die Erfahrung, die Berufserfahrung zwischenzeitlich in den Ländern, in die sie hineingewandert sind, wieder zurück bringen. Gibt es diesen brain gain auch im Gesundheitswesen oder ist der Verlust von Arbeitsplätzen, von know how im Gesundheitswesen dauerhaft?

Connell

What you said is absolutely correct in theory. If people do return with additional skills, with capital, with the desire to help out that is wonderful, that is what we would like to happen. The evidence that we have, certainly for South Pacific Island States and for Caribbean States is that some people do go back. They go back with good intentions, but they find that the health services are the same as the ones that they have migrated from, poor conditions, low wages, enormous frustrations. Particularly if they have experienced superior circumstances in the United Kingdom or elsewhere. Some then return again back to where they had migrated to before or work in business rather than in the health sector. And that is why there is such a challenge for states to get the system right, to encourage return migration, to encourage those people to re-enter the health service as they do not do at the moment.

Moderator

Frau Prof. John, nun sind Migranten im Gesundheitsbereich auch in Deutschland keine Seltenheit. Wissen wir denn genügend? Wissen wir das, was Herr Connell gesagt hat über die Umstände in den Ländern, aus denen sie aufbrechen? Wie viel wissen wir hier über die globalen Dimensionen von Migration, wenn wir mal auf die deutsche Diskussion achten?

Prof. Dr. Barbara John, Humboldt-Universität Berlin

Meine Damen und Herren, ich will drei Anmerkungen zu dieser Diskussion machen, zu dem Thema, indem ich Migration stark in Beziehung zu den europäischen Aufnahmegesellschaften setze, denn Migranten gehen nicht nur irgendwo weg. Sie müssen auch ankommen und sie müssen in Gesellschaften ankommen, die mindestens indifferent ihnen gegenüber sind, aber möglichst doch aufgeschlossen und freundlich und wohlwollend gestimmt und nicht feindlich. Und das alles ist ja nicht so die Regel, sondern eher die Ausnahme. Dazu meine drei Anmerkungen.

Meine erste Anmerkung ist, Migration ist eher die Ausnahme und nicht die Regel, selbst wenn man in schwierigen Situationen lebt, seien sie nun durch Umweltzerstörungen bedingt, seien sie durch hohe Arbeitslosigkeit, also wirtschaftliche Erfolglosigkeit oder seien sie durch Verfolgungsdruck bedingt. Wir haben ja diesen wunderbaren Bericht von IOM aus dem vorigen Jahr, der uns über einen langen Zeitraum die prozentualen Ströme grenzüberschreitender Migration vorführt, und wir sehen, dass innerhalb von 30 Jahren sich natürlich die absolute Zahl von grenzüberschreitenden Migranten erhöht hat, weil auch die Weltbevölkerung gewachsen ist, also von 65 Millionen auf 175 Millionen. Aber die prozentualen Anteile haben sich nur geringfügig geändert. Und deshalb ist es wichtig zu erkennen, dass Migration die Ausnahme ist und nicht die Regel. Menschen verlassen nur ungern ihre angestammte Heimat. Sie

müssen sich ja mit ihren Wurzeln heraus reißen. Das ist ein schmerzhafter Prozess, den nur eine Minderheit fertig bringt. Das hat wichtige Schlussfolgerungen. Die erste ist, die Ängste vor dem großen Marsch – einige von Ihnen erinnern sich sicher noch an diesen Film, den wir vor einigen Jahren gesehen haben, wo sich halb Afrika in Richtung Europa in Bewegung gesetzt hat – sind unbegründet. Es wird diesen großen Marsch nicht geben. Gott sei Dank gibt es das nicht. Das sage ich nicht wegen der Aufnahmeländer, sondern weil dieser Marsch verbunden wäre mit entsetzlichen Zuständen für die, die sich auf diesen Marsch begeben würden.

Wir müssen – und das ist ja heute auch schon von Frau Süßmuth erwähnt worden – unser Augenmerk viel stärker auf diejenigen richten, die nicht wandern. Also Entwicklungspolitik in eine Beziehung setzen zu den Ländern, aus denen es Migration gibt. Nicht so sehr, um präventiv zu wirken. Wir haben ja gehört, Migration gerade auch aus demographischen Gründen, ist zumindest für viele Länder inzwischen erwünscht, also nicht allein aus präventiven Gründen, um Migration zu verhindern, sondern um die Lebenssituation derjenigen, die sich eine Migration nicht leisten wollen oder gar nicht können aus finanziellen Gründen, um diese Lebenssituationen zu verbessern. Ich will ein praktisches Beispiel geben, das ich selbst erlebt habe als wir hier so viele Flüchtlinge aus Bosnien aufgenommen haben, Anfang der 90er Jahre. Es entstand damals der Wunsch, dass wir hier ein Beratungszentrum für traumatisierte Frauen einrichten, die in Bosnien schwere Menschenrechtsverletzungen – dazu gehörten auch Vergewaltigungen – durchleben mussten. Wir wollten ein Beratungszentrum aufbauen. Und das war ja auch richtig und das ist auch geschehen. Ich habe damals darauf gedrungen, ein solches Zentrum auch im Herkunftsland zu eröffnen. Denn dort gab es mit Sicherheit mehr Frauen, die diese Art von Hilfe und Beratung brauchten. Und es gab mit Sicherheit weniger Spezialisten, die



Prof. Dr. Barbara John

sich gerade in diesen Fragen auskannten. Mit Hilfe der EU ist dann in Sarajewo ein solches Zentrum aufgebaut worden ist. Das ist nur ein Beispiel, wie wir denjenigen stärker helfen müssen, die eben die Regel darstellen, das heißt, die Menschen, die trotz schwieriger Lebensumstände in ihren Heimatländern bleiben. Aber ich will jetzt nicht das Thema Migration klein reden. Ich will nur sagen, das gehört dazu. Die Migranten sind die eine Seite, die Zurückbleibenden sind die andere Seite. Sie stellen eigentlich das größere Kontingent und sie sind auch in einer Situation, die sehr viel schwieriger zu bewältigen ist als häufig die Situation von Migranten.

Wir werden in absoluten Zahlen ein Anschwellen der Migration erleben. Das ist hier von Prof. Connell dargestellt worden. Neben den push- und den pull-Faktoren gibt es einen weiteren Grund für Migration. Das sind die Netzwerke, die eine wichtige Rolle bei der Migration spielen. Wenn also schon große Gruppen von Migranten in einem Land sind, ist es nur natürlich, dass sich weitere aus denselben sozialen Milieus dort hin bewegen. Die Migration wird in absoluten Zahlen zunehmen, gerade auch weil neben den schwierigen Lebensumständen Netzwerke da sind, die Migration erleichtern. Und ein letzter Punkt zu dieser ersten Bemerkung.

Was uns tröstlich stimmen muss, die Zahl der Einwanderungsländer, die manchmal mit knirschenden Zähnen, manchmal gerne Migranten aufnehmen, ist in den letzten Jahren gewachsen. Europa war früher ein Auswanderungskontinent. Wir sind der neue Einwanderungskontinent geworden. Das wird noch nicht so sehr positiv begrüßt. Aber ich glaube, dass sich das aus demografischen Gründen bald ändern wird. Und auch die neuen Mitgliedstaaten, die zehn neuen, die im Osten, also in Zentraleuropa liegen, sind plötzlich von Auswanderungsländern zu Einwanderungsländern geworden. Insofern haben Migranten heute auch mehr Möglichkeiten, wenn die Situation es erfordert, in die Länder zu kommen. Früher gab es nur die klassischen Auswanderungsländer. Das hat sich natürlich erweitert, und insofern wird es mehr Migration innerhalb eines bestimmten Rahmens geben.

Meine zweite Anmerkung: Die erzwungene Migration aus politischen Gründen nimmt ab. Daraus sind Schlussfolgerungen zu ziehen. Das ist nicht zu beklagen. Ich höre immer wieder den Kommentar bei Diskussionen mit Einwohnern in Kiezen: „Wirklich politisch Verfolgte würden wir gern aufnehmen. Aber die Ausländer kommen aus ganz anderen Gründen. Die Wasserversorgung ist nicht so hundertprozentig in Ordnung wie bei uns. Ist das ein Grund? Oder sie finden keine Arbeit in ihren Ländern. Wir haben doch auch keine Arbeit. Bei uns in Berlin gibt es eine Arbeitslosigkeit von zwanzig Prozent.“ Auch das wird nicht als Grund angesehen. Die Bevölkerung unterscheidet permanent, unterstützt oft von Politikern, zwischen den richtigen Migranten und zwischen den falschen Migranten. In dieser Wahrnehmung sind die richtigen Migranten, die klassischen Flüchtlinge. Vorne in der Haustür stehen schon die Verfolger und hinten kann der klassische Migrant gerade noch seine Tüte packen und versuchen, seinen Pass zu nehmen und das Haus zu verlassen und sich dann irgendwo in den Zug oder ins Flugzeug zu setzen, um dann Asyl zu suchen.

Diese Art von erzwungener Migration aus politischen Gründen gibt es immer weniger, jedenfalls grenzüberschreitend. Man muss das nicht beklagen. Im Gegenteil, wir können uns darüber freuen, dass es mehr und mehr gelingt, auch über die Verbreitung des Menschenrechtsgedanken politischer Verfolgung vorzubeugen. Es gibt sie noch, aber es gibt sie immer weniger. Trotzdem gibt es natürlich noch Migranten, und wir müssen, glaube ich, viel stärker als es bisher gelungen ist, auch in der Öffentlichkeitsarbeit, in der europäischen, in der deutschen Öffentlichkeitsarbeit die ausweglose Situation von Menschen klar machen, die wandern wollen, weil vieles zusammen kommt, die Umweltzerstörung, die materielle Not, die gesundheitlichen Probleme, die Aussichtslosigkeit auch für Kinder, die immer wieder dazu führen, dass Menschen einfach weil sie bessere Möglichkeiten sehen, sich auf die Wanderung begeben. Die Migranten, über die Prof. Connell gerade gesprochen hat, sind ja in der Regel mehr oder weniger willkommen, obwohl auch sie als Bedrohung für den eigenen Wohlstand und für den eigenen Arbeitsplatz angesehen werden. Ein Beispiel, wir haben hier in Deutschland und auch in anderen europäischen Ländern einen hohen Bedarf an Pflegekräften für ältere Menschen. Das ist hier unglaublich teuer, jemanden in Pflegestufe 3 rund um die Uhr versorgen zu lassen. Das kann man nicht bezahlen. Zu welchem Ausweg greifen die Menschen? Sie heuern die ohne Visum einwandernden Polinnen und Tschechinnen an und lassen sie dann illegal arbeiten, immer bedroht von der Entdeckung, die schon dazu geführt hat, dass Menschen, die diesen Pflegebedarf haben, verurteilt worden sind und beinahe im Gefängnis gelandet wären, weil sie für sich nur den Ausweg gesehen haben, wenn ich meine Mutter oder meinen Vater wirklich pflegen lassen will, kann ich das nur über diese Art von Beschäftigung. Es muss uns deutlicher werden, dass wir gerade für die Arbeitsmigration im Gesundheits- und Pflegebereich Formen finden, die sowohl Einheimische als auch Migranten aus dieser illegalen

Situation rausholen. Warum ist es nicht möglich, z. B. für ein halbes Jahr oder für neun Monate solche Pflegekräfte zuzulassen. Dann gehen sie zurück. Dann kann jemand weiteres kommen, so dass es auch eine Art Rotation gibt und Chancen für mehr Menschen. Wenn es nur 10.000 Menschen im Pflegedienst wären, das käme beiden Seiten entgegen. Wir hätten nicht mehr Menschen im Land, die in dieser Pflege arbeiten. Es wäre keine Bedrohung der Pflegekräfte, aber wir hätten für die Menschen, die diese Pflegekräfte brauchen und für diejenigen, die diese Pflegejobs annehmen eine Lösung gefunden. Leider ist dies ein totales Tabu in Deutschland. Eher fühlen wir uns bedroht und lassen diese Situation mit Illegalen weiter zu.

Migration löst natürlich auch mehr und mehr soziale Erschütterungen aus. Ich habe das bei einer Diskussion in Spanien erfahren, als ich mit jungen Frauen, die aus Lateinamerika kamen darüber sprach. Die Abwanderung dieser Frauen ist für das Heimatland kaum ein materieller Verlust, denn sie haben keine große Ausbildung, sie haben nicht studiert und es wurde nicht viel in sie investiert. Aber es ist eine unglaubliche Erschütterung für ihre Familien. Sie lassen ihre Kinder und ihre Eltern zurück, und zwar häufig jahrelang. Die Großeltern übernehmen die Erzieherrolle. Die Kinder entwickeln dann Aversionen gegen die Eltern, fühlen sich von ihnen im Stich gelassen, obwohl natürlich dauernd die Überweisungen kommen. Diese können natürlich nicht ersetzen, was die Kinder eigentlich brauchen. Man braucht eben nicht das teuerste Spielzeug, sondern man braucht die Liebe von Vater und Mutter, die man jahrelang entbehren muss, weil es diese Migrationsmöglichkeit gibt, der man sich kaum entziehen kann und entziehen will. Das sind alles Folgen und Konsequenzen von Migration, die wir noch viel zu wenig beachten und die möglicherweise durch andere Regelungen verschärft werden. Wenn die Mütter erst mal illegal da sind, wagen sie nicht, nach einer bestimmten Zeit nach Hause zu gehen,

weil eine Wiedereinreise und ein Wiederfinden eines neuen Jobs fast unmöglich sind. Dann bleibt man eben über einen längeren Zeitraum. Würden wir bessere Formen finden und auch diese Seite der Migration, der sozialen Erschütterung in den Blick nehmen, wäre das wahrscheinlich auch für diese Familien weniger folgenreich.

Meine dritte Anmerkung ist, dass die auf Dauer gerichtete Migration eher abnehmen und die vorübergehende, temporäre Migration eher zunehmen wird. Das hat Folgen für die Integration. Warum soll ein Mensch, der sagt, ich will hier nur solange arbeiten, bis ich zu Hause eine bestimmte teure Druckmaschine kaufen und eine Druckerei eröffnen kann, warum soll sich ein solcher Mensch hier integrieren? Es gibt da ganz praktische Ziele, die man sich setzt. Oder ich will ein Universitätsstudium finanzieren können und brauche dafür ein bestimmtes Kapital. Warum sollen die Menschen, die nur hier sind, um ihren Job zu machen und Geld zu verdienen, sich Integrationsmaßnahmen aussetzen. Das wiederum hat natürlich Rückwirkungen auf die Aufnahmebereitschaft und auf die Aufnahme von Menschen. Deswegen glaube ich, dass wir nach dem alten Spruch, global denken und lokal handeln müssen, und dass wir in der Kommunalpolitik mit dieser Kirchturmpolitik aufhören müssen, die immer wieder die Migrationsdebatte belastet. Also wir erleben sie jetzt gerade in Deutschland im Bezirk Neukölln, das wird den Berlinern etwas sagen, wo ein Bezirksbürgermeister sich hinstellt und sagt: „Alles misslungen. Was sehe ich, ich gehe hier unsere Hauptstraße im Bezirk lang und was sehe ich, ich sehe gar keine deutschen Geschäfte mehr, ich sehe nur noch Geschäfte von Migranten. Das ist ja eine Parallelgesellschaft, das ist ja gar nicht mehr das Neukölln, das ich kenne.“ Natürlich ist es nicht mehr das Neukölln, das er so aus seiner Kirchturmpolitik kennt. Es kann es auch nicht mehr sein, sondern er soll froh sein, dass da überhaupt noch Läden sind, denn die Deutschen haben diesen Bezirk lange verlassen, weil sie unat-

traktive Standardwohnungen vorgefunden haben. Aber er verhält sich eben immer noch wie ein Kirchturmpolitiker, der aus einem engen Blickwinkel heraus erlebt, wie in einem Bezirk einer großen Stadt wie Berlin eine globale Gesellschaft heranwächst und eine globale Gesellschaft Platz greift und natürlich auch die Pluralität zeigt, die notwendig ist.

Angeichts dieser Entwicklung sind wir gehalten, den Dialog stärker in den Vordergrund zu stellen und auch bis in die Verästelungen der Kommunalpolitik hinein zu begreifen, dass wir eine multikulturelle Gesellschaft sind, die auch sichtbar wird in den Kopftuch tragenden Frauen und in den Geschäften der Zuwanderer, dass wir das nicht diffamieren dürfen, sondern dass wir es gestalten und positiv sehen lernen müssen, weil es wirklich positiv ist. Denn ohne diese Migranten würden wir heute in vielen deutschen Städten vor verbretterten Geschäften und abgerissenen Wohnhäusern stehen, weil die einheimische Bevölkerung schon lange vor der Einwanderung aus bekannten Gründen, wegen der mangelnden Attraktivität der Standardbauten diese Gebiete verlassen hat. Und das gilt natürlich auch für europäische Städte wie London und Paris.

Zum Schluss will ich darauf hinweisen, dass wir unkonventionelle Formen der Eingliederung finden müssen, für die vielen Migranten ohne Rechtsstatus, die vielleicht auf Dauer, vielleicht vorübergehend hier sind. Das meine ich nicht für alle illegalen Migranten. Ich denke auch, wir sollten eine bessere Rückkehr-Politik machen mit einer Möglichkeit, dass diejenigen, die zurück gehen können, auch tatsächlich wieder Chancen vorfinden. Das ist etwas, was in Deutschland auch weitgehend vernachlässigt wird. Eine Rückkehr-Politik, die Anreize setzt. Ich glaube, was Spanien in diesem Jahr gemacht hat, nämlich diejenigen, die bereits eine Arbeit haben, aus dem Untergrund an die Oberfläche zu holen und ihnen eine Chance zu geben, ist eine Form der Einwanderungspolitik, die wir positiv be-

trachten sollten. Bisher war die EU ja strikt gegen diese Art von Regelung. Sie hat sich gerade, was den Fall Spanien angeht, inzwischen korrigiert. Ich glaube wir brauchen ein flexibleres Management, damit diejenigen, die uns den Dreck wegräumen, um das mal drastisch zu sagen, auch eine Chance haben, aus dem Dunkel ans Licht zu kommen. Vielen Dank.

Moderator

Herzlichen Dank Frau John für diese vielfältigen Aspekte. Sie haben den Bedarf, den wir im Gesundheits- und Pflegebereich auch an ausländischen Pflegekräften haben, eindruckvoll geschildert. Warum wird denn hierzulande über Zuwanderung immer noch mehr als ein Problem denn als eine Chance geredet? Oder hat sich in den letzten Jahren da in der Diskussion vielleicht doch etwas verändert?

John

Es hat sich bewusstseinsmäßig ein wenig verändert. Die Menschen beginnen zu erkennen, dass Zuwanderung aus demographischen Gründen wohl notwendig ist. Aber immer dann, wenn es praktisch wird und wenn es um konkrete Einwanderergruppen geht, machen wir die Tür wieder zu. Die Sachverständigen-Kommission unter Frau Süßmuth hat ja durchaus angeregt, auch die Zuwanderung von qualifizierten Pflegekräften zuzulassen, aber es passiert nichts, weil natürlich in der deutschen Politik die hohe Arbeitslosigkeit immer der Schrecken ist, den man an die Wand malt, ohne im einzelnen mit praktischen Lösungen die Gruppen anzusprechen, die davon betroffen sind. Hier gehört ein Stück mutige kenntnisreiche Politik dazu, die sagt, wir holen jetzt nicht nur die Informationstechniker oder Informationstechnologie-Experten mit der Greencard-Regelung zu uns, sondern auch andere. Dafür muss man sich natürlich auch mit der Lobby bestimmter Interessengruppen anlegen, weil die Allgemeinheit und diejenigen, die z.B. Hilfe durch Pflegepersonal brauchen, nicht nur sehr viel mehr sind, sondern weil das einfach der humanere An-

satz ist, für die, die Hilfe von Migranten brauchen, und für die Migranten selbst, die ohnehin diese Arbeit schon machen. Aber das ist immer noch sehr schwierig in Deutschland und das hängt damit zusammen, dass wir in den Fragen der Migration fast nie eine couragierte Haltung haben, die eine gute Lösung einfach durchsetzt.

Moderator

Herr Mundt, wenn Sie das, was Sie gerade von ihren drei Vorrednerinnen und Vorrednern gehört haben, von der Global Commission on Migration, von Migrations-Management, von der Agenda-Vernetzung und von Good Governance, was sind dann Ihre Beobachtungen?

Dr. Hans-Werner Mundt, GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

Meine Damen und Herren, ich möchte versuchen, meine Beobachtungen in eine Form zu kleiden, die die bisherige Diskussion etwas sortiert, nach Ursachen fragt und vielleicht auch kommentiert. Als Ursache für die stark zunehmende Migration stehen bei allen Vorrednern die Einkommensunterschiede an erster Stelle. Ich habe neulich ein Gespräch gehabt mit einem Anwalt aus Tanger, der Flüchtlinge, die aufgegriffen werden, vertritt. Ich habe ihn gefragt, wie er denn die weitere Entwicklung der Migration einschätze. Er sagte, er habe keine Angst für seine Zukunft als Anwalt für diese Mig-

ranten, denn die Einkommensunterschiede zwischen Marokko und Spanien hätten sich in den letzten 10 bis 15 Jahren von dem Sieben- auf das Vierzehnfache erhöht. Und das sei ausreichend Gewähr dafür, dass der Migrationsdruck fortbestehe.

Als Triebfeder wirkt aber nicht nur der Einkommensunterschied. Die Tatsache, dass inzwischen in vielen Ländern die Migration ein sozial anerkanntes wertvolles Verhalten geworden ist, wirkt ebenso sehr. Die Familien üben auf die Jungen Druck aus, auszuwandern, weil das Sozialprestige bringt, aber natürlich auch Einkommen, eigentlich eine Art Renteneinkommen, diese Rücküberweisungen. In diesen Verhältnissen ist die Angst vor der Auswanderung nicht mehr der Regelfall. Denn man hat ja schon einen Teil der Familie in einem westlichen Land und man wechselt nur von dem einen zurück gebliebenen Teil zu dem ausgewanderten Teil, der dann auch alle logistischen Funktionen übernimmt wie z.B. Wohnungs- und Arbeitssuche. Diese Migration ist kein Gang ins Ungewisse mehr. Es ist eher zu einer sozialen Gewohnheit geworden. Man überlegt nach der Schule gar nicht mehr, ob man zu Hause nach Arbeit sucht. Stattdessen ist ganz klar, der Weg geht in die Ferne. Darauf richten sich alle Energien. Die zahlreich vorhandenen Netzwerke erleichtern die Auswanderung.

Hier nun spielen unterschiedliche Interessen hinein. Die Herkunftsländer lassen damit sozialen Druck ab. Auf der makroökonomischen Ebene sanieren sie durch die Rücküberweisungen ihre marode Zahlungsbilanz und entgehen dem Reformdruck, der daraus resultieren würde, dass sie ihr nationales Einkommen durch den Verkauf von Gütern erwirtschaften müssten, also eine leistungsfähige Wirtschaft aufbauen müssten. Ein Beispiel sind die Philippinen. Die exportieren im Moment mehr Menschen und haben durch die Rücküberweisungen höhere Einnahmen als durch den Export von Gütern. Der Mensch ist ein Exportartikel geworden.



Hans-Werner Mundt

Und nun zu den Aufnahmeländern. In Deutschland haben wir ein Problem mit dem Arbeitsmarkt, vor allem mit deutschen Arbeitnehmern. Wir haben nicht zu wenig Arbeit in den Industrieländern. Nicht umsonst gibt es acht Millionen Illegale in den USA, die ja schon qua definitionem keine Sozialhilfe bekommen können. Die haben alle Arbeit, schlecht bezahlte Arbeit, billige Arbeit, und in Deutschland schätzt man die Illegalen jetzt auf eine Million. Die haben alle Arbeit, denn sonst könnten sie ja nicht hier leben. Die machen die schlechte Arbeit, die billige Arbeit. Aber es gibt immerhin Arbeit, und das ist ein Pull-Faktor. Das alles lässt erahnen, dass die Migration nicht abnehmen, sondern zunehmen wird.

In dieser Situation müssen wir aufpassen, dass wir nicht so wie in der Vergangenheit 30, 40 Jahre lang sagen, wir sind kein Einwanderungsland, obwohl wir eines der größten Einwanderungsländer sind. Wir dürfen die Situation der Illegalen und die Arbeiten, die sie erledigen nicht zu einem Tabu machen. Alle nutzen sie, aber keiner redet darüber. Über die Missstände, die daraus resultieren, über die Ausbeutungsmöglichkeiten, die Unsicherheit der Illegalen, die ja oft 10, 15 Jahre hier leben, über all dies sollten wir nicht die Stirn runzeln, wenn die Spanier sich zu einer Legalisierungsaktion entschließen. Wir sollten vielmehr aus humanitären Gründen und im Interesse der Menschen, auch wenn dies die eine oder andere Folge haben wird, sollten wir uns überlegen, ob wir eine solche Aktion nicht auch brauchen.

Moderator

Herzlichen Dank, Herr Mundt. Frau Süßmuth, auch an Sie die Bitte um einem Kommentar. Das Stichwort ist Legalisierung, sind wir schon soweit?

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Weltkommission für Internationale Migration

Es ist zwecklos zu sagen, illegale Migration darf nicht sein. Wir könnten gar nicht dafür Sorge tragen, dass sie nicht stattfindet.

Selbst wenn wir dies versuchten, sie fände doch statt und mit steigender Tendenz. Das möchte ich noch mal betonen, Menschen die sich entschlossen haben oder unter einem solchen Druck stehen, dass sie weg wandern, die lassen sich auch durch Grenzkontrollen nicht davon abhalten. Migration ist verbunden mit Lebensrisiken. Jährlich sterben an der Grenze zwischen Mexiko und Amerika mehr als 400 Menschen. Es geht oft in die Tausende. Und wir wissen, was sich auch an unseren Mittelmeergrenzen tut. Wir brauchen nicht nach Amerika zu schauen. Wir haben daher die Aufgabe, vernünftigeren, sinnvolleren Maßnahmen zu ergreifen, als wir das bisher tun. Bei der notwendigen Orientierung können wir allein aus den Erfahrungen der International Organisation for Migration IOM eine Menge lernen, wie die Bedingungen sein müssen, damit freiwillige Rückkehrprogramme angenommen werden.

Mir wäre wichtig, dass wir ein paar Dinge im Blick haben. Erstens, die Migranten die sich heute auf den Weg machen sind zum großen Teil nicht die Migranten der 60er Jahre. Wir haben in Deutschland permanent Ungelernte rekrutiert, mit geringer Schulbildung. Heute kommt die Mehrheit der Migranten mit einem hohen Bildungsniveau, wird dann aber weit unter ihrem Ausbildungsniveau arbeiten. 52% aller Migranten sind Frauen, die, um schlechten Einkommensverhältnissen und anderen Nachteilen zu Hause zu entgehen, es in Kauf nehmen, statt in ihren Herkunftsländern in anspruchsvolleren Berufen hier als Hausmädchen oder in anderen ungelerten Berufen zu arbeiten. Das gilt bis hinein in die Prostitution, von der sie meinen, das sei hier eine besser geregelte Tätigkeit als in ihren Heimatländern.

Das Zweite was mir wichtig ist: Es sind nicht die Ärmsten der Armen, die hier ankommen. Es sind vielmehr diejenigen, die ausreichend Geld für die Passage zusammenbringen und auch Rückeinkünfte dafür erwarten. Wir würden hier von sich entwi-

ckelndem Mittelstand reden. In deren Familien wird ausgeguckt, wer denn von den Männern oder Frauen ins Ausland geht.

Dann dürfen wir nicht unterschätzen, dass Auslöser für Migration nicht nur die Nöte in den Herkunftsländern sind, sondern auch die Nachfrage in den Aufnahmeländern. Gerade beim Menschenhandel, was ja nun wirklich die übelste und die schlimmste Form von Ausbeutung und Sklaverei ist, würde es anders aussehen, wenn wir nicht eine Nachfrage erzeugten. Ich möchte es jetzt mal drastisch sagen: Wir sind in unserer Migrationspolitik sehr heuchlerisch. Da steckt eine Menge Verlogenheit drin. Ich kann das Gerede von einer besseren Entwicklungspolitik fast nicht mehr hören. Das hätten wir ja schon lange alles machen können. Da ist einfach kein Wille da. Und mir ist wichtig, Herr Connell, zu sagen, ich sehe Rückzahlungen nicht als Ersatz für die Verpflichtung der Staatengemeinschaft, sich zu engagieren. Wenn es das Interesse der Weltbank ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Staaten weniger zahlen sollen, dann ist das der falsche Ansatz. Aber so wie bisher Entwicklungshilfe betrieben worden ist, ist sie auch am wenigsten den Menschen zugute gekommen, sondern eher den Regierungen, die sie erhalten haben und die sie zum großen Teil für anderes ausgegeben haben als für Entwicklung. Die Staatengemeinschaft müsste hier andere Ansätze und andere Praktiken entwickeln.

Schließlich möchte ich noch einmal auf die offenen Grenzen im Rahmen der Schengenländer zurückkommen. In der Tat haben sie einen hohen Entwicklungsstand und eine Angleichung der Einkommen auf hohem Niveau bei gleichzeitig geringer Migration. Wir haben in Europa 2% der weltweiten Migration. Eine so geringe Migration ist aber nicht realistisch, wenn sie große Verwerfungen haben. Dann ist der Druck größer und der wird auf absehbare Zeit bleiben. Auch sind die Möglichkeiten, sich auf Wander-

schaft zu begeben, für einen Großteil der Menschen größer geworden.

Die einen stellen die Globalisierung als das gelobte Land dar und die anderen verteuflern sie, weil sie gleichzeitig auch sehen, welche ungleichen Nutzen die Menschen und die Staaten aus ihr ziehen. Die Frage nach Verwerfungen und Ungleichheit ist in unserem Kontext die richtige Frage. Wir müssen uns darauf einzustellen, dass Ungleichgewichte, die sich sogar noch verschärfen, weiterhin wichtiges Motiv für die Wanderungsbewegung bleiben werden.

Es gibt noch ganz andere Sichtweisen auf die Migration. Wenn wir jetzt hier eine Gruppe von Kanadiern im Panel hätten, die würden sagen, wir brauchen die Migranten nicht nur aus demographischen Gründen. Wir brauchen sie vielmehr für unsere eigene Gesellschaftsentwicklung, als Sauerstoff der Gesellschaft. Da ist nicht das Kernproblem, dass die kanadischen Zuwandererkin- der schlecht in der Schule sind. Die sind eher besser als die kanadischen Schüler, weil sie ehrgeiziger sind. In Kanada wird in die Schulausbildung viel seitens des Staates und seitens der Migranten mehr Zeit und Kraft investiert. Dort erkennt der Staat, dass die Migranten die als Unternehmerinnen und Unternehmer nach Kanada kommen, der Sauerstoff für die Kommunen sind und für die Regionen. Der Ansatz ist ein ganz anderer, als dass Kanada sich nur als Aufnahmeland für bedrängte Menschen sieht.

Wir müssen die beiden Dinge zusammen sehen. In Deutschland sehen wir fast nie das ungeheuerere Humanpotenzial, das in den Migranten steckt, ob Flüchtlinge oder Arbeitsmigranten. Dass wir russische Physiker beispielsweise als Taxifahrer arbeiten lassen, zeigt ja, welche Wertschätzung wir für das große Humanpotenzial der Migranten haben. Offenbar meinen wir ja immer noch in aller Arroganz, wir bräuchten dieses Humanpotenzial nicht. Da ist ein Umdenken notwendig. Wir sehen die Belastung und

nicht die Bereicherung, sehen nicht was die Migranten für uns bringen, sowohl im Kulturellen, im Sozialen, im Wirtschaftlichen zur Erneuerung. Ich wünschte mir, dass wir in unserem Land die Migranten nicht nur als eine Belastung sehen, sondern als ein Phänomen, das zu menschlichen Gesellschaften, zum Austausch und zu unserer aller Entwicklung beiträgt. Das wäre ein wunderbarer Paradigmenwechsel.

Diskussion

Moderator

Dankeschön Frau Süßmuth für das engagierte Plädoyer und Dankeschön auch den anderen Teilnehmern für den Dialog auf dem Podium. Es ist nun ihr Dialog, meine Damen und Herren. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Ulrich Albrecht, Freie Universität Berlin

Ich fand besonders wichtig was hier zu Pflegeberufen und Illegalität gesagt wurde. Selbst semi-offizielle Einrichtungen, wie etwa das Diakonische Werk der evangelischen Kirche, und das ist sicher eine semi-offizielle Einrichtung, beschäftigen im großen Umfang solches Personal, besonders an Wochenenden für Aushilfsdienste. Die Migranten-Ehepaare sehen sich dann nicht mal an Wochenenden. Er arbeitet solange schwarz und sie im Pflegebereich. Und die Frage ist: Durch welche Gesetze und mit welchen sozialen Sicherungen werden diese Menschen geschützt? Hier müsste sicher etwas geschehen.

Moderator

Herzlichen Dank. Gibt es weitere Fragen, damit wir erstmal sammeln können? Bitte schön.

Fragesteller

Professor Connell, in your presentation you gave a lot of analysis. In the end, however, you walked off at the very moment when we expected your answer. I wonder if you could share with us your ideas on the question



how to retain people in their countries of origin where they are most needed.

Brandstätter, Diakonisches Werk EKD

Ich würde gerne an das, was Frau Süßmuth vorhin sagte, anknüpfen. Man darf über die Migrationsfrage nicht die Menschenrechte vergessen und vernachlässigen. Meine Frage richtet sich daher mehr an das Auswärtige Amt in diesem Punkt. Frau Süßmuth, Sie hatten vorhin gesagt, es gibt eine Menge von Konventionen die noch nicht ratifiziert worden sind. Könnten nicht die Bundestagsabgeordneten, die vielleicht hier im Raum sind, aber vor allem das Auswärtige Amt mal prüfen, ob nicht die UN-Konvention über die Rechte der Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter und deren Angehörigen von Deutschland ratifiziert wird? Da wäre die Bundesrepublik sicher das erste Zuwanderungsland, das so etwas täte. Es ist ja nicht verkehrt einmal voran zu gehen. Das wäre ein Schritt für bessere Standards für Zugewanderte in unserem Land. Und das wäre auch meine Antwort auf die Situation, die Sie eben angesprochen haben.

Moderator

Dankeschön. Nun wird Frau John etwas zum Gesundheitsbereich sagen. Dann die Frage an Herrn Connell und dann vielleicht die letzte an Frau Süßmuth. Anschließend fragen wir dann noch einmal ins Publikum. Bitte schön Frau John.

John

Ich bin dankbar für den Beitrag zum Pflegebereich, weil Sie natürlich aus der Praxis heraus die Erfahrung gemacht haben. Wir handeln hier ja nach dem Motto, was nicht sein kann, das darf nicht sein. In dieser falschen Perspektive darf einfach nicht sein, dass der Arbeitsmarkt für Pflegekräfte durch nichtdeutsche Bewerber oder Arbeitskräfte entlastet wird, weil wir hier eine eingeschränkte Arbeitsmarktsituation haben, obwohl jeder weiß, dass selbst da wo wir gerade mal so den Bedarf decken können, vieles in den Familien an Pflege einfach nicht geleistet werden kann. Diese Verweigerung von Migration in den Pflegebereich geht zu Lasten von alten Menschen. Es wäre schon viel geholfen, wenn man da eine Untersuchung zuließe, die einfach mal die Situation in den Familien schildert, auch welche halsbrecherischen Verrenkungen in den Familien gemacht werden, damit ein alter Mensch rund um die Uhr und auch am Wochenende die richtige Pflege hat und zu welchen Verwerfungen das führt. Das wollen wir einfach nicht wahrnehmen. Ich denke, das sollte man nicht länger hinauschieben. Hier sehe ich einen Ansatz. Man muss ja immer mit praktischen Ansätzen anfangen, da wo es für alle Menschen eigentlich plausibel ist. Migranten in der Pflege, das ist ein Bereich der mehr und mehr an Plausibilität gewinnt, weil ja auch die Zahl der sehr alten Menschen in Deutschland zunimmt.

Es wäre ein Anfang, das zuzulassen, was es ohnehin schon gibt, nämlich eine illegale Migration von der wir in höchstem Maße profitieren und auch profitieren müssen und bei der wir den Leuten dankbar sein müssen, dass sie diese Arbeit überhaupt übernehmen. Wir dürfen die Anforderungen nicht auf ein hohes Niveau schrauben und sagen: Ihr müsst aber mit 2000€ im Monat anfangen, dann seid ihr etwa in der Preisklasse der hier ausgebildeten Pflegerinnen. Genau das können die Menschen ja nicht bezahlen. Wir müssen vielmehr etwas darunter gehen und trotzdem Möglichkei-

ten finden, dass das akzeptiert wird. Das ist eine Frage, von der ich finde, dass sie sich regeln lässt.

Ich möchte noch einen Punkt klarstellen, weil ich den Eindruck hatte, ich bin da missverstanden worden: Die absolute Zahl der Migranten wird natürlich wachsen. Es ist aber ein Unterschied ob 2,6% der Weltbevölkerung auf einer Grundlage von 4 Milliarden gerechnet wird, wie es im Jahr 1965 war oder auf einer Grundlage von 8 Milliarden im Jahr 2040. Das heißt es wird von 1965 bis 2040 mehr als eine Verdoppelung der Migrantenbevölkerung geben. Es wird erwartet, dass immer etwa 3% der Weltbevölkerung Migranten sind. Allerdings wächst mit der Weltbevölkerung auch die absolute Zahl der Migranten. Ich finde trotzdem, man sollte die Feststellung immer wieder verbreiten, dass wir hier nicht von Migranten überrannt werden und das sich nicht die ganze Welt, die in schlechteren, in ungleichen Verhältnissen lebt, aufmacht in die Wohlstandsländer. Die Angst, dass wir hier eines Tages von der Landkarte verschwinden, die kann man den Menschen nehmen. Wir werden hier nicht überrannt und übervölkert und überfremdet. Das ist Unsinn. Sondern die Menschen die kommen, kommen weil wir sie brauchen und sie sind auch hier, weil sie dann in der Heimat die Situation verbessern.

Moderator

Herr Connell, bitteschön.

Connell

Thank you very much. Various speakers have explained very clearly why migration is going to continue. Because migrants want it and many sending countries want it as well. It works well for unskilled workers who are not in particular demand at home and fill very obvious gaps in their destinations. The difficulty comes with skilled workers. In their case it is possible to think about rotation. Health workers and their unions, of course, don't want that. Imagine if there was rotation of football players, another skilled

group. Would Beckham really want to stay in Spain for four months and then go back? So rotation I think is a real possibility. In the sending countries there are various kinds of possibilities. There is a whole package of possibilities that could be put in place. Better opportunities for promotion, better access to technology, more nurses assistance, more nurse practitioners, different kinds of jobs, better wages. In the Philippines, the major sending country, the average wage of a nurse is probably about a fifth or a sixth of that in key destinations, whether it is the United Arab Emirates, the United States or Australia. To bridge that gap is virtually impossible. Indeed I would say, it is impossible to make conditions in the sending countries as attractive as in the destination. But changes can be made.

So then the attention shifts to what happens in the destinations. Well, there can be better ethics, better regulations, better recruitment agencies. But unfortunately it happens that many migrant workers who work initially in regulated areas tend to shift into the unregulated areas like old people's homes. This affects many hundreds of migrant workers in most countries and is very hard to control. So what is the answer? The only answer I can think of is greater self-reliance in most countries. That means that receiving countries like the United States, Germany or the United Kingdom must produce more of their own health workers. That, however, is going to cost a lot of money. At the same time sending countries must do the same and that demands financing from rich world countries that presently are the beneficiaries of those migrated trained workers. Ultimately I think that is the answer. Finally I should say we have just produced a report on the subject for the last World Health Assembly which was a week ago. Some people might be interested in that. I do hope that in the future, the Global Commission on Migration will look particularly at health work in migration.

Moderator

Dankeschön. Die letzte Frage, Frau Süßmuth, ging an Sie.

Süßmuth

Unser Problem in Deutschland ist nicht, dass wir zu wenig Krankenschwestern, Pflegerinnen und Pfleger ausbilden, sondern dass wir eine zu kurze Verweildauer im Beruf haben, weil es Schwerstarbeit ist, und diese Schwerstarbeit nur für begrenzte Zeit auf sich genommen wird, und dazu dann die Bezahlung nicht passt.

Ich möchte jetzt noch mal zu den beiden Konventionen kommen, die hier angesprochen worden sind. Wenn Sie mich fragen, in welcher Reihenfolge ich vorgehen würde, dann würde ich sagen, die Bundesregierung soll endlich die Erklärung Deutschlands zur Kinderrechtskonvention zurücknehmen. Dann würden unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder endlich allen anderen Kindern in ihren Rechten gleichgestellt. Da wird der schwarze Peter leider ständig zwischen Bund und Ländern hin- und her geschoben. Der Bund sagt, die Länder machen nicht mit, und die Länder schieben es auf den Bund. Hier hat die Bundesregierung wirklich eine Pflicht, die Schlechterstellung von Flüchtlingskindern zu beenden.

Bei der Forderung, Deutschland müsse die ILO-Konvention über die Rechte der Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter und deren Familien ratifizieren, sehe ich allerdings Schwierigkeiten. Die Konvention ist ja bisher nur von ganz wenigen Ländern ratifiziert worden. Ich will Ihnen das ganz offen sagen, das ist ein Bohren dicker Bretter, aber man muss dran bleiben. Es wird länger dauern bis wir diese Konvention in Deutschland ratifiziert bekommen. Auch in der Global Commission on International Migration gab es Stimmen, diese Konvention beiseite zu legen. Zum Glück hat sich die Mehrheit dagegen ausgesprochen, denn es ist auch wichtig, welche Signale von einer Global Commission gesetzt werden, auch wenn es heute und morgen nicht umgesetzt wird, denn

sonst ist diese Konvention bereits verlorenes Land.

Moderator

Dankeschön. Es gibt noch zwei weitere Fragen. Bitte schön.

Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert, Essen

Gut hat mir an dieser Diskussion gefallen, dass der Facettenreichtum von Migration deutlich geworden ist. Viele von Ihnen auf dem Podium und vorher Frau Staatsministerin Müller haben darauf aufmerksam gemacht: Migration hat sehr unterschiedliche Formen. Es gibt nicht eine Form von Migration, wenn sich Menschen entscheiden ihren Wohnort zu wechseln. Ist es eine Entscheidung für das ganze Leben oder für Generationen, oder haben wir es heute zunehmend mit Formen von Pendelmigration, von zirkulärer Migration oder von temporärer Migration zu tun? Es zeigt sich ein ganz großer Facettenreichtum. Das hat natürlich zu tun mit der Situation der Migranten, beim Mittelstand hat es mit unterschiedlichen Lebensentwürfen zu tun, was sie vorhaben. Bei anderen Menschen hat es zu tun mit den Strategien, die in den Familien entwickelt werden. Eine Familie in Ghana entscheidet z.B., dass ein Haushaltsmitglied für ein Jahr nach Deutschland geht, oder in Russland entscheidet eine Familie auf dem Land, dass ein Mitglied der Familie nach Moskau geht. Das dient der Überlebenssicherung der ganzen Familie. Das sind Dinge, die ganz wichtig sind, wenn man Politik formuliert.

In der Diskussion ist auch mehrfach deutlich geworden, welche Schwächen deutsche Einwanderungspolitik hat, wie inkonsequent sie gewesen ist. Eine Schwäche hängt auch damit zusammen, dass in der Gesellschaft ein sehr stereotypes Bild von Migration vorherrscht. Eben diese Vorstellung, der Migrant verlässt seinen Heimatort für immer und wandert in ein anderes Land aus, in eine andere kulturelle Umwelt. Das hat Folgen dafür, wie man im Aufnahmeland Einwanderungspolitik formuliert, wie man

dort darüber diskutiert. Das hat auch Folgen dafür, wie international darüber diskutiert wird.

Vielleicht noch eine kurze Frage an Frau Süßmuth: Innerhalb so einer Global Commission, wie weit nehmen Sie in Ihren Diskussionen und Empfehlungen diesen Facettenreichtum von Migration auf, und wie wirkt sich das in den Empfehlungen, die Sie weitergeben, aus?

Moderator

Dahinten noch eine Frage oder ein Statement und dann Herr Dr. Lampe.

Gunter Schall, Bundesverband der deutschen Industrie

Es wurde sehr viel über die Gestaltung von Rahmenbedingungen für Migration gesprochen, insbesondere von Arbeitsbedingungen der Migranten in den Gastländern, und da stellt sich die Frage, inwieweit Sie Chancen sehen durch das WTO Dienstleistungsabkommen – das Stichwort heißt GATS-Modus IV – Rahmenbedingungen für Migranten und auch für ihre Rückkehr so zu gestalten, dass sie beispielsweise Kontingente zulassen, wie Frau John das vorhin angesprochen hat, oder eben auch eine gewisse Selektion nach Berufsgruppen zulassen, wie das in Kanada der Fall ist. Herzlichen Dank.

Fragesteller

Thank you. I just have a brief remark, a question on the health professionals migrating. I don't think we should consider migration only as going from the poor to the rich countries. For example a number of health professionals are going from the United Kingdom to the Middle East because they get tax-free work or better conditions. So will the UK government for example say that these health professionals cannot migrate? Are we going to have similar restrictions not to move also for the professionals in the industrialized countries? So I don't think it should be a one-way traffic.

The other point is that the reason why there is migration from developing countries is the state of the health sector there today. In the 80s and 90s there has been a commodification of the health care system, which meant that there has been a lot of retrenchment of health professionals in many countries like for example Kenya. So there is actually an artificial surplus of health care professionals who want to leave. It is not just that they want to leave because there are greener pastures elsewhere. The whole healthcare paradigm has changed under the conversion from a state-based to a private health care system. This has also produced problems for the third world. Thank you.

Moderator

Danke schön für den Hinweis. Weitere Bemerkungen und Fragen? Bitte schön, Herr Dr. Lampe.

Lampe

Ich habe den Eindruck, die Diskussion ist noch ein bisschen zu euro-zentrisch oder germano-zentrisch. Wir gehen immer davon aus, dass wir als post-industrielles Land große Attraktivität ausstrahlen auf die Massen der Welt, die zu uns kommen wollen. Wir wissen inzwischen, dass die Migration in relativen Zahlen sich doch eigentlich in sehr überschaubaren Größenverhältnissen bewegt, dass die Hauptmigrationströme zwischen den Entwicklungs- und Schwellenländern selbst stattfindet. Und ich finde eine mittel- bis langfristige Perspektive sollte auch dem Umstand Rechnung tragen, dass – wenn ich es richtig sehe – wir jetzt schon in Deutschland per saldo null Einwanderung haben. Die Auswanderung übertrifft teilweise schon die Einwanderung. Außerdem beobachten wir, dass aus ähnlichen Gründen wie die Einwanderer aus der Dritten Welt von hier viele junge Leute nach Amerika oder in das Vereinigte Königreich abwandern oder aus dem ost-deutschen Raum nach Österreich, in flexiblere und dynamischere Volkswirtschaften, übrigens auch teilweise in Schwellenländer.

Meine These ist, dass wir in unserer postindustriellen Gesellschaft im Grunde die Verlierer der Globalisierung sind und nicht etwa die Länder der Dritten Welt. Dort sind Verlierer nur die, die unter kleptokratischen oder korrupten Regimen leiden. Die großen Gewinner sind die Schwellenländer von Brasilien, über Indien nach China, wo über die Hälfte der Menschheit heute lebt. Wir haben ja das erschütternde Ergebnis der Greencard-Aktion erlebt. Die Erwartung, dass nun zehntausende Inder sich anstellen, um bei uns ein paar Jahre lang arbeiten und leben zu dürfen, hat bei weitem nicht der Realität entsprochen. Also ich finde, wir sollten uns auch der Frage zuwenden: Wie machen wir uns selbst attraktiver für uns selbst, um zu verhindern, dass in einer alternden Methusalem-Gesellschaft, dann also die jungen Leute aus diesem Altersheim ausbrechen, um wieder Zukunft woanders zu suchen. Vielen Dank

Moderator

Danke schön für diesen Hinweis. Die Fragen haben sich im Wesentlichen an Sie gerichtet, Frau Süßmuth. Bitte schön.

Süßmuth

Unter den Fragen und Anmerkungen fand ich gerade den letzten Beitrag von Herrn Lampe wichtig. Wir haben zwar eine Wanderung Süd-Nord, aber eben auch Süd-Süd, West-West und Ost-Ost. Diese alten Muster von ausschließlichen Süd-Nord-Wanderungen stimmen gar nicht mehr. Das müssen wir sehen. Und wer wird davon profitieren? Die europäische Sicht ist viel stärker auf Verhinderung und Vermeidung von Migration gerichtet. Wenn es wenigstens Vermeidung von erzwungener Migration wäre. Aber es geht um Vermeidung von Migration überhaupt, bis hin zu der Frage, dass nach Möglichkeit der Flüchtlingsschutz in der Region selbst erfolgen soll oder in der Nachbarregion und uns nicht mehr erreichen soll. Ich finde diese Frage sehr wichtig, weil wir, vielleicht nicht gegenwärtig, aber etwas später, sehen werden, dass wir ohne Einwanderung nicht mehr auskommen werden.

Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn wir uns dort, wo wir Engpässe haben, öffnen und antizyklisch verhalten würden. Der Grundsatz, erst muss die Arbeitslosigkeit beseitigt sein, und dann öffnen wir uns wieder, der ist wie ein Placebo, das hilft Deutschland wenig. Stattdessen sollten wir fragen, wen holen wir rein für bestimmte Tätigkeiten, wie beleben wir dadurch unseren Arbeitsmarkt? Es ist ein Fehler, bei den ausländischen Unternehmerinnen und Unternehmern, die wir ins Land holen möchten, den Standard so hoch auszurichten, dass am Ende niemand mehr kommt. Bei den Amerikanern heißt die Bedingung, eine Million investieren ODER zehn Arbeitsplätze schaffen. Und was machen wir daraus? Eine Million investieren UND zehn Arbeitsplätze schaffen. Das ist so ein Beispiel dafür, dass wir die Bedingungen so hoch schrauben, dass ausländische Unternehmer woanders hingehen, weil sie anderswo attraktivere Bedingungen haben. Gerade im Pflegebereich haben wir Kontingente gehabt. 20 000 Arbeitsplätze für Migranten sind ja im parlamentarischen Verfahren der Gesetzgebung gestoppt worden, mit dem Hinweis auf unsere eigenen arbeitslosen Pflegekräfte. Dazu hat Frau John alles gesagt. Da müssen wir wirklich kohärenter werden. Wir sind voller Widersprüche.

Ich nenne Ihnen noch einen Widerspruch. Wir sind ja beim Anwerbestopp geblieben. Die Menschen, die wir jetzt reinlassen, kommen ja in Anwendung einer Erweiterung der Anwerbestoppausnahmeregelung. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes hatten wir 30 Ausnahmeregelungen, jetzt haben wir 35. Das ist wirklich ein Wahnsinn, was wir da machen. Es ist hoch kompliziert, keiner durchschaut es. Nur wer es am besten durchschaut, wird die Arbeitskräfte bekommen, die er braucht. Das kann nicht die Lösung sein. Und deshalb ist mir wichtig, dass wir uns auf solche Veränderungen schnell und flexibel einstellen; ob das nun dauerhafte Engpässe sind oder Tätigkeiten, die wir nur vorübergehend nicht abdecken können. Dynamische Wirtschaften können

nicht warten, bis wir bei Engpässen in 4 oder 5 Jahren die entsprechenden Arbeitskräfte ausgebildet haben. Da ist sofortige Öffnung notwendig.

Wichtig war mir auch noch, was Sie gesagt haben, Herr Connell, „mehr Rotation zulassen“. Es mag sein, dass die Entsendeländer nicht daran interessiert sind, aber zum Teil sind sie es. Und ich nenne als Beispiel afghanische Flüchtlinge in Deutschland, die jetzt am Aufbau ihres Landes teilnehmen sollen. Sie können das nur, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Alle anderen hier lebenden Afghanen können das leider nicht. Wenn wir wirklich unseren Vorteil in der Pendel-Migration sehen und nicht nur brain drain wollen, dann müssen wir uns öffnen. Die USA zeigen uns, wie Inder, die schon lange dort leben, nach Indien zurückgehen und dort Existenzgründungen sowohl im Hightech-Bereich wie auch in anderen Bereichen vornehmen. Warum lassen wir das nicht auch bei uns zu?

Moderator

Frau John, Sie habendas abschließende Wort.

John

Migration, auch Auswanderung ist natürlich viel stärker mit unserem Gesamtsystem verwoben, als wir uns das vorstellen. Die auf den ersten Blick beklagenswerte Auswanderung von jungen, hochqualifizierten Deutschen hängt natürlich auch damit zusammen, dass sie in anderen Ländern bessere Forschungsmöglichkeiten in Gebieten vorfinden, in denen wir sie gar nicht zulassen. Wer öffnet hier schon die Genforschung und andere Forschungsbereiche? Es hängt auch mit dem Steuersystem und anderen Dingen zusammen. Wir müssen beginnen, Migration als etwas Normales anzusehen, das sich immer abgespielt hat. Früher mehr die Binnenmigration aus bestimmten Gebieten in die Städte, heute grenzüberschreitend.

Ich denke, wir sollten auch die eigene Bevölkerung stärker in den Stand setzen, wenn

sie Chancen sieht, zu emigrieren, weil auch die Bleibenden davon profitieren. Das bedeutet zum Beispiel für unser Bildungssystem, von Beginn an eine zweite Sprache zu lehren. Das müsste wohl Englisch sein. Dann haben die jungen Leute überall auf der Welt die Möglichkeit, erfolgreich zu sein, wenn sie hier nicht weiterkommen. Das ist doch wunderbar. Umgekehrt bedeutet das, dass wir sehr viel stärker qualifizierte Arbeitskräfte, aber auch andere nach Deutschland holen können. Denn unsere Verkehrssprache Deutsch ist ein Hindernis für Hochqualifizierte bei der Einwanderung. Sie haben andere Möglichkeiten, wo sie die Sprache, die sie gut beherrschen, nämlich Englisch, sprechen können. Wir haben zuwenig B.A. und M.A. Studiengänge, in denen man sich hier qualifizieren kann. Bei uns gibt es Englisch eben nicht als zweite Verkehrssprache.

Ich will das jetzt nicht zu sehr ausweiten, aber das sind Dinge, die mit Migration, mit dieser weltweiten übergreifenden Migration von Hochqualifizierten, verbunden sind. Wir müssen Migration bis hinein in die Kindergärten denken und da schon fragen, wie müssen Menschen eigentlich ausgebildet werden, welche Fähigkeiten müssen sie erwerben, um – wenn sie es wollen – an dieser Migration von Hochqualifizierten, die uns allen nützt, teilzunehmen.

Moderator

Danke schön. Migration wächst auch hier in Europa. Migration verändert sich. Migration ist nötig. Die Angst vor Migration ist gleichwohl eine Tatsache. Was heißt das für die Politik, was heißt das für die Zivilgesellschaft? Es gibt viele offene Fragen, es gibt genauso viel Stoff für die weitere Diskussion.

Panel 2: Diaspora – Insel in der Fremde oder Brücke in die Heimat? Migrantengemeinschaften und ihre kulturelle Bedeutung für Gast- und Herkunftsland

Moderation: Konrad Melchers, Chefredakteur „Entwicklungspolitik“

Meine Damen und Herren, die Diskussion über unser Thema wird sicher nicht einfach. Das Thema ist kompliziert. Ich möchte Ihnen zunächst das Podium vorstellen und beginne mit mir selbst. Ich vertrete die Zeitschrift „Entwicklungspolitik“, bis vor einigen Jahren hieß sie „epd-Entwicklungspolitik“. Ich habe eine Ausgabe mitgebracht, die sich mit dem heutigen Thema befasst hat, unter dem Titel „Diaspora und Entwicklung – Königsweg der Entwicklungspolitik“.

Ich möchte nun in alphabetischer Reihenfolge die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Podium vorstellen. Zu meiner Linken

Frau Marieluise Beck. Sie ist parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und natürlich die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Frau Dr. Johanna Breidenbach, zu meiner Rechten, arbeitet als freie Journalistin und Autorin in Berlin. Sie studierte Ethnologie und ist Historikerin und Kunsthistorikerin, mit einer Dissertation über deutsche Kulturmuster. Ihr Spezialgebiet sind die kulturellen Folgen der Globalisierung. Dr. Andreas Goldberg ist Geschäftsführer der Stiftung Zentrum für Türkeistudien in Essen. Er hat Ethnologie, Politikwissenschaften und Soziologie studiert. Seine Forschungsschwerpunkte im Bereich Mig-



Panel 2

ration und Integration sind türkische Unternehmer, Medien, interkulturelles Konfliktmanagement. Er hat auch mit seinem Kollegen, dem Leiter dieses Zentrums, Herrn Faruk Sen, ein Buch herausgebracht „Türken in Deutschland – Leben zwischen zwei Kulturen“. Schließlich Herr Thilo Hoppe, er ist gelernter Journalist und Religionspädagoge, seit 2002 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages und der developmentalspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er hat sich maßgeblich für eine Resolution des Bundestages engagiert, mit dem Titel „Die Diaspora als Ressource der Entwicklungspolitik – Entwicklungspotenziale besser nutzen“. Ich hoffe, Sie können uns nachher berichten, dass die Resolution noch verabschiedet wird, bevor der Bundestag aufgelöst wird.

Ich möchte hier zu Beginn dieser, aus meiner Sicht recht defensiven Diskussion im ersten Panel, versuchen, mit drei kurzen Thesen anzuknüpfen. Wir haben ja auch ein recht kompliziert formuliertes Thema „Diaspora – Insel in der Fremde oder Brücke in die Heimat? Migrantengemeinschaften und ihre kulturelle Bedeutung für Gast- und Herkunftsland“. Da braucht man ein paar strukturierende Thesen, die Sie hoffentlich auch provozieren. Noch vor kaum mehr als 15 Jahren lebte rund ein Drittel der Weltbevölkerung in kommunistischen Staaten, zu deren Doktrinen gehörte „Die Arbeiterklasse ist die führende Kraft für eine proletarische Weltrevolution“. Wir wissen, was aus diesem Anspruch geworden ist. Ganz heimlich ist aber, und das ist meine erste These, eine ganz andere soziale Kraft zur Avantgarde der Globalisierung geworden, nämlich die Migrantinnen und Migranten. Wer genau hinsieht, erkennt, dass dies schon immer so war. Aber die moderne Kommunikation und Mobilität, und das ist meine zweite These, haben Bedingungen geschaffen, aufgrund derer sich langfristige Diasporagemeinschaften bilden, mit zunehmend transnationalen Identitäten. Das ist, glaube ich, ein markanter Unterschied gegenüber früheren größeren Wanderungsbewegungen.

Diese neuen Kommunikationsmittel, und das ist meine dritte These, ermöglichen es den Diasporagemeinschaften, eine ungeahnte globale Wirkungskraft zu entfalten. Wer aber, wie die bisherigen Bundesregierungen, das Potenzial der Diasporagemeinschaften missachtet und teilweise unterdrückt und im Sumpf der Integrationsdebatte stecken bleibt, den wird die Globalisierung bestrafen. Ich hätte mir auch gewünscht, dass unser Außenminister und das Auswärtige Amt insgesamt sich offensiver in der Visa-Affaire verteidigt hätten, schließlich war es ja im wesentlichen die ukrainische Diaspora, die die Orange Revolution möglich gemacht hat, und auch als friedliche Revolution möglich gemacht hat. Ich hoffe, Frau Beck, Sie fühlen sich hier als Vertreterin der Bundesregierung angesprochen.

Marie-Luise Beck, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Einen schönen guten Tag. Ich möchte vorausschicken, dass ich mich als Migrationsbeauftragte, schwerpunktmäßig eher als Innenpolitikerin verstehe. Mein Blick richtet sich auf die Menschen, die migriert sind, auf ihr Leben hier treffen und auf die Einschätzung, was für Zukunftsperspektiven wir miteinander entwickeln können, und wie wir uns dafür verhalten müssen.

Während Migration seit 40 Jahren in großem Maßstab in der Bundesrepublik stattfindet, führen wir erst seit wenigen Jahren eine ernsthafte Diskussion über Einwanderung und über das Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft, darüber, was für ein Land wir eigentlich sind. Bis zu seiner Reform hatte das Staatsbürgerschaftsrecht auch in der zweiten, dritten, vierten und fünften Generation die Eingewanderten von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen, nach einer Abstammungsvorstellung, die tatsächlich die Grundfesten der Nation in den Deutschen begriffen hat, die qua Abstammung deutsch sind, und die davon ausgegangen ist, dass niemand in dieses Land

hereinwachsen kann. Wir bieten das Bürgertum nicht im Sinne eines republikanischen Staatsverständnisses an, das wir in anderen Einwanderungsländern finden.

Sie alle haben die Widerstände in Erinnerung, die es damals gab, nicht um die Frage von Einbürgerung, sondern vor allen Dingen um die Frage, was denn die Menschen, die sich einbürgern, für Identitäten haben? Die harte Auseinandersetzung um die sogenannte „Doppelstaatsbürgerschaft“, ist eine Auseinandersetzung um die Frage der Identität der Eingewanderten und der Identität der deutschen Nation gewesen. Und jetzt bin ich bei der Integrationsfigur. Die Auseinandersetzung und die Entschlossenheit, keine Mehrstaatigkeit hinzunehmen, ist damit begründet worden, dass die Einbürgerung erst am Ende einer Integration stattfinden könne. Und da muss man sich klar machen, was für ein Gesellschaftsverständnis diejenigen haben, die von Anfang und Ende der Integration meinen sprechen zu können, was ja bedeutet, wenn ich Anfang und Ende kenne, habe ich am Ende ein Bild stehen, das den Idealtypus, in diesem Falle des deutschen Bürgers oder Bürgerin darstellt, und ich kann ab irgendeinem Punkt vermelden: „Integration erfolgt, jetzt können wir einbürgern“. Genauso reduziert ist die Vorstellung gewesen, die auch durchaus von meinen eigenen Weggefährten vertreten worden ist, dass die Integration mit dem Einwanderungsgesetz nun gesetzlich geregelt sei. Das bedeutet 600 Stunden Deutschkurs. Aber das kann nicht die Integration sein.

Was steckt für ein Bild hinter einer Gesellschaft, die sagt, sie kenne Anfang und Ende von Integration? Darin wird die Vorstellung einer modernen Gesellschaft mit einer großen Pluralität, mit viel Heterogenität nicht aufgenommen. Aber auch die deutsche Gesellschaft ist heterogen und hat sich verändert, was sehr stark in der Auseinandersetzung mit Migranten-Communities und Wertvorstellungen vergessen wird. Wertvorstellungen, die zum Teil in uns inzwi-



Marie-Luise Beck

schen fremdgewordener Weise traditionsgebunden sind, die von einer religiösen Orthodoxie gekennzeichnet sind, wie wir sie nicht mehr kennen, die uns zum Teil aber auch nicht unbekannt sind. Da muss man nicht 200 Jahre, sondern nur 40 Jahre zurückgehen. In einem norddeutschen Dorf war es vor 40 Jahren zum Beispiel fast eine Katastrophe, wenn ein Katholik eine Protestantin heiraten wollte, oder wenn ein uneheliches Kind zur Welt kam, weil unverheiratetes Zusammenleben bedeutete, dass man keine Wohnung fand und auch Homosexualität musste im Verborgenen stattfinden. Alles, was jetzt mit größter Selbstverständlichkeit als Integrationsmaßstab an die Menschen, die hierher kommen, angelegt wird, ist in dieser Weise nie in der eigenen deutschen Gesellschaft homogen gewesen, aber es wird verlangt.

Die Diskussion um die Leitkultur hat sich auch genau um diese Frage der deutschen Identität gedreht. Da ist sehr weit ausgeholt worden, und wenn man angefangen hat, ein bisschen an der Fassade zu kratzen, um zu sehen, was denn nun dahinter steckt, kam eine relativ wenig aufregende Definition zum Vorschein, nämlich die Werte unse-

res Grundgesetzes und die Rechtsordnung. Von dieser Aussage würde sich, glaube ich, unter den demokratischen Parteien niemand distanzieren. Aber was es sonst sein sollte, ist wirklich nur noch eine nicht mehr zu identifizierende, amorphe Masse gewesen. Dann fängt man bei Bach, Schiller und Goethe an, obwohl ein großer Teil der deutschen Bevölkerung sicher eher nicht mit Bach, Schiller und Goethe aufgewachsen ist. Also ist der Versuch, eine Leitkultur zu definieren und auszumachen, eigentlich fast nicht möglich, wird aber andererseits in der Auseinandersetzung mit zugewanderten Menschen gewünscht, wo die Zerreißproben und die Konflikte, ob wir zusammenpassen, auch im Alltag auftreten.

Zu einem Sumpf wird diese Integrationsdebatte, wenn wir nicht anerkennen, dass moderne Gesellschaften, die sich ökonomisch und über Kommunikation globalisieren, an Heterogenität zunehmen und dass immer wieder Aushandlungsprozesse in der bestehenden Rechtsordnung, aber zum Teil auch tatsächlich in der Veränderung von Rechtsordnungen erforderlich sind. Da stoßen Zielkonflikte aufeinander. Wenn wir hier zum Beispiel das Gefühl haben, unsere Tierschutzgesetzgebung ist inzwischen eine weit entwickelte und damit fortschrittliche, die dann mit Religionen konfrontiert wird, die beanspruchen, dass rituelles Schächten für sie unerlässlich sei, dann gibt es immer ein großes Geschrei in unserer Gesellschaft, wenn dies von Muslimen gefordert wird. Wenn dasselbe von Juden gefordert wird, hält sich die Gesellschaft hier stärker zurück, weil bei den Muslimen die Hemmungen sich abzusetzen oder anzuklagen nicht so groß sind. Und diese Zielkonflikte könnte man weiter durchgehen. Egal, ob das nun der Sportunterricht ist oder der Schwimmunterricht für Kinder aus orthodox-religiösen Familien, nicht nur islamischer Natur, sondern auch in christlich-orthodoxen Familien eher nicht vorstellbar, und natürlich, was wir alle erlebt haben, das Kopftuch. Es ist erstaunlich, mit welcher Unduldsamkeit die Diskussion um das Kopftuch bei uns ge-

führt worden ist, wo sich dann auf einmal dogmatische Vorstellungen aus gesellschaftlichen Ecken einstellen, wo man es gar nicht erwarten würde. Viele Frauen, die sich als Feministinnen definieren, sagen, sie wissen, was ein emanzipiertes Leben und wie ein emanzipiertes Aussehen ist und stellen fest, dass das Kopftuch nicht dazu gehören kann. Und da nützt es den Muslima nichts, wenn sie sich selber hinstellen und sagen, es ist für sie eine frei gewählte Entscheidung, die für sie etwas mit ihrer Würde zu tun hat, die sie als religiös empfindende Frauen so definieren. Da wird dann häufig abgesprochen, dass es überhaupt diese Art von Selbstdefinition geben könnte. Es gibt also -zugespitzt gesagt- einen kulturellen Imperialismus auch aus gesellschaftlichen Milieus heraus, die dies von sich selbst sicherlich nie denken würden, wo man aber, durch die Brille einer anderen Kulturen gesehen, dann doch etwas erstaunt ist.

Moderator

Vielen Dank, Frau Beck. Ich will ja versuchen, Sie auf die Außenpolitik zu bringen und hoffe, dass wir am Podium da noch einige Bereicherungen bekommen. Deswegen gehe ich jetzt mal zu Frau Breidenbach. Sie habe ich hier ja schon vorgestellt, als eine Spezialistin für die kulturellen Auswirkungen der Globalisierung, und ich möchte Sie fragen, was Sie aus dieser Sicht zu unserem Thema beitragen.

Dr. Joanna Breidenbach, freie Journalistin und Autorin

Ich möchte aus der ethnologischen Migrationsforschung drei Thesen vorstellen, die davon handeln, wie Migrantengenerationen sich heute von früheren Migranten unterscheiden, und welche kulturellen Veränderungen das hat. Dabei werde ich etliche Themen aufgreifen, die wir auch schon gestreift haben.

Die erste These lautet, wie wir gehört haben, dass immer mehr Migranten transnational sind. Darunter verstehe ich, dass sie in einem engen Geflecht zwischen Ursprungs-

land, neuem Wohnort und einer dritten, häufig deterritorialiserten Sphäre, die durch die globale ethnische Gemeinschaft nicht mehr an ein festes Territorium gebunden ist, operieren und navigieren. Während früher hugenottische Einwanderer in Preußen oder Libanesen in den USA nach einiger Zeit nur noch symbolisch mit ihrem Herkunftsland in Berührung standen und Tischsprache und Tischmanieren ihres neuen Wohnorts übernahmen, so können Migranten heute dank moderner Kommunikations- und Transportmöglichkeiten wichtige Beziehungen zu ihren Herkunftsorten aufrecht erhalten. Zu diesen beiden Orientierungspunkten, Herkunftsnation und neuem Wohnort, gesellt sich oft noch ein dritter, von dem wir heute noch nicht sehr viel gehört haben: die transnationale ethnische Gemeinschaft. Viele Migranten, sei es aus den Philippinen, Mexiko, Indien oder der Volksrepublik China sind mittlerweile durch ein dichtes Netz aus Printmedien, Satelliten-Fernsehsendern, Berufsorganisationen, aber auch vielen digitalen Medien, Websites, E-mail, Chats und Bloggs sowie persönliche Beziehungen miteinander verbunden. Neben schnellen und günstigen Transport-Technologien, die es mit sich bringen, dass z. B. eine Zugfahrkarte Berlin-München teurer sein kann als ein Flug Berlin – Ankara, spielen Medien dabei eine besonders wichtige Rolle, denn sie etablieren transnationale, supranationale Identitätsbezüge und eine neue transnationale Sphäre.

Ich habe mal mit einem Kollegen bei Auslandschinesen in Ungarn gearbeitet, und da war es faszinierend zu sehen, dass diese nur 12.000 chinesischen Migranten in Budapest mittlerweile insgesamt 8 lokale Wochenzeitschriften produzieren, dass sie ganz selbstverständlich die weltweit ausgestrahlten staatlichen CCTV-Sender empfangen und zahlreiche Romane und Fernsehserien konsumieren, die zum Teil explizit für ihre Situation maßgeschneidert sind. Es gab damals eine Serie, die hieß „Gelbe Sonne über der Donau“, und die wurde von chinesi-

schen Migranten in Ungarn produziert. Da wurde genau ihre Lebenssituation geschildert, und die zirkulierte in der ganzen transnationalen Diaspora, wurde also genauso in Australien gesehen wie zum Beispiel in Berlin. Das gleiche gilt auch für türkische Migranten, wo wir immer mehr sehen, dass es nicht nur darum geht, dass sie die gleichen Fernseh- und Radioprogramme konsumieren können wie in der Türkei, sondern dass zunehmend neue Sender mit neuen Programminhalten entstehen, die speziell auf die Interessen von diesen deterritorialiserten Migranten zugeschnitten sind, und die, entgegen dem Bild von den Migranten als Opfer, das wir doch immer noch sehr stark in den Medien haben, den Migranten eine ganz neue Art von Orientierungshilfe und ein Selbstverständnis ermöglichen.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch Religionsgemeinschaften. Darüber werde ich jetzt aber nichts sagen. Aber ich denke, wir sehen sehr deutlich, dass es ganz bestimmte christliche Missionskirchen gibt, die sich explizit an Migranten wenden, und die ihnen auch supranationale Identitätsbezüge bieten und neue Netzwerke für Migranten sind, innerhalb derer sie operieren.

Wer profitiert von dieser Entwicklung, von dieser doppelten oder mehrfachen Verankerung? Und da kommen wir zu der zweiten These, die lautet, dass die Transnationalisierung sowohl für die Migranten als auch für die Entsendestaaten Sinn macht.

Im Zuge weltweiter Umstrukturierung, wirtschaftlicher Unsicherheiten und verbreitetem Rassismus ist es für Migranten natürlich sinnvoll, nicht nur auf ein Land allein zu setzen. Viele wägen souverän die Vor- und Nachteile einzelner Staaten ab und folgen als vorteilhaft empfundenen Regeln in einigen und umgehen andere. Viele genießen an ihrem neuen Wohnort soziale Freiheiten, eine politische Stabilität, gute Schulen, Ausbildungsmöglichkeiten und einen meist materiell höheren Lebensstandard als in ihrer Heimat. Im Heimatland aber holen

sie sich oft die soziale Anerkennung und den politischen Einfluss, der ihnen an ihren neuen Wohnorten verwehrt sind. Eine amerikanische Ethnologin bezeichnet diese Praxis in Bezug auf die Auslandschinesen, als *flexible citizenship*, also eine flexible Staatsbürgerschaft, die sehr optimal an die Bedürfnisse des globalen Kapitalismus angepasst ist. Deswegen würde ich auch Ihnen, Herr Melchers, durchaus zustimmen, wenn Sie die Migranten als eine Avantgarde sehen und als etwas, das vielleicht auch geerdetes Kosmopolitentum genannt werden könnte, was nicht mehr die hohen hehren Kantianischen Ideale von einem Kosmopolitentum hat, sondern sehr on the ground stattfindet.

Aber es sind nicht nur Migranten, die dieses Interesse haben, sondern auch viele Staaten, wie Mexiko oder die Türkei. Selbst ein Land wie Armenien fördert die doppelte Verankerung und die Migrationsstrategien ihrer Bürger. Sie beziehen Migranten in das politische und wirtschaftliche Geschehen der Heimatstaaten ein, indem sie ihnen zum Beispiel Wahlrechte geben, ihnen parlamentarische Vertreter für im Ausland lebende Bürger zubilligen, doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen, Zollbestimmungen erleichtern, Investitionsanreize schaffen und vor allen Dingen einen neuen Diskurs etablieren, der vorher ein anderer war. Früher wurden häufig die Bürger in der Diaspora regelrecht als *Parias* oder *Verräter* gesehen, während man heute sieht, dass sie als moderne, flexible Bürger in Übersee gefeiert werden. Dabei entwickeln Staaten ein neues, vom Nationalterritorium losgelöstes Verständnis der Nation.

Die Sendestaaten haben natürlich auch ihr eigenes Interesse daran. Wir haben schon gehört, dass sie darüber sozialen Druck abbauen können, dass sie Rücküberweisungen und Investitionen der Bürger in Übersee in die heimische Wirtschaft kanalisieren. Aber sie sehen darin auch zum Teil eine Möglichkeit, ihren politischen Einfluss zu erweitern. Ich denke da zum Beispiel an die großen Demonstrationen, die es bei dem



Dr. Joanna Breidenbach

NATO-Bombardement der chinesischen Botschaft in Belgrad gegeben hatte, als es überall auf der Welt Demonstrationen von Chinesen dagegen gab. Benedikt Andersens hat das einen Langstrecken-Nationalismus genannt, den wir da zum Teil entstehen sehen, denn natürlich sind die Bürger in Übersee nicht immer einverstanden mit den Strategien und mit ihren Staaten. Wir sehen ja auch, dass die Kurden in Deutschland oder Exil-Tibetaner aktiv gegen ihre jeweiligen Nationalstaaten kämpfen, es hat also auf jeden Fall auch eine große politische Dimension.

Die letzte These lautet: Was folgt daraus für Empfängerstaaten? Die Empfängerstaaten werden durch die Transnationalisierung gezwungen, ihre Konzepte von Integration und von Kultur neu zu überdenken. Was ich geschildert habe oder versuche zu schildern, ist, dass sich die strategischen Auswahlmöglichkeiten von Migranten in diesem transnationalen Feld vergrößern. Sie sind heute mehr denn je in einer Position, einzelne Vor- und Nachteile von Staaten abzuwägen, und sie sind vor allen Dingen nicht mehr darauf angewiesen, kulturelles Kapital in ihren neuen Wohnorten anzusammeln, sondern sie können sich diese soziale Anerkennung auch im Heimatland

oder innerhalb einer transnationalen ethnischen Sphäre holen. Ich kenne einen chinesischen Händler auf einem Wochenmarkt in Budapest, der dort Plüschtiere verkauft, der aber in einer Hochglanzpublikation über Who is Who among the overseas Chinese auf Fotos abgebildet ist, wie er Politikern die Hand schüttelt, und wo er in dieser Sphäre wirklich ein ganz neues Selbstverständnis gewinnt.

Die Vorstellung einer einfachen Integration, die in Deutschland immer noch häufig mit einer Assimilation gleichgesetzt wird, der wird in diesem Umfeld von der Transnationalisierung meines Erachtens der Boden entzogen und muss neu überdacht werden.

Über die Auswirkungen dieser mehrfachen Verankerung von Migranten auf ihre Eingliederung in Aufnahmegesellschaften gibt es erstaunlicherweise erst sehr wenige Studien. Im Moment ist gerade eine am Entstehen, die am Max Planck Institut in Halle unter anderem von der Sozialanthropologin Nina Glick Schiller durchgeführt wird, die dazu in Halle und in New Hampshire vergleichend Material aufstellt. Es wird darin die Hypothese ausgestellt, dass transnationale Bindungen von Migranten entgegen der Postulate der klassischen Migrationsforschung die Einbindung sogar fördern, dass es einfach eine punktuelle Einbindung ist, die aber ein gesundes Zusammenleben ermöglicht.

Was auf jeden Fall notwendig ist, und das ist mein letzter Punkt, ist, dass wir ein komplexeres Verständnis von Kultur brauchen. Kultur wird ja neuerdings als extrem wichtig angesehen, und man sieht immer wieder, dass die deutsche Verwaltung sich jetzt die interkulturelle Öffnung ins Leitbild schreibt. Im Schulcurriculum hören wir, dass den Schülern interkulturelle Kompetenz beigebracht werden soll, Unternehmen schicken ihre Manager ins Wochenend-Seminar zur interkulturellen Kommunikation. Das Problem bei vielen dieser Ansätzen, die ich mir zum Teil intensiv angeschaut habe, ist jedoch,

dass sie immer noch ein sehr essentialistisches Kulturbild vertreten. Kultur wird als ein monolithisches, meist statisches Gebilde verstanden. Wir hören immer wieder, dass eine Kultur auf die andere trifft, aber natürlich sind es nicht Kulturen, die aufeinander treffen, sondern Menschen. Und diese Menschen sind neben ihrer sozialen Situation und ihren individuellen Ausstattung auch von Kultur geprägt. Aber das ist nur ein Faktor und vielen. Unter Kultur verstehe ich jetzt auch nicht nur die heutige Herkunftskultur, sondern wir sehen ja, dass sich das Lebensfeld von Migranten häufig genau so ausdifferenziert wie das von unserer Mehrheitsgesellschaft.

Ich fand es interessant, als ich mir überlegt habe, was ich hier sagen wollte, und ich wieder gemerkt habe, dass wir dazu tendieren, von Mehrheitsgesellschaft und Migrantengemeinschaft zu sprechen. Es klingt komisch, „Mehrheits-Migranten-Gesellschaft“ zu sagen, weil man immer noch diese Rede von Gemeinschaft impliziert, und dass es ein heterogenes, in sich geschlossenes homogenes Ganzes ist. Wir verdecken damit, dass Migranten und ihre Lebensformen in hohem Grade hybride und wandlungsfähig sind, dass sie sowohl vom Herkunftsort als auch von ihrer jeweiligen und von Ort zu Ort unterschiedlichen Lebenssituation geprägt sind und dass eine Vielzahl neuer Kulturformen entstehen. Ich könnte dazu viele Beispiele bringen, nenne jetzt aber nur eins. Es gibt eine amerikanische Soziologin, die sich mit pakistanischen Einwanderern in Boston beschäftigt und die beschrieben hat, wie diese sehr bewusst ihren Islam pflegen und leben, wie man aber deutlich die Tendenz erkennen kann, dass ein amerikanischer Selbstfindungs-New Age angehauchter Einfluss in ihrem Islam zu spüren ist, nach dem Motto, it's good for my health to be a Muslim. Das sind solche kleinen Veränderungen, die wir häufig gar nicht wahrnehmen.

Die mit der Transnationalisierung einhergehende Erweiterung bedeutet auch für Mig-

ranten, dass auch sie Kultur strategisch einsetzen können. Mich fasziniert es immer wieder, wie Migranten je nach Kontext, in dem sie operieren, ganz unterschiedliche Repertoire aktivieren können und manchmal sehr türkisch oder sehr japanisch sein können, aber dann wiederum in anderen Situationen auf ein anderes Verhaltens- und Werterepertoire zurückgreifen können. Wobei, das muss man dazu sagen, diese Navigationsfähigkeit auch etwas ist, was je nach Berufsausbildungsstandard und Berufsstandard variiert. In der Öffentlichkeit reduzieren wir Migranten jedoch fast unweigerlich auf ihre Herkunftskultur, obwohl wir eigentlich wissen, dass wir das nicht machen sollen, und dass diese Überlappungen und Vermischungen und auch Widersprüche, die zum Teil schwer auszuhalten sind, nicht anerkannt werden.

Wir nehmen nicht wahr, dass es zum großen Teil nicht kulturelle Unterschiede sind, die einem gelungenen Zusammenleben im Wege stehen, sondern bestehende Machtungleichgewichte zwischen Migranten und der Mehrheitsgesellschaft sowie die systematische Abwertung von Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade auch im erziehungswissenschaftlichen Bereich sehen wir, was in den Schulen passiert. Meine Kinder gehen zum Beispiel auf die internationale Schule, und da ist ein ganz anderes Miteinander mit der Fremdheit, ein anderes Zusammenleben vorhanden als in vielen anderen Schulen. Doch gerade diese Abwertung führt im transnationalen Geflecht dazu, dass die Lebenswelten von Migranten sich immer weiter räumlich funktional ausdifferenzieren, und dass bestehende Probleme kulturalisiert werden, und dadurch ein gemeinsames Lernen auf Augenhöhe auch über die sehr real bestehenden Konflikte, die Sie eben auch angesprochen haben, zum Teil verhindert wird. Danke.

Moderator

Ganz herzlichen Dank, Frau Breidenbach, für diesen voranweisenden Mut verbreiten-

den Beitrag. Wir sind zwar in der Zeit jetzt so weit fortgeschritten, dass ich eigentlich nur eine Nachfrage zu stellen wage, wenn Sie mir versprechen, dass Sie kurz darauf antworten. Und zwar hat sich in dieser Debatte ja auch der notorische Samuel P. Huntington gemeldet mit einem Buch im vergangenen Jahr, „Who are we, the challenges of America’s national identity“. Er beklagt, dass die neuen Migrantenwellen, vor allen Dingen aus Mexiko, keinen Assimilationswillen mehr hätten. Und er meint, die früheren hätten diesen Assimilationswillen gehabt. Wie würden Sie diese Aussage von Huntington kommentieren, ist das wirklich ein Problem?

Breidenbach

Herr Huntington ist, denke ich, ein Problem. Gerade er steht für mich für diesen sehr existentialistischen Kulturbegriff, und sein Buch ist ja auch extrem viel kritisiert worden für schlechte Forschung, dafür dass er wirklich Zahlen vollkommen manipuliert hat, z. B. über die Fähigkeit der Migranten Englisch zu sprechen. Er behauptet ja, dass große Teile der neuen mexikanischen Bevölkerung nur Spanisch lernen und nicht mehr bereit sind Englisch zu lernen. Und da gibt es Studien, die genau das Gegenteil beweisen, die nämlich gerade für eine Zweisprachigkeit plädieren und auch zeigen, dass in der zweiten Generation die mexikanischen Einwanderer sehr wohl zweisprachig sind, weil sie extrem leistungsorientiert sind und auch einen Willen zum Erfolg haben, weil sie sehen, dass dieser in Amerika über die Beherrschung der englischen Sprache funktioniert. Deshalb finde ich, dass er da Hetze macht.

Moderator

Herr Goldberg, Sie haben auch gerade geforscht, über die türkischen Migranten hier, die sich, ähnlich wie die mexikanischen, dadurch auszeichnen, dass sie auch systematisch angeworben wurden, nicht als Fachkräfte und nicht weiter Ausgebildete und daher überwiegend aus entsprechenden gesellschaftlichen Kreisen der Türkei stam-

ment. Wie hat sich das auf die Ausbildung der türkischen Diaspora ausgewirkt? Ich möchte Sie gleich noch bitten, nicht nur auf die Situation hier einzugehen, sondern auch auf den Rückbezug der türkischen Diaspora in die Türkei hinein, wie sich das jetzt vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen abspielt.

**Dr. Andreas Goldberg, Zentrum für Türk-
eistudien, Essen**

Vielen Dank Herr Melchers, auch für die freundliche Vorstellung. Ich werde gerne darauf eingehen, auch auf das, was meine Vorrednerin Frau Breidenbach gesagt hat, und möchte einige Thesen am Beispiel der türkischen Community in Deutschland hier bringen, die das stützen, was Sie gesagt haben.

Wenn man die türkische Community hier in Deutschland betrachtet, dann fängt es schon mit dem Problem an, überhaupt den richtigen Begriff zu finden. Wenn wir die klassischen Migranten der 60er Jahre nehmen, die so genannten Gastarbeiter, dann waren das tatsächlich Migranten, die nach Deutschland gekommen sind, die schon eine Binnenmigration in der Türkei hinter sich hatten, die auf der Suche nach Arbeit aus den ländlichen Gebieten in die großen Städte gekommen waren, dort gescheitert waren und quasi als letzte Chance die Immigration nach Deutschland gesehen haben. Alle sind davon ausgegangen, auch als ungelernete Arbeitskraft in Deutschland arbeiten zu können, zwei, drei Jahre dort zu bleiben und so viel Geld anzusparen, dass sie sich in der Türkei nach ihrer Rückkehr selbständig machen können. Das waren mit 85% vorwiegend junge Männer. Die Frauen waren damals in der Minderheit. Von daher hatte man zumindest in den 60er bis Anfang der 70er Jahre eine sehr homogene Masse von türkischen ungelerneten Arbeitern, die im Prinzip parallel zu den deutschen Anwerbern die Einstellung hatten, nur zwei bis drei Jahre zu bleiben. Sie bildeten in den Wohnheimen eine, wie es im Programm steht, „Insel in der Fremde“. In-



Dr. Andreas Goldberg

tegration war für beide Seiten überhaupt kein Thema.

Heute haben wir, wenn wir über Türken in Deutschland sprechen, und das ist eigentlich auch schon wieder ein falscher Begriff, nur 15%, die tatsächlich Migranten sind und die selbst den Migrationsprozess vollzogen haben. 85 % sind Kinder von ehemaligen Gastarbeitern, ein Drittel ist bereits sogar hier in Deutschland geboren, ein Viertel sind schon deutsche Staatsbürger. In dieser Situation von Türken, von Migranten, von Menschen mit Migrationshintergrund zu sprechen, da ist jeder Begriff irgendwie falsch. Wir haben heute eine sehr starke Ausdifferenzierung innerhalb der türkischen Community, um überhaupt mal einen Begriff zu finden. Wir haben sehr viele Selbständige hier. Es gibt 61.000 türkische Unternehmer und Unternehmerinnen in Deutschland, die sich hier niedergelassen haben, eigene Geschäfte gegründet haben. Wir haben 24.000 Studierende an deutschen Hochschulen, von denen 97 % Bildungsinländer sind, also Personen, die hier das deutsche Abitur abgelegt haben. Wir haben also schon eine sehr differenzierte türkischstämmige Gesellschaft in Deutsch-

land, die auch eine sehr dynamische Entwicklung vollzogen hat.

In den 60er Jahren, um auf Ihre Frage noch mal kurz einzugehen, hat diese Gruppe natürlich eine sehr große Rolle auch für die Türkei gespielt. Die Rücküberweisungen der türkischen Arbeitnehmer haben das eklatante Auslandsdefizit der Türkei sehr stark behoben. Unabhängig davon war es natürlich für ihre Familien ein sehr, sehr wichtiger Faktor. Das ist heute überhaupt nicht mehr der Fall. Geldtransfer in die Türkei spielt für die türkische Volkswirtschaft keine große Rolle mehr, aber auch nicht für die türkischen Familien, weil die Familie im Rahmen der Familienzusammenführung in der Regel nach Deutschland gekommen ist. Das gesamte Sparverhalten war natürlich jahrzehntelang sehr stark auf die Türkei ausgerichtet. Wir kennen alle die Beispiele der türkischen Arbeitnehmer, die Jahr für Jahr ein Stockwerk auf ihr Ferienhäuschen draufsetzen. Da gibt es heute eine gegenläufige Tendenz. Es wird eher in Immobilien hier in Deutschland investiert. Es werden Miethäuser gekauft, die dann auch zum Teil, und das führt wiederum häufig zu gewissen Problemen, nur an eigene Landsleute vermietet werden. Wir haben die Tendenz, dass Immobilien in der Türkei eher verkauft werden, um hier in Deutschland zu investieren.

Ich habe vorhin die türkischen Selbständigen angesprochen, die türkischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie spielen heute eine wichtige Rolle für die Türkei, um den Bezug zur Türkei ein bisschen herzustellen, denn sie bilden so etwas wie eine Lobby, wie eine Brücke zur Heimat. Sie sind längst auch sehr wichtig im Hinblick auf den potentiellen EU-Beitritt der Türkei. Es gibt sehr viele Joint Ventures zwischen türkischen und deutschen Unternehmen, davon 1.200 Unternehmen in der Türkei. Insofern sind sie eine interessante Gruppe für beide Volkswirtschaften. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei, und da spielen eben diese Selbständigen eine wichtige Rolle.

Ich will noch mal ganz kurz auf den Wandel eingehen, der sich vollzogen hat, denn der ist, denke ich, sehr charakteristisch, da wir jetzt eine relativ abgeschlossene Migrationsgeschichte in Bezug auf die Türken hier in Deutschland hinter uns haben. Sehr viele Identitäten, um es mal sehr pauschal zu skizzieren, haben sich gewandelt. Rückkehrabsichten haben sich sehr stark verschoben. Früher war es für jeden Türken oder für jede Türkin selbstverständlich, irgendwann in die Türkei zurückzu kehren, zumindest der Wunsch war immer vorhanden. Er wurde immer wieder verschoben, zunächst hieß es immer, sobald ich genug Geld gespart habe. Dann hieß es, sobald die Kinder aus der Schule sind. Dann hieß es, sobald ich in die Rente gehe, irgendwann kehre ich zurück. Heute, das wissen wir aus sehr vielen Befragungen, plant nur ein Drittel wirklich eine Rückkehr in die Türkei. Und die Zahlen sprechen für sich. Nur 36.000 Menschen kehren jedes Jahr in die Türkei zurück. Das ist eine sehr verschwindende Minderheit, und das gilt auch insbesondere für Rentner, die eher dazu neigen zu pendeln und alle paar Monate wieder nach Deutschland einzureisen, um ihren Status nicht zu verlieren und um den Kontakt zur Familie zu halten. Wir wissen aus sehr vielen Befragungen, dass dies natürlich eine sehr subjektive Wahrnehmung von türkischen Betroffenen ist, dass sich 50 % auch mit der Bundesrepublik sehr heimlich verbunden fühlen. Nur 39 % sagen, ausschließlich die Türkei ist meine Heimat.

Das heißt, es gibt eine gewisse Umorientierung und eine Entwicklung von sehr unterschiedlichen Identitäten, die sich natürlich auch, Frau Breidenbach hat das vorhin gesagt, im Bereich der Religion sehr stark zeigen. Insgesamt sieht man, dass der Moscheebesuch nachlässt. Auf der anderen Seite, wenn Sie mal in die großen Diskotheken schauen, ich denke da an das Ruhrgebiet, während des Ramadans gibt es sehr viele junge Türkinnen und Türken, die sehr westlich angezogen sind, sehr offenherzig dort tanzen, feiern, aber am nächsten Tag fasten.

In der Türkei wäre es undenkbar, dass Personen, die gläubig sind und fasten, in Diskotheken gehen. Also hat sich da schon etwas herausgebildet, was häufig als Euro-Islam bezeichnet wird. Es gibt Aufweichungen, vielleicht ist es so was wie Islam light, eine abgewandelte Version. Die Gruppen finden Möglichkeiten ihren Islam zu leben. Auf der anderen Seite aber haben sich die religiösen Organisationen hier in der Bundesrepublik auch sehr stark gewandelt. Früher war es reine religiöse Betreuung in der Diaspora, heute übernehmen viele Religionsgemeinschaften auch soziale Aufgaben, von der Betreuung von Senioren bis hin zu anderen Aufgaben, die man letztendlich auch als nur sehr positiv betrachten kann. Denn was aus der eigenen ethnischen Gruppe gewachsen ist, ist sicherlich häufig sehr viel effektiver, als wenn es von außen aufgepfropft wird.

Das hat natürlich auch zu sehr starken Veränderungen in der deutschen Gesellschaft geführt. Ich will jetzt gar nicht von den ganzen Restaurants und von den Döner-Kebab-Imbissen, die sich entwickelt haben, sprechen, die natürlich auch die Deutschen sehr stark beeinflusst haben. Es hat sich ein anderes Selbstverständnis entwickelt durch die türkische Migration nach Deutschland. Frau Beck hat es vorhin angesprochen, auch wenn es immer noch große Probleme bei der Bewertung des Einwanderungsgesetzes, des Staatsangehörigkeitsgesetzes gibt, hat es doch gezeigt, dass die Politik Deutschland doch als Einwanderungsland betrachtet, und das war in den 70er, 80er Jahren beileibe nicht so.

Wenn man jetzt mal ein bisschen von den Türken abrückt und die Italiener betrachtet, die ja auch zu den ersten Gruppen gehörten, die nach Deutschland einwanderten, und die zunächst zumindest mit sehr negativen Attributen bewertet wurden, so assoziiert man sie heute mit Toskana, Ferrari und Alessi, und sie werden sehr, sehr hoch gehalten.

Es hat also ein völliger Wandel in der Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft, der

Aufnahmegesellschaft von einem Land und von seinen Menschen stattgefunden. Auf der anderen Seite hat die Akzeptanz innerhalb der deutschen Gesellschaft eben noch nicht das Maß erreicht, das man sich wünschen würde, auch wenn die Rahmenbedingungen, die die Politik geschaffen hat, sehr, sehr gut sind. Ich denke jetzt noch gar nicht mal so sehr an die Übergriffe von Rechtsradikalen, die sicherlich nur die Spitze bilden. Auch die tägliche Diskriminierung ist immer noch in weiten Teilen vorhanden. Ich sehe das selbst bei uns im Institut, dass Kolleginnen und Kollegen, die einen türkischen Namen haben, einfach mehr Probleme bei der Wohnungssuche haben, als die Kollegen mit einem deutschen Namen. Oder um bei dem Beispiel Diskotheken zu bleiben, das ich vorhin genannt habe, es gibt allein im Ruhrgebiet 20 große Diskotheken, türkische Diskotheken, die sind auch deshalb entstanden, weil Türcinnen und Türken große Probleme haben, in deutsche Diskotheken hinein zu kommen. Das ist natürlich eine Entwicklung, die wieder andere Entwicklungen nach sich zieht. In den türkischen Diskotheken ist es dann eben genau umgekehrt, da sind eben nur 99,9% Türken und kaum Deutsche, und man bleibt dann so ein bisschen in der eigenen Suppe, was natürlich für die Integration auch nicht besonders förderlich ist.

Ich glaube, um das abschließend zu sagen, die Perspektiven sind nicht so schlecht. Es ist jetzt eben die Frage in der allgemeinen Bewertung, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Wenn wir die türkische Integrationsgeschichte rückblickend betrachten, hat sich sehr, sehr vieles positiv entwickelt. In anderen Bereichen stagnieren wir noch sehr stark. Das hat auch noch mit den Sprachdefiziten zu tun und damit, dass wir immer noch eine relativ starke Heiratsmigration haben. Ungefähr 50.000 Personen, davon etwa 75 % Frauen, kommen jedes Jahr im Rahmen der Familienzusammenführung aus der Türkei nach Deutschland. Das sind Zahlen, die offiziell genannt werden und die dazu führen, dass natürlich gerade im

Kreis der Familie Kinder noch rein türkisch aufwachsen. Da würde ich mir wünschen, dass frühzeitig auch in der Türkei diese Gruppen entsprechend informiert werden, mit Informationsmaterial versorgt werden über Möglichkeiten der Sprachförderung hier in Deutschland etc., um dort Unterstützungsmaßnahmen anzubieten. Generell denke ich, wir haben sehr viel erreicht. Das Glas ist eher halb voll als halb leer. Dennoch darf Integration, und da schließe ich mich meiner Vorrednerin an, nicht als Assimilation verstanden werden, sondern die türkische Integration ist sehr, sehr vielfältig, sie hat uns in sehr vielen Punkten bereichert, und so sollte sie auch wahrgenommen werden. Vielen Dank.

Moderator

Vielen Dank Herr Goldberg. Frau Beck, bei vollem Verständnis, dass Sie da möglicherweise korrigieren wollen, bei der wenigen verbleibenden Zeit liegt mir sehr daran, dass wir versuchen diese Tendenz, diese Beispiele für transnationale Prozesse, die wir hier schon angerissen haben, noch weiter verfolgen. Gleichzeitig möchte ich aber noch einen großen Sprung hin zu den internationalen Beziehungen machen, nämlich zur Entwicklungspolitik. Es gibt ja so ein Gerücht, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sich diesem Thema, welche Rolle die Diaspora dabei eigentlich schon spielt, und welche Potentiale da sind, wo man also entwicklungspolitisch eingreifen könnte, sich diesem Thema kaum zuwendet oder als Ministerium eigentlich gar nicht, weil die Ministerin sich nicht auch noch mit Herrn Schily anlegen möchte, nachdem sie sich mit dem Minister dieses Hauses und mit dem Wirtschaftsminister usw. auch immer heftig streiten muss. Deswegen sagen einige, dass das Thema tabuisiert würde, obwohl unter diesen ungünstigen Bedingungen Herr Mundt für die GTZ zwei richtungsweisende internationale Workshops zu dem Thema gemacht hat, und jetzt auch dort ein Arbeitsbereich eingerichtet wird. Herr Hoppe, Sie können si-

cherlich zu dieser Frage noch Erhellendes beitragen.

Thilo Hoppe, Mitglied des Bundestags

Schönen guten Abend. Also dieses Gerücht werde ich jetzt nicht kommentieren, dafür haben Sie hoffentlich Verständnis. Ich spreche auch nicht für das BMZ, sondern wenn, dann für die Grüne Bundestagsfraktion. Und ich muss zugeben, dass dieses Thema auch von uns zunächst übersehen wurde, aber nicht aus böser Absicht. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ein Anstoß von außen kam. Die Konferenz von Herrn Mundt, die schon eben erwähnt wurde, oder auch der Moderator hier haben große Verdienste. Herr Melchers hat uns auf dieses Thema auch gestoßen, und wir haben es dann aufgenommen.

Die Grüne Fraktion hat im letzten Jahr die Initiative für eine Anhörung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum Thema Diaspora gegeben. Als ich im Kreise meiner Obmann- und Obfrau-Kollegen dafür geworben habe, gab es erstmal ein bisschen Kopfschütteln, da das ganze Thema noch recht unbekannt war. Das hat deutlich gemacht, dass diese Anhörung sehr wichtig war, um überhaupt darauf aufmerksam zu machen, welche enormen Entwicklungspotentiale hier liegen und bisher noch gar nicht genutzt werden. Es gibt verschiedene Schätzungen. Rund 180 Mio. Menschen, die zur Zeit als Migranten – dieser Begriff ist ja ein bisschen schwierig, wie ich gerade gelernt habe – oder Menschen mit Migrationshintergrund in der Diaspora leben. Im letzten Jahr haben sie, und auch diese Zahl kann man nur schätzen, etwa 120 Milliarden Dollar in ihre Heimat zurücküberwiesen. Wenn man jetzt mal diese Größenordnung betrachtet, dann ist das mehr als das Doppelte von dem, was alle Staaten der Welt als Entwicklungshilfe, Entwicklungszusammenarbeit nach UDA-Kriterien leisten. Daran ist zu erkennen, dass diese Rücküberweisungen möglicherweise größere Effekte erzielen als die gesamte Entwicklungshilfe zusammen. Wir haben auch

gelernt, dass die Kosten für diese Rücktransfers in die Heimatländer enorm hoch sind, in manchen Fällen mehr als 15 %. Wenn es gelingen würde, diese Kosten signifikant zu senken – dazu es gibt verschiedene Berechnungen – könnten bis zu 8, 9 Milliarden Dollar mehr, auch für entwicklungspolitische Impulse, generiert werden. Das ist eine Konsequenz, die wir aus dieser Anhörung gezogen haben. Dort muss eine Menge getan werden, und es muss Anstrengungen auf internationaler Ebene geben, die dazu führen, dass diese Kosten drastisch gesenkt werden, damit man dort mehr Hilfestellung gibt.

Eine andere Konsequenz war aber auch, die Migrationsforschung zu verstärken und überhaupt zu untersuchen, welche Rolle die verschiedenen Diaspora-Gemeinden in Deutschland beispielsweise spielen, wie ihre Beziehungen in ihre Heimatgemeinden denn überhaupt sind. Und dort gibt es ganz große Unterschiede. Wenn man das Thema diskutiert, dann wird man zuerst auf viele Vorurteile stoßen. Viele sagen zum Beispiel, dass es da auch Konflikte gibt, die sogar aus der Fremde heraus geschürt werden, dass Geld für Waffen gesammelt wird und dass Kriege angeheizt werden. Ich habe eine ähnliche Diskussion vor kurzem auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag erlebt und davor gewarnt, das schwarze Vorurteil durch ein rosarotes abzulösen. Es gibt, das haben Untersuchungen gezeigt, sehr viel friedensstiftende Impulse aus der Diaspora heraus, beispielsweise die Verhandlungen in Sri Lanka zwischen der Regierung und den Tamilen haben Anschlüsse aus dem Ausland bekommen, auch von Diaspora-Gemeinden. Menschen, die in der Migration leben, die Impulse bekommen zum Thema Demokratisierung, zum Thema Friedens- und Konflikt-Schlichtung und die dieses Wissen dann mit einbringen und dazu beitragen, dass Konflikte auch entschärft werden können. Es gibt aber auch gegenteilige Beispiele. Vor meiner Zeit als Bundestagsabgeordneter habe ich auch in Flüchtlingsgruppen in der Asylfrage gearbeitet und habe selbst erlebt, dass Vertreter der

UCK bei Kosovo-Albanern von Tür zu Tür gegangen sind und ziemlichen Druck ausgeübt haben bei Kosovo-Albanern, damit man für den großen Befreiungskampf des Volkes spenden soll. Es gibt also auch diese Impulse. Man muss beides wahrnehmen und darf nicht alles in einen Topf werfen. Meine These lautet, dass unterm Strich von den Diaspora-Gemeinden eher friedensfördernde Impulse als konfliktverschärfende ausgehen.



Thilo Hoppe

Wir haben nach dieser Anhörung einen Antrag erarbeitet, den Herr Melchers als Resolution bezeichnet. Es hat sehr lange gedauert, und es ging viel hin und her. Leider kann ich jetzt keine frohe Botschaft verkünden. Ich hätte noch vor zwei, drei Wochen gesagt, vielleicht gelingt es noch in den letzten Sitzungswochen des Deutschen Bundestages, diesen Antrag einzubringen. Aber wir haben etwa 50 Gesetzesvorhaben, die noch den Deutschen Bundestag durchgepeitscht werden sollen, durch. Es gibt einen großen Stau und aus allen Arbeitskreisen sind Parlamentarier dabei und sagen, jetzt aber mein Antrag, der muss unbedingt noch durchgebracht werden. Von dem Diaspora-Antrag sagen alle, dass das irgend so ein Randthema ist, das jetzt wirklich nicht das allerwichtigste ist. Ich bin da anderer Meinung und denke, gerade das wäre eine Chance, auch

durch eine Debatte im Bundestag dieses Thema noch mehr in die Öffentlichkeit zu bringen. Aber die Chancen, dass in den nächsten beiden Sitzungswochen noch zu booken, sind relativ gering, auch deshalb, weil es in einem Punkt nach wie vor einen Vorbehalt bezüglich des Ausländerrechts gibt. Das möchte ich hier auch noch anhand einer persönlichen Begebenheit erläutern. Vor einem Jahr hatte ich Ehre gehabt, den Bundeskanzler auf seiner Afrika-Reise zu begleiten. Und bei der ersten Station in Äthiopien habe ich einen Mann im Hotel kennengelernt, der hat mir seine Lebensgeschichte erzählt. Er, ein Äthiopier, lebt seit fast 20 Jahren in Berlin, ist Wasserbau-Ingenieur und hat sich hier niedergelassen, hat geheiratet und hier seine Kinder zur Welt gebracht. Jetzt sagt er, gibt es in seinem Land einen Aufbruch, und er fühlt sich moralisch verpflichtet und möchte mit seinen in Deutschland erworbenen Fähigkeiten zu der Entwicklung in seinem Heimatland beitragen. Er kann aber auch aufgrund seiner Kinder diesen großen Schritt nicht machen, jetzt ganz überzusiedeln und das wieder als Heimat anzusehen. Er würde gerne für eine begrenzte Zeit in Äthiopien arbeiten, sein Wissen zur Verfügung stellen, aber trotzdem Berlin als Heimat behalten. Und das ist ziemlich schwierig, da er, wenn er Deutschland länger als sechs Monate verlässt, um seinen Aufenthaltsstatus bangen muss.

Deshalb haben wir eine ganz wichtige Aufgabe und fordern die Bundesregierung auf, wirtschaftliches Handeln aus Diaspora-Gemeinden in Deutschland dadurch zu fördern, dass bei einer vorübergehenden entwicklungspolitisch sinnvollen, wirtschaftlichen Tätigkeit im Herkunftsland bzw. der Region eine größtmögliche aufenthaltsrechtliche Flexibilität geschaffen wird. Das ist jetzt noch sehr vage formuliert, und ich muss dazu sagen, die Entwicklungspolitiker der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen waren sich darin völlig einig, aber von den Innenpolitikern der SPD gibt es nach wie vor einen Vorbehalt. Und leider reagiert ja Politik oft auch auf Gefühlswerte. Wir mussten

uns anhören, dass einige sagten, mit diesem Antrag brauchen wir ihnen jetzt in Zeiten der Visaaffäre gar nicht erst zu kommen. Also alles, was nach Flexibilisierung und mehr Reisefreiheit auch nur riecht, das passt jetzt nicht in die Zeit. Ich halte das für eine Hysterie, und es wird der Ernsthaftigkeit dieses Themas gar nicht gerecht. Ich hatte stark gehofft, wir könnten in vielen Gesprächen diese Bedenken noch zerstreuen, weil das die Brückenfunktion der Leute aus der Migration zwischen ihrem jetzigen Gastland oder ihrem jetzigen Heimatland und ihrem Herkunftsland sehr, sehr stark fördern würde. Es würde wirklich große entwicklungspolitische Potentiale entfalten und würde auch unseren Durchführungorganisationen, der GTZ, der KfW, dem Deutschen Entwicklungsdienst die Möglichkeit geben, stark auf Fachwissen von Leuten zurückzugreifen, die hier Kompetenzen erworben haben, aber die die kulturellen Bedingungen in ihrem Herkunftsland natürlich sehr, sehr gut kennen, und dann diese Brückenbaufunktion wirklich zu nutzen. Hätten wir jetzt mehr Zeit und würden wir jetzt nicht schnell in einen Wahlkampf gehen, dann wäre es wahrscheinlich noch gelungen, diesen einfach durchzubringen, vielleicht noch mit ein paar Abmilderungen, aber hier ist wirklich auch eine Flexibilisierung des Ausländerrechtes notwendig. Ich will es dabei mal bewenden lassen. Zu anderen Aspekten des Antrags können wir später noch kommen.

Diskussion

Moderator

Danke Thilo Hoppe. Leider ist das Thema noch schwach entwickelt und hier sind überwiegend defensive Beiträge zu vernehmen, dass auch im Wahlkampf dieses Thema nicht zu einem offensiven Thema gemacht werden kann, sondern wahrscheinlich weiterhin entweder ganz rausgehalten wird, damit nicht Schlimmstes angerichtet wird wie in anderen Wahlkämpfen mit diesem Thema, oder wenn, dann defensiv. Des-



Konrad Melchers, Moderator

halb, Frau Beck, meine Frage, bevor ich dann doch bald ans Publikum übergeben will und muss, denn die Zeit ist sehr fortgeschritten. Wir haben hier ja weitgehende Einigkeit darüber, dass es nicht nur eine menschenrechtliche Frage in der Behandlung von Migranten, Migrantengruppen und Diaspora-Gemeinschaften gibt, sondern auch vielfältig der Nutzen und die Bereicherung hervorgerufen wird, die unserer Gesellschaft durch die Diaspora-Gemeinschaften erfährt, wenn auch aus meiner Sicht immer noch etwas defensiv. Meine Frage an Sie als Innenpolitikerin: Ist dieses Potential, das die Diaspora-Gemeinschaften international für Deutschland haben, nicht auch eine Möglichkeit, Ihre Arbeit zu verbessern, so dass Sie bessere Chancen haben, Ihre Position in der Politik durchzusetzen? Müssen Sie diesen Bereich nicht noch sehr deutlich zu Ihrem Arbeitsfeld hinzunehmen, damit Sie einfach überzeugender argumentieren können?

Beck

Herr Melchers, ich würde sagen, objektiv gesehen haben Sie in der Sache Recht. Und zwar wird in großen transnationalen Konzernen, also in Bereichen, die uns zunächst einmal gar nicht so nahe sind, das, was wir hier unter dem Thema Migration und Viel-

falt diskutieren, als diversity management ausgesprochen selbstbewusst diskutiert. Es ist wirklich erstaunlich, dass es nicht mehr die Kirchengemeinden, die Flüchtlingsinitiativen oder die Nord-Süd-Initiativen sind, die über diversity sprechen, sondern die großen transnationalen Konzerne. Die leisten sich einen positiven Blick auf diese Frage, mit dem die Politik im Alltag selten konfrontiert wird.

Nach meiner Beobachtung, und ich mache das jetzt im 7. Jahr, hat sich in der Stimmung der Bevölkerung der Himmel eher wieder zugezogen. Wir hatten zu der Zeit, als Schröder auf der CeBIT war und die Green-Card-Initiative gestartet hatte, eine window opportunity. Es war eine kurze Phase, in der Migration eher mit einem positivem Blick bewertet worden ist. Was kann das für eine Gesellschaft bringen? Es bringt kulturelle Vielfalt, es bringt Prosperität. Es wandern die, die neugierig sind, die Potentiale haben. Das waren ungefähr vier oder fünf Monate. Als es in die Gesetzgebung um das Zuwanderungsgesetz ging, das wir schon nicht mehr Einwanderungsgesetz genannt haben, sondern nur noch Zuwanderungsgesetz, fing das an, sich wieder zuzuziehen.

Und das ist offensichtlich nicht nur eine deutsche Diskussion. Das sehen wir daran, wie die Volksabstimmungen in Holland und Frankreich laufen, die zu einem guten Teil Voten gegen die nationalen Regierungen sind, aber, wie wir aus Holland jetzt wissen, insbesondere aus den Arbeiter-Milieus gespeist werden. Also von denen, die sich durch Migration bedroht fühlen, in einer Welt, die ökonomisch auch immer stärker dazu tendiert, Teile der Bevölkerung vollständig auszugrenzen. Das ist kein guter Boden, um in der Gesellschaft der Migration und den Fremden positiv und offen gegenüberzutreten.

Ich finde die Arbeit im Augenblick sehr viel schwieriger als vor einigen Jahren, aber es ist etwas, womit ich mich auseinander setzen muss. Was mich wirklich beunruhigt,

ist, dass diese Verdunkelung der Stimmung nicht nur in den dumpfen bildungsfernen Schichten, also bei der NPD in Sachsen Thema ist, sondern dass die Distanz und der Blick auf die Migranten mit dem Defizit lebt, bis in die bürgerlichen Mittelschichten geht. Die Lehrer, die Sozialarbeiter, die Kindergärtnerinnen, sagen, dass sie ausgebrannt und müde sind, und jetzt kommt die dritte Generation, die immer noch kein Deutsch spricht. Inzwischen wird es deutlich an der Frage des Islam aufgehängt, der als eine Religion ausgemacht wird, die nicht veränderbar ist, in der keinerlei Modernisierungsmöglichkeit liegt, und die mit Traditionsgebundenheit und politischen Implementationen verbunden wird. Das ist etwas, was nach meinem Eindruck im Augenblick einen positiven Umgang mit Migration in unserer Gesellschaft sehr erschwert. Und da mischen sehr viele mit, von denen man es nicht gedacht hätte, u. a. auch Teile der Kirchen.

Moderator

Vielen Dank. Ich hätte jetzt noch an Herrn Goldberg und an Frau Breidenbach die Frage, welche Rolle eigentlich Eliten innerhalb der Diaspora-Gemeinschaften spielen, sowohl für die Herausbildung ihrer Identitäten, als auch für diese Brückenbau-Funktion. Bei einer Persönlichkeit wie z. B. Kemal Sahin, dem Textil-Tycoon, ist es, soweit ich informiert bin, nicht nur die Tatsache, dass er innerhalb unglaublich kurzer Zeit ein riesiges Textilimperium aufgebaut hat. Er unterscheidet sich von deutschen Textilunternehmen auch insofern, als dass er natürlich den größten Teil in der Türkei produzieren lässt, aber doch einen recht hohen Anteil an Beschäftigten hier in Deutschland hat, einen vergleichsweise höheren Anteil als deutsche Textilunternehmen, die auch nach Asien oder sonstwo gegangen sind, dort produzieren und sehr viel weniger Beschäftigung in Deutschland haben. Ich weiß nicht, ob der Vergleich genau stimmt, ich wollte nur andeuten, dass diese Diaspora-Gemeinschaften Eliten haben. Welche Rolle spielen sie, auch in den Brücken-Zusam-

menhängen, und wie nehmen wir sie eigentlich wahr?

Goldberg

Gerade in der türkischen Community in Deutschland spielen natürlich Eliten oder Meinungsführer eine relativ große Rolle. Aber kennzeichnend für diese Gruppe ist eigentlich auch, dass es kaum eine echte Zusammenarbeit zwischen Angehörigen der Elite gibt. Es gibt sehr, sehr viele Einzelkämpfer und sehr, sehr viele Vereine. Dieses abgedroschene Beispiel von vielen Häuptlingen und wenigen Indianern stimmt da sicherlich.

Wenn Sie sich ansehen, wie viele Selbstorganisationen es auf türkischer Seite gibt, in Nordrhein-Westfalen haben wir allein 2.200 gezählt, die alle ihre Führer, ihre Vorsitzenden und ihre Generalsekretäre haben. Die spielen eine relativ große Rolle im lokalen Umfeld, sind wichtige Ansprechpartner auch für die deutsche Seite. Ich würde mir aber wünschen, dass diese Elite besser untereinander kooperieren würde, um auch die Interessen der türkischen Community gegenüber, sagen wir mal, der deutschen Politik, stärker vertreten zu können. Denn das ist nach wie vor etwas unterentwickelt. Es gibt sehr, sehr viele konkurrierende Verbände und Vereine, was nicht sehr produktiv ist.

Auf der anderen Seite ist es natürlich gerade in diesem engen, lokalen Umfeld sehr wichtig, auch Ansprechpartner zu haben. Und das können sehr unterschiedliche Leute sein. Das ist zum Beispiel der Imam in der religiösen Gemeinschaft, wenn man diese Gruppe erreichen will. Der hat aber im Prinzip überhaupt keinen Einfluss auf andere politische Gruppen oder andere Gruppen innerhalb der türkischen Community in diesem lokalen Umfeld. Von daher muss man sehr stark differenzieren und sehr vorsichtig sein, wenn man sagt, die spielen alle eine große Rolle, aber jeder nur in seinem engen Umfeld. Und auf der anderen Seite muss man sagen, die deutschen Medien und

die deutsche Politik brauchen auch Köpfe, mit denen sie kommunizieren, die sie auch in die Öffentlichkeit bringen.

Breidenbach

Was mich bei der Erforschung der Auslandschinesen verwundert hat, war, dass ich zwar auch davon ausgegangen bin, dass es Eliten gibt, die wesentlich bedeutsamer sind als der einfache Migrant. Aber bei der neuen Migration aus China sieht man, dass das Ausbildungsniveau extrem hoch ist, auch unter ganz normalen Migranten, dass fast alle einen höheren Schul- und Universitätsabschluss haben, und dass diese Flexibilität, die ich beschrieben habe, erstaunlich durch die sozialen Schichten hindurch geht, so dass man da aus meiner Sicht nicht so trennen wird. Natürlich gibt es da auch die Tycoons, aber es gibt eine große soziale Durchlässigkeit, die schon allein damit zusammenhängt, dass man so preiswert kommunizieren kann, dass man so schnell zwischen China und Europa hin und her reisen kann. Was aber die Eliten, jetzt wiederum in China, auszeichnet, ist, dass sie sehr eingebunden sind in die politische Nomenklatura der Volksrepublik, dass da Strukturen nicht losgelöst existieren, sondern dass diese Anbindung, das Involviertsein, sehr stark ist und dass es da wenig Selbständigkeit gibt.

Moderator

Die Zeit ist so weit fortgeschritten, dass ich annehme, das Boot wartet auf uns und nicht umgekehrt. Insofern können wir vielleicht auch ein bisschen überziehen. Wir haben ja deutlich später angefangen. Ich würde jetzt gerne an das Publikum übergeben, wenn Sie Fragen, Bemerkungen, Kritik haben, legen Sie los. Ja, bitte schön.

Fragesteller

Thank you, chairman. The discussion has been very inspiring and stimulating. I just wanted to find out for example from Dr. Breidenbach the concept of localization. You mentioned an example of Boston, where the community has developed its own identity form at the same time as inte-

grating within the American society. So the concept of localization means that, when globalization is taking place people feel threatened about their identity, they need to keep to the local level of their identity. So that means being global in one sense and at the same time trying to find your traditions, culture, religion on local identity. This might also be a reason why there is an Islam-phobia in many parts of the world, because the majority of the society might feel threatened due to the globalization and not necessarily from the people who come in. We address this issue of economic and cultural globalization at one level which forces people into their own small bunkers of localization. Addressing this issue properly is the challenge for us. Then this whole question of assimilation, integration or segregation, to what extent is it dependent on the class origin of the groups that come in? There is a difference to what extent they integrate within the society, depending on which class they came from in their own countries, and so on. The other question is the question of diaspora. Recently we feel that diaspora plays a role in the international political situation and also in regimes' changes. Is that something that is positive or not? As we have seen in the case of some parts of Middle East or Afghanistan, where the diaspora has played an important role in supporting the policies of countries and the change of regime, this is something that will happen more and more in the future and spread democracy. Thank you very much.

Fragesteller

Mir kommt es vor, als ob wir den Begriff Diaspora eigentlich viel zu spät entdecken. Dass wir uns in diesem Augenblick mit dem Thema beschäftigen, ist eigentlich eine Sache, die schon vor vielen Jahren angefangen hat sich zu bilden. Und wenn ich Ihren Argumenten, Frau Breidenbach, folge, dann ist die Diaspora Gemeinschaft, so wie wir sie im Deutschen verstehen, eigentlich eine Struktur oder ein statisches Gebilde, was es in der Form wahrscheinlich schon gar nicht mehr gibt, sondern das sich weiter entwickelt hat

in eine transnationale Gruppe von Menschen, die eben in unserer Gesellschaft leben. Machen wir nicht einen Fehler, wenn wir uns jetzt massiv mit dieser, aus meinem Blickwinkel vielleicht schon überholten Struktur beschäftigen? Sollten wir nicht unsere Kraft darauf orientieren, eben genau diese Phänomene, die Sie beschrieben haben, sehr viel stärker in den Focus zu nehmen?

Fragesteller

Ich habe noch mal eine Frage zur transnationalen Migration. Sie haben das eindrucksvoll beschrieben, Frau Breidenbach. Ich frage mich nur, ob es nicht einige Ländergruppen gibt, in denen es das schon in den 60er Jahren gab. Denken Sie an Lateinamerika, Doppelstaatler, ehemalige Einwanderungsländer oder Einwanderungsländer, in die die Leute zurückwandern. Meine Frage wäre, wo setzen Sie da die Grenze? Ist es dann, wenn die Unterschichten sich an diesen Prozessen beteiligen? Was bewirkt den Sprung von der normalen Rückwanderung hin zur transnationalen Migration? Und die zweite Frage zu dem, was Frau Beck und Herr Goldberg gesagt oder beklagt haben: Die Herausforderung ist ja in den neuen Ländern noch eine viel größere. Im Land der tausend Seen und Flüsse, also Mecklenburg-Vorpommern, ist der Begriff Diaspora bei einem Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung von 1,5 %, wesentlich weniger bekannt, als in diesem Kreise und die Begriffe Globalisierung und Zuwanderung teilweise angstbesetzt. Ich will jetzt hier nicht klagen, aber man müsste eigentlich bei künftigen Wahlkämpfen auch ein Paket schnüren und die Parteien ermuntern, sowohl die Frage der EU, die Frage der Abwanderung in unseren Ländern, der Zuwanderung und der demographischen Entwicklung irgendwie zu verbinden, um dieses Thema aus dieser angstbesetzten Ecke wieder heraus zu holen.

Felicitas Hillmann, Freie Universität Berlin

Ich habe den Eindruck, hier gehen ein paar Dinge durcheinander, weil das riesige Thema der Migration jetzt auf die Entwick-

lungsländer-Politik und auf Entwicklungsländer-Forschung übertragen wird. Zum Einen ist der Diaspora-Begriff ein seit langem etablierter Begriff in der Migrationsforschung, der sich sehr stark auf geopolitische Fragen und auf den religiösen Zusammenhang bezog. Im Rahmen der internationalen Diskussion, die hauptsächlich angelsächsisch ist, ist der Begriff völlig verwässert und wird gleichgesetzt mit Auslandsgemeinde. Ein anderes Problem ist, dass wir eine Fallhöhe haben, diesen internationalen Anspruch, die Potentiale der Migration für Entwicklung zu nutzen. Was wir in Deutschland hatten, war eine andere Politik, die nicht darauf abzielte, diese Gruppen zu integrieren. Und das ist das, was Frau Beck sagte. Es gibt also eine Fallhöhe zwischen Diskurs und dem, was wir de facto haben. Ich wäre deshalb sehr viel vorsichtiger, von ganz großen Potentialen in manchen Bereichen zu sprechen, weil sie nicht vorhanden sein können. Ein bisschen Differenzierung wäre in manchen Punkten sicher besser.



Breidenbach

Maybe I answer the first question in English. I think you are perfectly right that in the process of globalization we do see an increasing awareness of local identity, of local cultural particularities. And so it is a very paradox process. What I see with the study I

was mentioning about Pakistanis in America, what I found was very interesting, is that in former times people had these hyphenated identities that you would say Pakistani American, whereas nowadays these migrants speak of themselves as being Pakistani in America. They would stress that they can live their „Pakistaniess“ much better in America than in Pakistan, because of the general acceptance of cultural plurality, because of certain social welfare systems which support Islamic tenets. So I think this is a change and I would also be interested to hear from you maybe whether you have the same development in Germany where Turkish Deutsch-Türken say that they can live their „Turkishness“ better in Germany than in Turkey. It happens that you hear these arguments that you can wear the veil in Germany but not in Turkey and so forth.

I think you were also mentioning that different populations have different capacities to move in between these transnational spheres and I think that these studies which I am aware of certainly support that. They would say for example that Pakistanis in America have a very high navigational capacity whereas for example, when you look at Senegalese migrants or from certain Caribbean societies, the mobility is not as high. Also because of educational and professional standards people say that it is not so easy to operate in this network.

Dann die zweite Frage zur Statik in der Diaspora. Die angelsächsische Forschung, auf die ich mich beziehe, die seit zehn Jahren jetzt eigentlich schon den Transnationalismus thematisiert und untersucht, ist sehr häufig auch vergleichend. Es gibt interessante Studien, die untersuchen, wie die Integrationsbedingungen und die kulturellen Auswirkungen von Türken zum Beispiel in Deutschland, Frankreich und England sind. Aber wenn man einfach das Schulsystem vergleicht und insgesamt die rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, da gibt es ganz unterschiedliche Formen, die dann türkische Identitäten in den

unterschiedlichen Gesellschaften annehmen.

Was bestimmt eine Sache ist, die wir auch nicht übersehen dürfen, ist, dass Diaspora-Mitglieder oder Sprecher von Diaspora-Gemeinschaften auch ein Interesse daran haben, sich selbst zu kulturalisieren, sich selbst ihre eigene Kultur voranzustellen und da auch zu homogenisieren und etwas, was vielleicht gar nicht mit Kultur zusammen hängt, für sich in Anspruch zu nehmen. Wir sehen doch häufig, dass es bestimmte Sprecher innerhalb von Migranten-Gemeinschaften gibt, meistens Männer, die von ihrer Kultur reden, weil man das in ihrer Kultur eben so macht. Da werden dann aber diese ganzen Ausdifferenzierungsprozesse und die anderen Sichten von z. B. Frauen oder Kindern ausgeblendet. Das ist nicht nur etwas, das wir machen, sondern es findet auch innerhalb der Gesellschaften selbst statt.

Die letzte Frage, zu der ich etwas sagen wollte, war, inwiefern die Transnationalisierung ein neues Phänomen ist. Ich denke, es gibt einen graduellen, aber wesentlichen Unterschied, in diesem Selbstverständnis. Man kann sagen, dass die Kommunikationsmöglichkeiten und die Transportmöglichkeiten dieses Neue ermöglichen. Aber es ist gerade in dem Selbstbewusstsein, das Menschen entwickeln, in dem das qualitativ Neue für mich drin steckt. Wenn man sich z. B. Migrantengemeinschaften in England anschaut, wie marginalisiert früher Pakistani und indische Gemeinschaften waren, und mit wie viel Kampf die es durchgesetzt haben, dass es heute selbstbewusste Migranten gibt, die auch sehr selbstbewusst die Strukturen der Globalisierung wiederum für sich selbst nutzen und eben auch nicht nur die Eliten. Es gibt eine ganze Reihe von indischen Schneiderinnen, die eine extrem kreative Wirtschaft betreiben, indem sie selbst wiederum ihre Beziehungen nutzen, indem sie Subunternehmer in Indien haben, denen sie ihre Aufträge geben und die in einem ganz kleinen Maßstab das, was wir alle

von den großen Konzernen kennen, sehr gut nutzen. Ich denke, wir haben da schon einen qualitativen Unterschied zu früheren Netzwerken.

Hoppe

Ich wollte auf die Frage zum Thema Regimewechsel eingehen. Wie ich ja schon in meinem ersten Statement gesagt hatte, muss man da sehr unterscheiden. Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag habe ich auf dem Podium von Konrad Melchers einen Mann kennen gelernt, der aus Angola kam. Der hat seine Geschichte erzählt und gesagt, dass er hier in Deutschland sehr viel gelernt hat in punkto Demokratie, demokratische Werte, demokratische Streitkultur, aber auch in Sachen Medikation, zivile Konflikt-schlichtung und Krisenprävention. Er hat sehr stark mit der katholischen Kirche kooperiert, mit der katholischen Bischofskonferenz und sich auch wieder in die Friedensgespräche in Angola eingeschaltet und dort sein in Deutschland erworbenes Wissen in diesen Prozess mit eingebracht. Das war ein sehr gutes Beispiel, dass praktisch Kenntnisse, die hier erworben wurden, eingesetzt wurden und dann auf friedliche Weise auch zum Regimewechsel oder zu einem Demokratisierungsprozess beigetragen haben. Ich habe aber auch auf das andere Beispiel verwiesen, auf die UCK. Es gibt eine Rebellenbewegung, die in Darfur tätig ist und einen sehr zweifelhaften Einfluss hat, die vermutlich aus Quellen von Leuten, die hier in der Diaspora leben, gesteuert wird. Der es also nicht um einen friedlichen Regimewechsel geht, sondern die teilweise mit recht brutalen Mitteln den Konflikt eher anheizt und sogar die Friedensgespräche der afrikanischen Union eher erschwert. Also, man kann dort Licht und Schatten sehen. Das spricht aber stark dafür, die Diaspora-Gemeinden hier stärker in den Blick zu nehmen, mit ihnen in einen Dialog zu treten, sie nicht zu ignorieren, sondern wirklich einen Austausch zu beginnen. Wenn man so in einen Dialog tritt, dann kann man die friedensstiftenden Impulse von der deutschen Politik aus fördern und unterstützen

Moderator

Vom Podium noch ein Vorschlag zu den Begriffsproblemen, Diaspora-Begriff z. B.?

Beck

Ich möchte gerne noch eine kurze Bemerkung machen. Der Begriff der Diaspora spielt in der politischen Auseinandersetzung, in der Altersauseinandersetzung ja keine Rolle. Da wird von etwas ganz anderem gesprochen, und zwar von Parallelgesellschaften und von Ghettos. Beide Worte sind Kampfbegriffe und eine Zuschreibung, dass die Migranten sich ja gar nicht einfügen wollen, dass sie sich zurückziehen. Das sind alles die Konnotationen zu Parallelgesellschaft. Wir wissen ganz genau, dass im Grunde genommen die ausschließenden Momente aus unseren Institutionen und insbesondere unserem Bildungswesen, das hat Pisa nämlich hervor gebracht, so alarmierend sind, dass wir schon aus eigenem Interesse heraus, mit einem anderen Blick darauf schauen sollten. Aber bisher haben wir es eher mit der Kampfansage „ihr zieht euch zurück“ zu tun.

Im Sinne von self fulfilling prophecy sind viele Institutionen bei uns so gestrickt, dass sich dann vielleicht eines Tages dieser Rückzug auch abspielt. Darüber wissen wir zu wenig. Wir haben viel zu wenig sozialwissenschaftliche Forschung. Wir rätseln, ob es im Augenblick in der Diaspora tendenziell auch eher einen religiösen Rückzug gibt, ob es eine Fundamentalisierung oder Refundamentalisierung gibt. Das sind alles Dinge, wo wir im Grunde genommen im Nebel rumstochern und wo, und das ist das Schwierige der Diskussion in Deutschland, die Einzelerfahrung hochgerechnet wird und zum Allgemeinbild gemacht wird. Als hier in Berlin Hatun Sürücü als Ehrengemordete erschossen wurde, war vollkommen klar, dass ist das, was dem türkischen Mann tendenziell zuzumuten ist. Und diese Diskussion wird nicht etwa zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der Community geführt, sondern sie kommt zum Teil selbst aus der Community heraus. Wenn die Kron-

zeugin dafür, dass ein Kopftuch immer ein politisches, ein fundamentalistisches Zeichen bedeutet, aus der Community kommt, dann ist es natürlich unendlich schwer, für einen liberalen und gelassenen Umgang mit dem Kopftuch zu streiten. Das ist sozusagen das Gestrüpp, in dem wir uns im Augenblick hier in Deutschland bewegen.

Moderator

Aber Frau Beck, das bestätigt uns doch eigentlich darin, dass wir einen Begriff auch brauchen, der gegen diese negativen Kampfbegriffe dagegen gesetzt und dagegen entwickelt werden kann und im Angelsächsischen sich schon längst durchgesetzt hat. Wenn Sie dazu noch Bemerkungen machen wollen, dann können Sie das tun. Aber ansonsten gibt es auch noch Fragen aus dem Publikum. Bitte schön.

Georges Lemaitre, OECD Paris

A notion of diaspora supposes that you have a foot in two camps and we've heard about tycoons, people with high educational attainment building business ties back to their home country. But let's face it, when it comes to social and cultural terms you want one foot to be much stronger in one country than in the other, because this is the aim of integration in the short and medium term.

Now if you look at the settlement country, when I say settlement country I talk about New Zealand, Australia, Canada, United States, anyone coming from those countries not just to Germany, but to Europe can't help noticing that things are not going that well for the second generation. They perhaps have too much of a foot in two camps. Why is that the case? Try to look at some of the structural reasons for that. One migration to Europe has been largely low skilled, unskilled, non-skilled, or whatever you want to call it. There is a tendency if you want for educational attainment to be transmitted across generations. This is the case in all countries, of course we have seen from the PISA-results that in Germany is almost catastrophic, because the implication for the mi-

grant community is very very strong. That is one element. The second one is that in the settlement countries, people when they arrive, when they are accepted, what do they get? They get a permanent residence permit at the time of entry. I mean, at that point that's a very strong message to transmit to a migrant. You are telling him „okay, you are here now, you are here for good“. And the second thing associated with that of course is a fairly easy acquisition of citizenship. In Australia it's two years, in Canada three years. Let's also mention the plurality, the multicultural approach. Nobody really gets hung up over a scarf in these countries. I know one incident in Canada where a young woman was told she could not wear a scarf in a chemistry lab, but there is a fireproof one here, that will do.

Migration in these countries tends to be from countries that are, if you want, far away. It is very hard to keep a foot in the country of origin. So you have another structural thing here, that makes it much easier for migrants to keep a foot in the country of origin. If you are going to Canada, New Zealand, United States, it is true that distance is less of a fact than it used to be, but it is still far. I live in Paris, but I come from Canada and it is not the same as coming to Germany.

Another thing is the greater concentration of immigrants. You have huge communities coming from several nationalities, Italian, Greeks, Spanish, Turk, I guess that are the four big nationalities here, much greater diversity in the settlement countries. That clearly makes the common language in the school yard is got to be English or French or whatever. That is a different situation. So you have got a lot of structural disadvantages that you have got to work at. It is a reaction if you want to be someone from the settlement country coming to Europe. It makes it hard. It means that there is a lot of effort to be made here. But it is curious about your reaction to that kind of observation from someone coming from the outside and look-

ing into German or European migration situation. Now I guess that's quite all I have to say on that. Thank you.

Moderator

Thank you very much for your comments and observations. Herr Mundt, bitte.

Mundt

Ich wollte zu dem, was Herr Lemaitre sehr gut gesagt hat, noch einen Satz hinzufügen. Das Verhältnis der Bevölkerung zur Diaspora scheint sich meiner Ansicht nach sehr stark nach dem Grad der Nützlichkeit der Diaspora, insbesondere im ökonomischen Bereich, zu bemessen. Eine Diaspora in Kanada, wo 40 % aller Menschen mit Migrationshintergrund ein Universitätsstudium haben, in Deutschland sind es glaube ich 12 oder 13 %, daraus erwächst eine andere Einstellung. Eine indische oder koreanische Diaspora in Kalifornien, die ganz maßgeblich zum Aufbau einer ganzen Industrie, nämlich der IT-Industrie beiträgt, ein Gründer aus Taiwan, der Yahoo gegründet hat, ist heute mehr wert als die Deutsche Bank. Es ist nicht sehr schwierig zu begründen, dass eine solche Diaspora nützlich ist und zum ökonomischen Erfolg des Landes beiträgt. Eine Unterschichtmigration ist unter ökonomischen Aspekten zweifellos weniger nützlich. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist aber nur, warum hat man die Migration hier nicht frühzeitiger für die Interessen dieses Landes umgesteuert und nützlicher gestaltet? Würde dann nicht die Einstellung zu einer so anders strukturierten Diaspora anders sein, weil sie eben ökonomisch nützlicher wäre, wie dies in den meisten typischen Einwanderungsländern, einschließlich Großbritannien mit 38 % Zuwanderung mit Hochschulausbildung der Fall ist.

Beck

Ich gebe Ihnen insofern Recht, als der Ort von Integration jenseits von Kultur und zunächst mal der Arbeitsmarkt ist. Es ist in der Tat so gewesen, dass in den 50er und 60er Jahren diese Anwerbung eine ganz gezielt auf den Arbeitsmarkt orientierte gewesen

ist, mit einer fast 100%-igen Erwerbsquote und dann hat sich diese Einwanderung in zwei Weisen unter der Hand verändert. Auf der einen Seite sind die, die zehn oder zwanzig Jahre da waren, in eine Zeit des ökonomischen Umbruchs hinein geraten, wo aufgrund von Rationalisierungen die unqualifizierten Tätigkeiten weg fielen und damit auch der Bedarf an Einwanderern als Arbeitskräfte. Das ist die zentrale Erklärung für die überproportional hohe Arbeitslosigkeit unter Migranten, die wir haben.

Und es gab den Familiennachzug, der unerlässlich wurde, als man nach 1973 einen Zuwanderungsstopp erhoben hat. Diese Intervention hat sich in paradoxer Weise ausgewirkt. Der Zuwanderungsstopp von 1973 sollte eigentlich zu einer Verminderung der Einwanderung führen. Die Tatsache aber, dass die Migranten sich jetzt überlegen mussten, gehe ich ganz zurück oder bleibe ich ganz, weil ein Pendeln oder ein Offenhalten der Entscheidung nicht mehr möglich war, führte 1973 zu einem Einwanderungsschub, durch den Familiennachzug. Seitdem haben wir noch mal eine große Population von Einwanderern. Die Italiener, die nach wie vor pendeln können, fallen nicht so auf, obwohl man dazu sagen muss, dass über sie auch nicht gesprochen wird, nur als Fußnote und dass die Schulergebnisse und Abschlüsse der italienischen Jugendlichen noch dramatisch schlechter sind, als die der türkischen Jugendlichen. Es wird nur gesellschaftlich nicht thematisiert.

Wir haben unter der Hand eine Einwanderung gehabt, die zwar nicht unabweisbar, aber in ihrer Entwicklung letztlich alternativlos war. Man kann den Familien nicht sagen, dass sie nicht zusammen leben dürfen. Die ganze Diskussion um den Kindernachzug ist eine, die auch von ethischen Gesichtspunkten her schlichtweg nicht geht. Man kann nicht sechsjährigen oder siebenjährigen Kindern untersagen, zu ihren Eltern nachzuziehen. Es wäre dann nur noch um die Frage der Gestaltung gegangen und da wir zwanzig Jahre verschlafen haben, uns

mit der Realität auseinanderzusetzen, ist unendlich viel Zeit verloren gegangen.

PISA hat einen Sachverhalt zum Vorschein gebracht, der gerade Migranten-Communities am allerhärtesten getroffen hat. Das PISA-Ergebnis zeigt, dass in keinem Land der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Chancen auf Bildungserfolge so eng miteinander verknüpft ist wie in Deutschland. Das trifft deutsche Unterschichtskinder, das trifft als überproportionalen Teil unsere Migrantenkinder, die aus bildungsfernen sozialen Schichten kommen und die das Hindernis mit sich bringen, dass für sie Deutsch Zweitsprache und nicht Muttersprache ist. Unser Schulsystem hat sich bis zum heutigen Tag schlichtweg geweigert, sich auf diesen weit verbreiteten Sachverhalt einzustellen. Jedes vierte Kind, das heute geboren wird, hat einen ausländischen Elternteil, nicht mit Migrationshintergrund, sondern einen ausländischen Elternteil. Wenn ich die Kategorie Migrationshintergrund nehme, ist der prozentuale Anteil noch viel größer. Das heißt, dass dies nicht mehr eine gesellschaftliche Randerscheinung ist, der ich mit der Ordnungs-, Rechts- und Ausländerpolitik beikommen kann, sondern dass es sich hier um eine der zentralen gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben handelt. Wenn ich aber da nicht hingucke, weil ich sage, um Himmels Willen, das sind doch alles Gastarbeiter und ich will das nicht sehen, kann nichts gestaltet werden.

Die ganze Diskussion um das Zuwanderungsgesetz und der gesellschaftliche Wirbel, der darum gemacht worden ist, ist großer Mumpitz gewesen. Die einen haben gesagt, wir machen ein ganz großes modernes europäisches Gesetz, und die andern haben gesagt, sie reißen die Dämme nieder. Aber von der Substanz her ist die Einwanderung, die wir seit 1970 haben und 1991 mit dem alten Ausländerrecht gestalten, im Kern so geblieben wie sie ist, weil sie unveränderlich ist und sich unserem Zugriff entzieht.

Wir haben etwa 130.000 EU-Bürgerinnen und Bürger, die wandern. Das ist ein Recht und da kommen wir gar nicht mit nationaler Gesetzgebung dran.

Die große Spätaussiedler-Einwanderung, die von den Bürgerlich-Konservativen unterstützt wurde, ist faktisch tabuisiert. Inzwischen haben wir eine viel größere russische Einwanderung nach Deutschland als eine türkische. Über die spricht aber niemand. Obwohl sie viele Konflikte vor Ort schafft, ist sie kein politisches Thema.

Dann haben wir, inzwischen unabweisbar, zu über 50 % die Familiennachziehenden zu Deutschen, weil die sich nämlich auch transnationalisieren. Wir haben 15.000 jüdische Kontingentzuwanderer und wir haben die Flüchtlinge, inzwischen nur noch etwa 30 bis 40.000, denen ein Bleiberecht gewährt wird. Diese Sachverhalte sind faktisch fast jeder politischen Gestaltung entzogen. Es wird aber der Bevölkerung weismacht, wir könnten sie gestalten. Die einen sagen, wir werden es wieder begrenzen, wählt uns. Und die andern sagen, wir haben ein ganz neues Gesetz gemacht. Da wird so viel Nebel in der politischen Debatte erzeugt, dass man graue Haare kriegen könnte, wenn man sie nicht schon hätte. Und Unterm Strich kann ich sagen, dass, wenn man das zusammen rechnet, die Gestaltung dieses Einwanderungs-Sachverhalts schlichtweg alternativlos bleibt.

Moderator

Ich möchte allen hier am Podium ganz herzlich danken, dass Sie, was aus dem Thema gemacht haben, was mir doch eigentlich recht schwierig erschien durch die Vielfältigkeit, die zwei ganz großen Bereiche Inland, Ausland, die weite Welt. Aber ich glaube, es war eine fruchtbare, vielfältige Diskussion, und es geht ja morgen weiter. Auf jeden Fall noch mal ganz herzlichen Dank und auch dem Publikum herzlichen Dank.

Panel 3: Stadt Land Flucht – Die Urbanisierung der Welt und ihre Folgen

Moderation: Dr. Thomas Fitschen, Auswärtiges Amt

Meine Damen und Herren; ich begrüße auf dem Panel Herrn Prof. Rüdiger Korff von der Universität Passau, Herrn Stefan Helmig von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ, Herrn Anantha Krishnan vom Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen UN-Habitat in Nairobi und Frau Dr. Sonja Nebel von der Habitat-Unit an der Technischen Universität Berlin. Sie alle beschäftigen sich mit einem Sonderaspekt der Migration, mit der Wanderung der Menschen vom Land in die Stadt und mit der Urbanisierung.

Wenn wir an die riesigen städtischen Agglomerationen denken mit ihrem enormen Be-

völkerungswachstum und vielerorts sichtbarer Überforderung kommunaler Verwaltung und geordneter oder einheitlicher politischer Organisation, dann fragt man sich, warum diese Städte nicht schon längst im Chaos versunken sind. Herr Prof. Korff können Sie uns erklären, was diese Städte befähigt, den gewaltigen und ununterbrochenen Zustrom von Menschen vom Land aufzunehmen und diesen Menschen Überlebenschancen zu bieten.

Prof. Dr. Rüdiger Korff, Universität Passau

Ein Grund dafür ist, dass es eben nur auf der Grundlage einer Selbstorganisation funktioniert, dass sich in der Stadt kontinuierlich Organisationen bilden, wodurch eine Pluralität von Ordnungen zustande kommt, was



Panel 3

natürlich zu Unordnung führt. Ein Problem in diesen Städten ist, dass sich da auch Leute zusammenrotten können und in diesen großen Städten meistens auch die politische und ökonomische Elite konzentriert ist. Wenn sich dann so 20, 30, 100, 1000 Leute zusammenschließen, dann ist das nicht schön für diese Eliten und sie mögen das gar nicht. In den eher liberalen Ländern passiert es regelmäßig, dass das Schicksal der Regierungen dann eben auf den Straßen der Städte entschieden wird.

Neben dieser Herausforderung, in Unordnung zu leben, wird damit auch eine weitere Herausforderung deutlich, nämlich die, dass Städte keine technischen Probleme sind. Technische Probleme gibt es auch, das will ich nicht leugnen, aber die Stadt ist kommunikativ und politisch. Das ist eine Herausforderung an die Entwicklungspolitik, denn ich kann die politische Dimension jeglicher Problematiken in der Stadt keineswegs ignorieren. Das verlangt eine neue Form der Entwicklungspolitik, weg von der Idee, dass eine technische Lösung die einzig denkbare ist. Was ich von der ländlichen Entwicklung lernen konnte ist, dass die technischen Lösungen die Grundlage für die folgenden Probleme sind. In der Stadt haben wir glücklicherweise genügend Leute, die darauf achten, dass diese neuen Probleme nur begrenzt auftreten.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass wir uns in Deutschland wohlfühlen. Das kennen wir aus der Literatur, der Soziologie und der Ökonomie. Hier ist ja auch Moderne erfunden worden, moderner Kapitalismus. Das wissen wir von Marx, Hegel, Max Weber, die viel darüber geschrieben haben. Damit sind wir wirklich sehr entwickelt. Die haben nicht nur den Kapitalismus erfunden, die haben sogar die Kritik des Kapitalismus erfunden. Damit sind wir doch allen überlegen.

Wenn wir jetzt aus einer deutschen Stadt kommen – ich selber komme aus Bielefeld, das ist Ost-Westfalen und vielleicht ein biss-



Prof. Dr. Rüdiger Korff

chen anders als Berlin – und dann in eine Stadt in einem wirklichen Entwicklungsland wie Thailand oder Malaysia kommen, dann stelle ich fest, dass mein ostwestfälischer Provinzialismus irgendwie nicht ausreicht. Die sind doch ein bisschen weiter als wir. Nur als Beispiel, ich hatte dort in einer Universität gearbeitet. In der Universität Bielefeld hatte ich drei Jahre darauf gewartet, einen Computer zu bekommen. Aber in der National University of Malaysia war es nicht nur selbstverständlich, dass die mit Glasfaser verkabelt waren und einen schnellen Internet-Anschluss hatten, es standen selbstverständlich auch moderne Computer bereit, die alle drei Jahre erneuert wurden. Aber das ist ja, wie gesagt, ein Entwicklungsland. Auch sonst fand ich, dass die Shopping-Centre dort, ein bisschen größer waren als die, die ich aus Bielefeld oder auch aus Berlin kannte. Insgesamt wirkte die Stadt anders. Ich machte eine Studie in Bangkok über Märkte und es fing an, mich zu stören, zuweilen, nachts um zwei im Stau zu stehen. Da war ich immer froh, wieder in Bielefeld zu sein, wo ich in einer halben Stunde durch die ganze Stadt durchkomme.

Damit bildet sich also eine Herausforderung an unseren gerade in Europa sehr verbreiteten kognitiven Provinzialismus. Wir denken doch alle sehr provinziell und in diesen Städten können wir nicht mehr pro-

vinziell denken, denn diese Unordnung, mit der wir leben, fordert uns heraus. Wenn wir nicht nur Multikulturalität als eine repressive Toleranz oder Ignoranz verstehen, sondern Multikulturalität auch als Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Ordnungen verstehen, dann muss man sich von diesem Provinzialismus, demzufolge die Ordnung, in der wir leben die einzige richtige ist, notwendigerweise lösen. Denn sonst kann man in der Stadt nicht leben. Sonst wird man heraus getrennt oder trennt sich selber heraus auf seine einsame Insel, auch wenn man schon sagt, no man is an island.

Eine weitere Herausforderung, die sich durch die großen Städte, durch ein globales Bewusstsein, oder ich nenne es lieber kommunikativen Globalismus ergibt, ist eine neue Strukturierung der Welt. Ein Bereich, der bei Städten wichtig ist, was ich schon sagte, ist Kommunikation. Städte strukturieren sich entlang von Kommunikation, damit auch Multikulturalität als Kommunikation, die über den nationalen Kontext hinaus geht, auf sich überlagernde, sehr unterschiedliche globale Netzwerke und Vernetzungen abzielt. Damit besteht in den Städten die Chance, dass sich so etwas wie eine globale Öffentlichkeit, a global public sphere bilden kann, was ich für sehr wichtig halte. Lassen Sie mich in dem Zusammenhang Chomsky zitieren, aus seinem neueren Buch „Hegemony or Survival“, in dem er sagt, „es gibt gegenwärtig zwei Weltmächte: die USA und eine sich örtlich bildende globale Öffentlichkeit. Wir brauchen diese globale Öffentlichkeit, um diese Absurdität der Globalisierung, wie sie gegenwärtig unter dem Zeichen der neoliberalen Deregulierung abläuft, in den Grenzen zu halten, dass nicht durch Deregulierung Zivilisierung, die wir erreicht haben, aufgelöst wird. Der Schritt zur Barbarei ist gerade in diesem Konzept sehr nah. Von daher bildet sich auch die globale Herausforderung, einer neuen Form der Politik. Lassen Sie mich mit einem Zitat von Fernand Braudel enden. Er

sagt, „in den Städten entscheidet sich das Schicksal der Welt.“ Nach dem, wie Hobsbawm es nennt, age of extremes, dem Zeitalter der Extreme, gekennzeichnet durch Nationalstaaten, durch Kriege, durch Massenverarmung, durch Vertreibung, durch Massenmord, durch Unterdrückung, kann das urbane Zeitalter nur besser werden. Es liegt allerdings an uns, in welche Richtung das gehen wird. Danke sehr.

Moderator

Herzlichen Dank, Prof. Korff, für diese interessanten Thesen, die nachher hoffentlich in der Diskussion noch mal aufgenommen werden. Herr Helming, eine Frage von Herrn Korff möchte ich direkt an Sie weiterleiten. Er hat angemahnt, dass wir unsere Entwicklungspolitik oder unsere Entwicklungszusammenarbeit diesen neuen Gegebenheiten anpassen. Was tun wir bereits und was müssen wir noch tun, wo tun wir nicht genug?

Stefan Helming, GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

Vielen Dank. Also erst mal kann ich Ihnen beipflichten. Das Wunderbare an diesen Megastädten und an den großen Städten ist, dass sie funktionieren, obwohl man nicht so richtig verstehen kann, wie eigentlich, weil nicht nur die technischen Dinge nicht gegeben sind, sondern auch weil die politischen Verhältnisse unglaublich kompliziert und undurchschaubar sind. Aber es funktioniert. Die Menschen leben da und das öffentliche Leben läuft tatsächlich ab. Man kommt durch. Auch in Kairo kann man sicher leben. Diese ganze Urbanisierung und Landflucht ist offensichtlich in dem Entwicklungsprozess ein ganz normaler Vorgang, etwas von dem es völlig müßig wäre, es mit entwicklungspolitischen Mitteln verändern oder aufhalten zu wollen, obwohl das manchmal diskutiert wird. Es ist ja auch nicht so, dass bei dieser Landflucht, bei diesem Drängen der Menschen in die Städte dann die ländlichen Räume veröden oder leer werden, wie man das möglicherweise bei uns oder in bestimmten Gebieten Europas befürchtet, weil

ja durch das hohe Bevölkerungswachstum immer noch genug Leute auch auf dem Lande da sind.

Der Magnet der großen Städte ist so stark, das ist ja von Ihnen beschrieben worden, dass die Menschen dort hingehen in der Hoffnung auf Jobs, auf eine Befreiung aus den, auch geistig-kulturell sehr beengten Verhältnissen auf dem Lande. Die Chancen, und wenn sie noch so klein sein mögen, überwiegen einfach gegenüber den ganzen Problemen, die es natürlich in den Städten gibt. Die Leute gehen dahin und nehmen auch in Kauf, dass sie darunter leiden. Sie haben es Ausgrenzung oder Entrechtung genannt. Natürlich sind in den Städten allein aufgrund des riesigen und schier unerschöpflichen Arbeitskräfteangebots, wenn man es nur ökonomisch betrachtet, die Löhne unwahrscheinlich gering, die Arbeitslosigkeit hoch und Rechte praktisch nicht vorhanden. Man kann jeden Tag, wenn man einen Job ergattert hat, auch wieder gefeuert werden. Man hat eine sehr, sehr schlechte Ausgangsposition, sich irgendwie gewerkschaftlich organisieren zu wollen, und damit mehr Rechte zu erkämpfen, das ist praktisch ausgeschlossen. Auf der anderen Seite haben Sie ja auch gesagt, gibt es dann wunderbarerweise doch wieder eine politische Macht. Wenn sich dann wirklich hunderttausend Leute zusammenrotten, wackelt die Regierung. Aber es ist für den Einzelnen natürlich eine äußerst unsichere Situation und trotzdem geht er dahin.

Wir können diesen Trend nicht umkehren, was auch unsinnig wäre. Was wir vielleicht tun könnten und auch tun, ist zu versuchen, dass jetzt nicht diese ganze Urbanisierungsbewegung immer nur in die eine große Megastadt oder Hauptstadt geht, sondern dass es eben auch kleinere und mittlere Zentren gibt, die einigermaßen funktionieren. Städte der zweiten Ordnung, der dritten Ordnung, die auch gut funktionieren, die von der Stadtregierung gut gemanagt werden und die einigermaßen Dienstleistungen anbieten.

Es ist ja auch, wie Frau Nebel gesagt hat, der Begriff, was ist eigentlich Stadt und was ist Land, oftmals überhaupt nicht mehr auseinander zu halten. Es gibt natürlich Länder, mit fast ausschließlich ländlichen Gebieten, wie zum Beispiel Laos oder Burundi. Es gibt aber andererseits Gebiete, wo es eigentlich nur Städte gibt, mit dazwischen liegenden landwirtschaftlichen Gebieten – Sie haben es ja genannt – urban agriculture. Irgendwie müssen die Städte ja versorgt werden und das findet dann eben oft in der Stadt statt. Wenn Sie nach Ägypten gehen, das ganze Nildelta ist irgendwie eine Stadt, obwohl die Leute dort immer von rural areas reden. Auch die Frage, „was ist eigentlich eine Großstadt?“, ist natürlich auf den verschiedenen Regionen der Welt eine völlig andere. In Afrika ist eine Stadt von 100.000 Einwohnern, manchmal 50.000 schon respektabel und hat auch ein großes politisches Hinterland. In China ist eine Stadt mit ein, zwei Millionen so was wie eine Kreisstadt oder ein Dorf. Man muss deshalb mit dem Begriff ein bisschen aufpassen.

Was ist jetzt die entwicklungspolitische Umorientierung? Dadurch, dass sich diese Städte herausbilden, dass immer mehr Menschen auch anteilmäßig in Städten leben, haben sich die entwicklungspolitischen Aufgaben in die Städte verlagert. Es geht nun darum, die Staaten oder auch die Kommunalstellen dabei zu unterstützen, ihre Aufgaben besser wahrzunehmen und die Menschen mit Dienstleistungen zu versorgen. Das Thema Wasserversorgung, Abwasserentsorgung wurde angesprochen. Gleiches gilt für soziale Sicherheit, für Infrastrukturleistungen aller Art, Gesundheitseinrichtungen, Schulen. Das was früher, als die Leute alle auf dem Land lebten, mehr im Rahmen der ländlichen Entwicklung stattfand, findet heute eben in der städtischen Entwicklung statt. Und eine solche Verlagerung hat auch in der Entwicklungspolitik stattgefunden. Das kann man für die deutsche Entwicklungspolitik sagen, aber genau so für die internationale, allerdings ohne dass dies programmatisch verkündet wur-



Stefan Helming

de. Aber heute ist ganz sicher der größte Teil der Entwicklungszusammenarbeit nicht die ländliche Entwicklung. Wirtschaftsförderung, Berufsbildung, Governance, aber auch Wasserversorgung, spielt sich heute in Städten, vielleicht nicht unbedingt in den großen Megastädten, aber in Großstädten, in mittleren Städten, in städtischen Zentren ab. Es ist natürlich auch, wenn man so will, ganz profan gesehen wirtschaftlicher, Menschen in Städten mit bestimmten Infrastruktur-Dienstleistungen zu versorgen oder bestimmte Angebote von Schulen und Gesundheitswesen zu machen, einfach weil die Leute konzentrierter sind.

Es gibt auch neue Probleme. Darauf haben Sie hingewiesen. Gerade die gesundheitliche Situation ist in den Städten natürlich eine ganz andere als auf dem Lande. Auch die hygienischen Verhältnisse kreieren neue Krankheitsprobleme. Aber die Bündelung der Menschen erleichtert es gewissermaßen, solche Dinge einzurichten. Da hat also eine Umorientierung stattgefunden und die ist Realität.

Es hat aber noch einen zweiten, ganz anderen Grund, warum die Städte entwicklungs-politisch immer bedeutsamer werden. Dazu hat Herr Korff schon einige Stichworte angesprochen. Spätestens seit Ende des zwei-

ten Weltkrieges ist die Entwicklungszusammenarbeit viel politischer, in dem Sinne, dass Begriffe wie Demokratisierung, good governance, Verbesserung der Regierungsfähigkeit, Transparenz, Stärkung der Rolle der Frau heute viel mehr im Vordergrund stehen. Es geht viel stärker darum, einen systemischen Ansatz zu haben und zu sagen, jetzt muss ich an einem Sektor, an einem System, Reformen durchführen. Es ist viel wirksamer, daran zu arbeiten, als einzelne isolierte Projekte in ländlichen Gebieten oder auch in der Stadt zu machen. Man arbeitet also nicht an einem Krankenhaus, sondern an der Reform des gesamten Gesundheitswesens. Und solche Reformen laufen in der Stadt. Erstens weil die Regierung da ist, zweitens weil die Opposition da ist, weil die gesellschaftlichen Diskussionen da stattfinden, aber auch weil die Menschen in der Stadt beweglicher denken. Das hat Herr Korff ja gesagt. Die jüngeren, dynamischeren Leute sind diejenigen, die in die Stadt gehen und die dann auch reformbereiter sind oder, wie wir das nennen, change agents. Die finden wir in der Stadt, aber nicht auf dem Lande. Das heißt also, die Entwicklungspolitik hat auch ganz neue und andere Chancen, die sie nur in der Stadt findet, weil es dort brodelt, weil dort Offenheit für neue Ideen vorhanden ist. In den Städten entscheidet sich das Schicksal der Welt, haben Sie gesagt. Und das ist genau der Punkt. Man hat also, ich komme wieder mit dem ökonomischen Argument, wenn man in der Entwicklungspolitik pro eingesetztem Euro mehr Ergebnisse erzielen will, in den Städten viel mehr Ansatzfläche, weil sie mehr Chancen bergen.

Ich möchte noch einen anderen Punkt anführen, der auch etwas mit Technologien zu tun hat. Durch die Urbanisierung und den Wachstumsprozess, der ja glücklicherweise in vielen Gebieten der Welt mit der Urbanisierung verbunden ist, steigt der Ressourcenverbrauch und die ökologische Belastung. Sie kennen alle die Geschichten, wenn man sich vorstellen würde, dass der Ressourcenverbrauch, der Energieverbrauch der

Bürger von Nordamerika oder Europa auf die ganzen Entwicklungsländer und die dritte Welt hochgerechnet würde, käme man zu einer ökologischen Belastung, die den Planeten deutlich überlastete. Das heißt, es ist eine, wie ich meine, Jahrhundert- und Jahrtausend-Aufgabe, den Weg nach einer Abkopplung zu suchen. Der Wachstumsprozess und der damit einhergehende Verbrauch an Ressourcen, an Energie, Rohstoffen, Land und Wasser, wie kann der von dem Wachstum selbst abgekoppelt werden? Wie kann man zu einer ganz anderen Effizienz kommen? Das ist auch eine Frage, die sich in den Städten stellt.

Und ich denke, dass die Entwicklungsländer da ja nicht den ganzen Weg des Schmutzigmachens und der Umweltzerstörung nachzeichnen müssen, den wir in Nordamerika und Europa gegangen sind. Es gibt diesen Begriff „*leap fogging*“ also, dass man ganze technologische Stufen überspringt, dass Entwicklungsländer von vornherein moderne neue Technologien verwenden. Ich meine damit Technologien zusammen mit den gesellschaftlichen Systemen, die zur Beherrschung dieser Technologien notwendig sind, und nicht eine rein technische Lösung, um bestimmte Phasen der Umweltzerstörung zu überspringen. Und da gibt es für die deutsche Entwicklungspolitik, für die deutsche Umweltpolitik, aber auch für die deutsche Wirtschaft große Chancen. Sie müssen sich aber noch stärker auf die besonderen Bedingungen einstellen. Um ein Beispiel zu nennen: wir haben im 19. Jahrhundert in Europa angefangen, Kanalisationen zu bauen, um Abwasserbeseitigung zu betreiben. Dann haben wir die Spültoiletten erfunden. Und heute wird von dem knappen Trinkwasser ein Drittel oder die Hälfte in den Toiletten weggespült. Später hat man entdeckt, dass wenn man dies in die Kanalisation und dann in die Flüsse gibt, bei einem Bevölkerungswachstum die Verschmutzung von Flüssen droht. Also fing man an, Kläranlagen zu bauen. Wenn man von vornherein bei dem Bau der Kanalisation gewusst hätte,

dass man hinterher Kläranlagen bauen muss, hätte man die Stadtentwässerung wahrscheinlich anders konzipiert. Heute ist es so, dass die Technologie, die wir haben, also Kanalisation und dann eine Kläranlage, weltweit die Standard-Technologie ist, die alle Entwicklungsländer nachbauen, obwohl die meisten sich das nicht leisten können, weil viele Entwicklungsländer in trockenen Gebieten liegen, wo die Wasser-Ressourcen schlicht nicht da sind. Wir haben ja hier ein wasserreiches Land. Und zweitens können sie es sich nicht leisten, weil das Geld nicht da ist, um die für die Abwasserreinigung, die sehr aufwendig und teuer ist, diese Kläranlagen zu bauen. Also haben wir dann überall ungeklärte Abwässer und riesige Umweltprobleme. Wer entwickelt jetzt die geeignete Technologie, die es noch nicht gibt, für solche Situationen, wo man nicht von der Spültoilette ausgeht, sondern wo man andere Wege der Kreislaufführung im kleinen Raum findet und ganz anders an die Sache herangeht? Das wäre eine Aufgabe auch für Industrie und Wirtschaft in Deutschland. Allerdings, da kommen wir zu dem, was Sie gesagt haben, man muss dann raus aus dem, „kognitiven Provinzialismus“ und ganz anders denken.

Moderator

Herzlichen Dank dafür, dass Sie die Frage, die Herr Korff und wir gestellt haben, schon zum Teil beantwortet haben. Herr Krishnan, Habitat und die Vereinten Nationen als internationale Organisation, die sich den Globalisierungsfragen sozusagen auf der Ebene über den Nationalstaaten widmen, was ist Ihr Blick von dieser globalen Perspektive aus, auf unser Problem und was können Sie uns über die Anstrengungen und den Beitrag, den Habitat hier leisten kann berichten?

Anantha Krishnan, UN-Habitat Nairobi

Thank you Dr. Fitschen for inviting me to this important forum on global issues. Of course, we are discussing an issue of urbanisation linked to the issues of centre-periphery development as well as the possibility

for peripheries to develop in such a way that the centre – periphery distinction eventually will not exist anymore. But is that possible? In 1921 Bertolt Brecht said, „Where are the heroes, the colonizers, the victims of metropolis?“ He talked about it in 1921. In 1950 there were 86 cities in the world with a population of over one million. Today there are 400 and by 2015 there will be 550 cities with a population of over one million. That means, cities have absorbed nearly two thirds of the global population increase since 1950 and this population is growing by a million babies and migrants each week. These are being absorbed by the cities. Indeed, the combined urban population of China, India and Brazil already roughly equals that of Europe and North America.

The result of this development would be that there will be new mega cities, as mentioned by Dr. Nebel, which will have a population of over 8 million and there will be even hyper cities with a population of over 20 million. In 2025 Asia alone will have eleven cities that will be larger than 20 million people, like Jakarta, Dhaka or Karachi. In Shanghai for example, despite the policy of Chairman Mao to keep people in the villages, we now have a population of 27 million residents. Mumbai and Bombay have a population of 23 million. What does this mean for the sustainability of the development of the cities? And who knows what will happen of this gigantic concentration of not just people but of poverty. Biological and ecological sustainability will be an important question. But then you have these mega cities now. Of course you will also have many second tier cities, cities that are not so big but with a population of about 500 000 to 1 million. We have a number of such cities on the move like Ouagadougou, Antananarivo or Bamako. They are even larger than San Francisco. In Latin America you have examples like Curitiba. All these cities are growing as it is. But then the urbanization of today is the urbanization of the Third World. That means the urbanization of the periphery which recapitulates and confounds the

precedents of 19th and early 20th century Europe and North America.

As mentioned by State Minister Müller yesterday, in China the greatest industrial revolution is taking place. It is shifting the population of the size of Europe into cities from villages. What happens then as a result? China will become a predominantly urban country. It will transfer from a rural to an urban country. But in most of the developing world city growth lacks China's powerful manufacturing export engine which even Europe and the US are very much worried about these days. It also lacks the vast inflows of foreign capital. Nearly two thirds of foreign direct investment go to China today. That means that cities in the rest of the world do not have the same potential as cities in China have. The classical theory as mentioned by Prof. Korff is that the great cities of the future would follow the pattern of industrialization of Manchester, Berlin, Chicago or Los Angeles. We even have some examples in the developing world like Bangalore or Guangju. They are, however, exceptions. Most of the cities in the Developing World do not follow the same trajectory which has been followed by Manchester or Berlin. There, you have other factors that bring people into the cities. In parts of Africa, for example, civil war is pushing people from villages into cities. Other social dynamics are prevalent in the cities of the Developing World. The downwardly mobile middle class is a main feature there. Under such conditions it is not possible to have a sustainable urbanization as has happened in Europe or North America in the age of industrialisation.

In Europe, as mentioned by Nebel, the urbanization took place over a period of 100 or 200 years whereas in the developing countries it happens in the course of 30 to 40 years. That means you will not find the same mechanisms for absorbing the newly arrived population. A very important factor of urbanization are the effects of structural adjustment whereas the urban bias of develop-

ment aid has little significance. We observe that currency devaluation, structural adjustment and removal of subsidies to agriculture have contributed to make people move into cities. Such policies have become recipes for the generation of slums in much of the urban world.



Anantha Krishnan

In a major report called „The Challenge of Slums” which UN-Habitat has published the prevalence of slums in Third World countries is a chief theme. It attempts to integrate the diverse urban case studies from Abidjan to Sidney with global household data. For the first time it includes China and the Soviet Bloc. As the intergovernmental report on climate change reflects an unprecedented scientific consensus on the risks of global warming this report by UN-Habitat similarly is often quoted as the authoritative warning about the global catastrophe of urban poverty.

According to Habitat slum populations in urban areas in the developing regions were 870 million in 2001. The increase is 29 million slum dwellers every year. I am not sure how many of you have seen what a slum is. How many of you have been to Kibera slum of Nairobi, to the slums of Calcutta, Bombay or Manila to see what really a slum dweller’s life is like. In Sub-Saharan Africa 71 % of the

urban population live in slums. Although the slums in urban areas are expanding at a faster rate, even the rural areas will see an increase of their slums for some time to come. As a matter of fact, the urbanization needs of rural areas are being neglected which are forcing rural people to move to urban areas whereby they won’t win either. In the urban slums they will not have clean water nor sanitation. Poor people in Kibera slum in Nairobi are paying much more for drinking water, than rich people in the rich gardened areas of Asian and African cities. The figures are dramatic. A majority of the people in Addis Ababa live in slums, over 90 % of the people in the urban areas of Tchad live in slums. All this urbanization does not follow the industrialization model of Europe nor does it follow the model which China has access to.

As I have mentioned earlier the structural adjustment programmes have largely contributed to this unfortunate pattern of urbanization. As one Nigerian writer says that it not only creates urban slums. Many people from urban areas have no access than to move into the centres of the world today. Like for example what helped Europe was that Millions of people migrated from Europe to America and the new world due to urbanization. But what possibilities do these slum dwellers of the new third world periphery have because when you have fortresses created you have Festung Europa or Festung America, whatever fortresses you create. You are keeping people out. At the same time you are unable to develop these countries the way that Europe and America did. Today the challenge is: can we combine a world of open borders and at the same time sustainable urbanization.

Another important aspect to be discussed is, who suffers most in the process of urbanization? The women do! The feminisation of poverty is linked to the process of urbanization. After the fall of the Berlin wall poverty in the former Soviet countries increased. And you remember the trafficking of wom-

en and girls that took place then also in the context of urbanization. Similarly the urbanization in China and the difficult working conditions in its miracle factories impose the most difficult conditions on China's women. In the process of urbanization women are always at the receiving end.

The growth of the informal sector where for example 80 % to 90 % of Africa's new jobs are created does not have the same positive effect on the labour market as had industrialisation in Europe in the 19th and 20th century. Equally, environmental restrictions and the use of modern capital intensive technologies which do not require much manpower prevent that the process of urbanization creates new jobs as early industrialization did in Europe when urbanization was in full swing there. What I am saying is that the periphery in its process of urbanization today does not have the same possibilities to develop as the centre had earlier, where you had labour intensive technologies, however polluting they were, for the past hundred years. In view of international competition you can't apply the same labour intensive and polluting technology now in the developing world, which gave jobs to people in the industrialised world earlier.

The European model of urbanization is not available any more for the developing world. We don't have extensive industrial development and we don't have the possibility of migrating. That means the periphery is really in a fix. The question is, whether it is possible to create a model of development and urbanization that is different from the centre's precedent? We need to find out how the transfer of persons into non rural, non agricultural employment can be created.

Other factors play an important role in meeting the challenge of urbanization such as overseas development aid and remittances. When we consider that the overseas development aid of the USA to Latin America is only half of what Latin Americans living in

the USA send home we realize that open borders can be part of the solution. The world, however, may not be ready yet for concepts like open borders and free movement of people. The current economic model still needs nation states. But we as we have gathered here today in this forum, we can afford to imagine. If we need to imagine a world without centres and peripheries, we need to imagine a world without borders, let us remember what John Lennon said: „Imagine there is no countries, it is not hard to do.“ Thank you.

Moderator

Ganz herzlichen Dank, Herr Anantha Krishnan für dieses Kaleidoskop von Gedanken, Zahlen und Informationen, das Sie uns hier aufgeblättert haben. Möchte jemand auf dem Panel hierzu noch etwas ergänzen?

Dr. Sonja Nebel, TU-Berlin, Habitat-Unit

Ich fühle mich in meinen Aussagen durch die Ausführungen von Herrn Krishnan sehr unterstützt, der noch mal aus der internationalen UN-Habitat-Perspektive dargelegt hat, was ich aus meinen persönlichen Erfahrungen und Zusammenhängen darzustellen versucht habe. Ich stimme auch einigen Ausführungen von Herrn Prof. Korff zu, aber ich verstehe nicht, was Sie an der Unordnung so faszinierend finden. Dieser Unord-



Dr. Sonja Nebel

nung liegt natürlich auch der Begriff von Ordnung zugrunde, wie wir sie kennen. Ich habe sehr wohl erfahren, dass es klare Organisationsstrukturen auch in dem informellen Sektor gibt. Das ist nicht alles unordentlich. Es folgt nur vielleicht nicht immer unserer Logik von Ordnung.

Ich sehe v.a. eine Chance, in den neuen Organisationsstrukturen der Zivilgesellschaft, die sich als Basisorganisationen oder als Nichtregierungsorganisationen geradezu zwangsläufig herausgebildet haben. Diese Organisationen, wie zum Beispiel Slum Dwellers International oder auch die zunächst in Bangkok gegründete Asian Coalition for Housing Rights, vernetzen sich zunehmend global und entfalten dadurch viel stärkeren Input und eine viel stärkere Wirkungsfähigkeit. Für uns als entwickelte Länder sogar für die Staatengemeinschaft sehe ich die Herausforderung, in Zukunft partnerschaftlich mit der Zivilgesellschaft zusammen zu arbeiten, um dann möglicherweise zu einer ganz anderen Form von Steuerung zu kommen, zu einer Form von good governance, wie es auch in den Millennium Development Goals formuliert worden ist. Danke.

Korff

Das war natürlich genau meine Intention, mit dem Begriff der Unordnung die Pluralität von Ordnung zu beschreiben. Ich habe selber Studien über den formellen Sektor und über Slums gemacht. Natürlich sind die, in den meisten Fällen jedenfalls, sehr wohl organisiert, allerdings entlang unterschiedlicher Formen. Deshalb besteht ja gerade diese Pluralität. Es gibt nicht die Ordnung der Stadt, sondern es gibt nur die unterschiedlichen Ordnungen der Stadt, weil die Städte heute vielleicht mehr als nur ihre ursprüngliche Funktion erfüllen. Die Funktion der Städte ist ja nicht, etwas in großem Maßstab zu produzieren, sondern die Welt zusammen zu bringen und damit auch die Probleme dieser Welt zusammen zu bringen, und das machen Städte sehr effizient.

Ein Aspekt zu Slums: die Problematik von Slums, die Sie sehr präzise dargestellt haben, zu übersehen, ist natürlich unmöglich. Ich habe selber früher schon Forschung gemacht und längere Zeit dort gelebt. Dabei muss man vorsichtig sein, denn da kommt wieder die Frage nach Ordnung und nach Bewertungen. Ein Student von mir hatte einmal bei einem Vortrag über ein Slumgebiet, wo er als Magister-Student eine Studie gemacht hatte, ein Bild von einer Müllhalde gezeigt und es kommentiert, als „eines der attraktivsten Wohngebiete Manilas“. Und dies ist insofern wahr, als sich die Arbeitsstelle direkt vor dem Haus befand. Denn in Manila verdient man, ähnlich wie auch in Deutschland, mit Recycling ziemlich viel Geld. Das heißt, vieles was wir mit unserem provinziellen Bewusstsein wahrnehmen, erscheint uns als sehr schrecklich und sehr schlimm. Davon müssen wir uns lösen. Wir müssen versuchen, eine Rekonstruktion der Lebens- und Alltagswelten und der Bewertungen zu schaffen. Es ist natürlich für mich nicht erstrebenswert, mit einem Haken selbst in den attraktiven Gebieten der Müllkippe von Manila, durch den Müll zu streifen. Da finden Sie Plastik und Dosen, was ich keinen sehr attraktiven Job finde, da ist mir meine Professur in Passau deutlich lieber. Ich bin allerdings in einer sehr privilegierten Position.

Die Frage ist ja die, wie viele Personen im ländlichen Raum haben diese Alternativen, da die Stadt, trotz aller Schwierigkeiten, immer noch sehr viel mehr bietet als der ländliche Raum? Deshalb auch die Frage nach einem Recht auf Stadt, d.h. Recht auf die Möglichkeiten, die die Stadt bietet, die eben auch im informellen Sektor liegen können. Von daher ist es so, dass diese Städte unheimlich komplex sind. Was für eine Stadt gilt, das haben Sie auch sehr gut dargestellt, gilt für eine andere überhaupt nicht usw.. Es gibt allerdings inzwischen einige Prozesse, die sich durch die globalen Verknüpfungen verallgemeinern. Ein Aspekt, den man auch bedenken muss, ist, dass die eigentlichen Probleme der armen Bevölkerung ja nicht

in den Slums entstehen, sondern dann wenn diese Slums etwa durch Grundstücksspekulation oder andere Entwicklungsmaßnahmen, z. B. Aufbau eines Shopping Centers oder Housing Estates aufgelöst werden. Dann bildet sich diese floating mall in der Stadt, die hin und her getrieben wird. Ein indischer Kollege brachte einmal das sehr schön auf den Punkt indem er sagte: „*What we now find is a process from development to dislocation to dispossession*“. Und das ist ein Prozess, den man versuchen muss zu verhindern.

Helming

Noch eine ganz kleine Bemerkung, die daran anschließt. Ich glaube, Sie haben diese Ambivalenz sehr gut beschrieben. Auf der einen Seite natürlich im informellen Sektor eine Ordnung und etwas Lebenswertes für die Menschen, die freiwillig da sind. Auf der anderen Seite natürlich die damit verbundene Rechtlosigkeit dieses displacement, was Sie gerade beschrieben haben, ist ja unvermeidbar. Die Städte entwickeln sich und natürlich kommen da Shopping Centers hin oder Regierungsgebäude oder auch Wohngebiete für die Mittelschicht. Man darf das nicht romantisieren. Es ist richtig, im informellen Sektor die Strukturen und die Ordnung zu erkennen und zu verstehen, wie das funktioniert. Wir müssen uns nur davor hüten, das zu romantisieren. In einem guten und vernünftigen nachhaltigen Entwicklungsprozess wachsen die Leute da heraus und gelangen zu etwas, das auch nach unseren Vorstellungen etwas Geordneteres ist, als das was sie vorher hatten.

Krishnan

I just want to make a brief comment. I agree with the previous comments saying that we cannot romanticise poverty. It is true that there are more opportunities available, but you have to grow out of it. That is important. At the same time the studies show that the life expectancy, child mortality, health conditions of poor people in slum areas are far worse than for people in many rural areas. So in the city as a whole they will be having a

better life, better living standards, but when you segregate the data, go into pockets within the city, they are much worse off than in many places in the rural areas. So we cannot say „either – or“, we have to think of integrated, continuous development of rural-urban linkages.

Diskussion

Moderator

Das Verlassen des provinziellen Denkens, das Herr Prof. Korff eben erwähnt hat, ist für mich das Stichwort, jetzt die Diskussion auch mit Ihnen zu eröffnen. Ich gebe Ihnen hiermit gerne die Gelegenheit, Ihrerseits dazu beizutragen, dass sich unser Bewusstsein weitet und den provinziellen Rahmen verlässt. Bitte schön, ich darf um Wortmeldungen bitten.



Dr. Thomas Fitschen, Moderator

Ingo Pies, Universität Halle Wittenberg

Frau Nebel, Sie haben den Unterschied zwischen einem Haus in Deutschland und einem Haus in einer dieser Mega-Cities so wunderbar anschaulich geschildert: in Deutschland ein eigenes Grundstück, ein Haus mit Baugenehmigung, in diesen Mega-Cities zunächst eine Blechhütte auf einem Grundstück, das man einfach über

Nacht irgendwo besetzt hat. Viele dieser Unterschiede sind mit bloßem Auge erkennbar. Es gibt aber auch einen wichtigen Unterschied, der eher unsichtbar ist. In Deutschland ist das Haus Kapital. Und das bedeutet, es hat eine zusätzliche Nutzungsdimension. Sie haben von Informalisierung gesprochen. In Deutschland kann ich mit meinem Haus praktisch zu einer Bank gehen und kann es beleihen. Ich bekomme einen Kredit dafür und damit kann ich dann weiter arbeiten. Und genau das scheint mir eines der wesentlichen Probleme in diesen großen Städten zu sein. Das ist kein technisches Problem, sondern ein institutionelles Problem. Wie holen wir diese riesigen Vermögensgegenstände, die da sind, die aber gar nicht, nach unserem Verständnis, im vollen Sinne als solche wirklich genutzt werden können, wie holen wir die aus dem informellen Sektor in den formalen Sektor hinein? Ich glaube, das wäre einer der wesentlichsten Beiträge zur Entwicklung dieser Regionen und natürlich zur Anhebung von Lebensstandard und zur Lösung aller der Probleme, die Herr Krishnan gerade noch mal so nachdrücklich betont hat. Meine Frage, wir haben in den letzten Jahren ja doch so etwas wie einen Paradigmen-Wechsel in der Entwicklungspolitik. Die GTZ heißt zwar noch GTZ, aber sie macht ja schon andere Dinge, haben Sie gesagt, Herr Helming. Wir haben in den letzten Jahren viel mit Mikrokredit-Programmen gearbeitet. Wenn ich mir überlege, um welche Beträge es hier geht, das wären doch ganz dezentrale Makrokredit-Programme. Müsste man hier nicht wesentlich mehr tun? Und könnte man hier nicht mehr Phantasie auch in der Entwicklungszusammenarbeit entwickeln?

Heino von Meyer, OECD Berlin-Center

Ich muss sagen, mich hat diese „Hurra-Urbanisierung“ doch etwas erschrocken und ich denke, wenn wir hier auch mit Perspektive auf Politik hin diskutieren, dann sollten wir zwischen der Beschreibung von Tendenzen, wie wir sie wahrnehmen und der Frage, wie wir politisch auf sie reagieren unterscheiden. Da habe ich doch ein bisschen

Angst gekriegt, dass wir der Entwicklung politisch hinterher laufen, was immer einfach ist, und ich gebe zu, gegensteuern mag nicht der richtige Weg sein. Aber wenn Urbanisierung sehr oft Entwicklung von Slums bedeutet, stellt sich doch die Frage, ob nicht das Stichwort „Urbanisierung der ländlichen Räume“ vielleicht die Perspektive sein kann und sein muss. Ob wir von ländlicher Entwicklung nicht einfach nur ein völlig falsches Bild haben, weil wir sie gerade in Deutschland immer nur als Entwicklung des Agrarsektors betrachten. Ist es angesichts der großen Tendenzen nicht entwicklungspolitisch gesehen die Aufgabe gegen zu steuern, im Sinne von Bereitstellung urbaner Lebensverhältnisse auch in Räumen, die für ländliche Bevölkerungen zugänglich sein müssen? Das wäre dann eine Strategie für die kleinen und mittleren Städte, weil in dem Wort Urbanisierung eine Tendenz von Entwicklung in Größenordnungen von 50.000 Einwohnern bis 22 Millionen steckt. Hinter diesem Begriff Urbanisierung versteckt sich auch eine enorme Diversität. Also die Frage, Urbanisierung im ländlichen Raum als entwicklungspolitische Perspektive angesichts großer autonomer Tendenzen und Trends?



Kurt Hildebrand, KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau

Ich würde gern dagegen halten, dass wir – wie Herr Helming gesagt hatte – in der Entwicklungspolitik in Deutschland schon einen Wandel vollzogen haben, hin zu einer anderen Denk- und Sichtweise auf Städte. In unserer Entwicklungspolitik und in unseren Institutionen, die das umzusetzen haben, ist die Angst vor der Flucht in die Städte immer noch sehr dominant, sowie die, in gewisser Weise, naive positive Sicht auf den ländlichen Raum und die Entwicklungschancen des ländlichen Raums und den noch nicht vollzogene Paradigmenwechsel in der Sicht auf die Stadt als große Entwicklungschance, so wie Herr Korff sie dargestellt hat. Manche stellen vor allem die Negativ-Szenarien dessen, was sich in Städten abspielt sehr heraus und haben nicht in ausreichendem Umfang darüber nachgedacht, welche Chancen die Städte bieten.

Gerade in Deutschland ist dieser Provinzialismus in der Sichtweise stark durch unseren eigenen nationalen Kontext bestimmt, wohingegen die Diskussion dieser Frage in anderen Ländern wesentlich weiter ist. In der Entwicklungspolitik ist es wichtig eine Veränderung zu vollziehen, die mehr ist als nur die Realisierung von Investitionen und Aktivitäten im städtischen Raum, wie Wasser, Abwasser oder sonstige öffentliche Dienstleistungen. Wir müssen die Sichtweise auf die Stadt als Ganzes, als Funktionsprinzip in ihrer Gesamtfunktionalität richten und Entwicklungspolitik dann nicht nur sektoral mit bestimmten Ansätzen, wie zum Beispiel micro-finance oder anderen Geschichten klassischer Infrastruktur organisieren. Vor allem die Bedeutung der Stadt für die Dynamisierung von politischen Entscheidungsprozessen und auch Demokratisierungsprozessen in Entwicklungsländern ist sehr wichtig.

Nikolaus Werz, Universität Rostock

Frau Nebel hat von 20 Megastädten gesprochen, von denen 16, wenn ich Sie richtig verstanden habe, in den südlichen Ländern

sind. Vielleicht macht es Sinn, zwischen diesen Megastädten und den globalen Cities zu unterscheiden. Denn wenn man sich manche der Megastädte anschaut, ich denke jetzt an Lateinamerika, dann sieht man doch, dass nur zwei wirklich weltpolitische Bedeutung haben, also São Paulo und Mexiko-Stadt, während die anderen auch bei den Flugbewegungen doch die eigenen Leute umfassen, die also im Ausland arbeiten und vielleicht macht diese Unterscheidung Sinn. Das wäre meine erste Frage, ob Sie da zustimmen würden?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Korff. Die Wissenschaftler, die gestern von der transnationalen Migration gesprochen haben, behaupten ja ein wenig, dass nach der Binnenmigration, die z. B. in Lateinamerika fast abgeschlossen ist, 75 – 80 % in Städten leben, dass dann die transnationale Migration erfolgt. Würden Sie da mitgehen oder ist das eine Überzeichnung?

Moderator

Vielen Dank für diese erste Runde Fragen. Es fällt mir schwer zu identifizieren, welche der Fragen jemand Bestimmtes gilt. Vielleicht darf ich einfach alle vier Panelisten einladen, sie möglichst kurz, zu beantworten. Wer möchte anfangen, Herr Helming?

Helming

Mikrokredite sind sicher eine ganz wichtige Sache. Wir haben dieses Jahr auch das Jahr der Mittelkredite. Ich glaube, wir stehen in Deutschland ganz gut da. Es gab kürzlich einen so genannten peer review, der ein gemeinsamer Vergleich der Leistungsfähigkeit von Mikrokredit-Programmen war und da sind die beiden deutschen Institutionen KfW und GTZ international sehr gut benotet worden. Was nicht heißt, dass wir da noch mehr tun können.

Wir haben natürlich, aus meiner Sicht, immer noch das Problem des großen ländlichen Raums in Afrika. Wir haben heute vielleicht nicht genug über Afrika gesprochen, wo jede Form von ökonomischer Dynamik

sierung sehr stark an ihre Grenzen stößt, wo das ganze Thema Arbeitsteilung, die ganze Frage von Wertschätzungsketten zwischen städtischen und ländlichen Gebieten doch sehr im Argen liegen und wo wir sicherlich auch noch viele Fragen haben, die wir nicht beantwortet haben, was man überhaupt tun kann.

Was die Urbanisierung der ländlichen Räume betrifft, so ist sie im Vergleich zu einer reinen Förderung der Landwirtschaft in den Vordergrund zu stellen, das kann ich nur unterstreichen. Das ist aber genau das, was wir versuchen zu tun. Nur ist es eben wesentlich leichter zu sagen als umzusetzen, vor allen Dingen in Bezug auf Afrika, wo ja auch die städtische Entwicklung in den meisten Ländern nicht weit sehr fortgeschritten ist. Ich glaube Sie haben Recht, es ist programmatisch bisher in der deutschen Entwicklungspolitik noch nicht sehr klar gesagt worden. Entwicklungspolitik ist eigentlich in weitem Maße städtische Politik aus den beiden Gründen, die genannt wurden. Erstens weil einfach die Dinge, die man im Sinne von staatlichen Dienstleistungen anstrebt, in den Städten stattfinden müssen, da sie der Lebensraum der Mehrzahl der Menschen sind. Aber zweitens aus genau dem Grund, den Sie angesprochen haben, weil dort die Reformchancen sind und weil die Stadt der Ort des Wandels ist. Entwicklungspolitik ist heute Unterstützung für Wandel. Die GTZ hat deshalb auch dieses Jahr die städtischen Räume in der Stadtentwicklung als Jahresthema gewählt und wir haben in zwei Wochen selber eine große Tagung in Eschborn zu genau dem Thema.

Nebel

Vielleicht als erstes ganz konkret zum Haus als Kapital. Sicherlich ist ein Haus ein Kapital, aber nur dann, wenn Sie es legal einsetzen können. Solange Sie in einer Stadt leben, in der die Verwaltung Ihr selbst gebautes Haus nicht als legal bezeichnet und Sie auch vor Vertreibung nicht sicher sind, werden Sie das Haus nicht kapitalisieren können. Also werden Sie mit den Investitionen, die

Sie vornehmen vorsichtig sein und Sie werden auch keine Kredite kriegen. Inzwischen tun das ja sehr viele Regierungen, sie akzeptieren die gesellschaftlichen Werte, die da inzwischen in ihren Städten entstanden sind und fördern, entwickeln und konsolidieren ihrerseits im so genannten upgrading-Programm dann auch den Bestand.

Ich bin auch der Meinung, dass man bei der Definition zwischen globalen Städten und Mega-Städten auf jeden Fall unterscheiden muss. Globale Städte als die Schaltzentralen internationaler Märkte und finanzieller Kräfte, das ist was anderes. Vielleicht ist diese Stadt, von der Herr Korff spricht, auch eher eine globale Stadt als mein afrikanisches Mega-Kontinuum von Ansiedlungen.

Dann möchte ich noch etwas sagen: solange diese Urbanisierungen sozial und ökonomisch fragmentiert sind, sehe ich keine Chance in ihnen. Wenn alle eine Teilhabe an den Entwicklungsperspektiven haben können, dann ja. Aber solange das nicht erreicht ist, sehe ich eher die Probleme als die Chancen.

Krishnan

We have now the eight Millennium Development Goals with 16 or 17 different targets. Poverty elimination is the goal number one. But one target says we should work to improve the lives of 100 million slum dwellers by the year 2020. The same ambitious goals are set with health care, education and the empowerment of women. Another target is to reduce the number of people by half who need access to clean water. So the UN system has been asked to address the challenges of the Millennium Development Goals which also includes the aspect of urbanization. In September 2005 governments report back to what extent they have really addressed the question of the Millennium Development Goals, also with respect to urbanization. Then it is important that more resources need to be allocated for the urbanization of rural areas. It is not necessary just to dig wells and to build some huts here and there

and provide micro-credit. It is important to address the urbanization needs of rural areas by providing roads, services, infrastructure, governance, employment. This would actually facilitate better relations between the rural and the urban areas. I don't see any other alternative than this: For example in Europe and America 4% of people depend on agriculture. If the same tendency will happen in the periphery as well. Imagine how the cities can survive.

Somebody also asked whether urbanization will lead to international migration? Of course, centres have discovered the periphery two or three hundred years ago. It is about time, as people say, that peripheries start discovering centres. That means their population will start migrating out of need, out of the immediate need to survive, out of the need of their economies or out of the need of the centres themselves. Unless we understand this properly, we will not be able to have a global society. Thank you.

Korff

Eines ist klar: Städte sind immer Unikate. Egal über was man spricht, richtige Typen lassen sich da nur schwer ausmachen, genau so wie auch Personen Unikate sind. Ein besonderer Bereich sind sicherlich die Städte Afrikas, speziell Subsahara-Afrikas. Nur eine Information, die allerdings inzwischen schon acht oder neun Jahre alt ist: die Summe der Exporte der Länder Subsahara-Afrikas ohne Südafrika ist niedriger als der Export von Hongkong. Damit wird auch das politische Gewicht Afrikas deutlich, das auf der globalen Ebene nur sehr gering ist.

In dieser Situation wird ein Aspekt wichtig, mit dem wir uns heute mehr noch als früher auseinandersetzen müssen. Früher war es eine Diskussion zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Heute gibt es eine dritte Kategorie, die brauchen nicht mal mehr ausgebeutet zu werden. Und das ist die schrecklichste Kategorie. Diese Leute sind einfach egal. Das ist wirklich die Hauptschwierigkeit. Und da bieten sich in Städten ein biss-

chen andere Formen an. Ein Grund, der genannt worden ist, die Landbesetzung. Ein Aspekt, der da mit hineinfließt ist auch, dass das ja nicht eine Person allein macht. Ich gehe nicht irgendwo hin und besetze Land. Das ist organisiert, wie auch der Hausbau, der Zugang zur Arbeit, der informelle Sektor. Das sind also diese Selbstorganisationen.

Ich glaube, eine ganz wichtige entwicklungspolitische Maßnahme, die auch bei der Habitat-Konferenz in Istanbul diskutiert wurde, in der Entwicklungspolitik aber kaum Einfluss gefunden hat, ist, dass die Leute ihre Probleme selber in die Hand nehmen müssen. Sie müssen sich selber organisieren.. Es geht nicht mehr nur partizipativ. Das ist wichtiger als zu versuchen, mit großen Maßnahmen gegenzusteuern. Die funktionieren nicht. Das hat die Entwicklungspolitik der letzten vier Dekaden gezeigt. Ich bin der Meinung, dass ein Versuch einer dezentralen Urbanisierung, einer Urbanisierung der Gesellschaft, einer stärkeren Betonung der Distrikt- und Kleinstädte sinnvoll ist, um den Druck auf die großen Städte zu reduzieren. Das kann ich aber nicht entscheiden, das kann auch die Entwicklungspolitik nicht entscheiden, das entscheiden nur die Menschen selbst. Wir müssen die Entscheidung der Menschen ernst nehmen. Deshalb habe ich ja auch keine „Hurra-Urbanisierung“ vertreten, sondern ich bin Realist, ich bin Soziologe. Da muss ich sehen, was die Leute machen und gehe davon aus, dass die Leute kein dummes Zeug machen, dann wären sie nämlich tot. Die machen schon etwas das Hand und Fuß und Sinn und Verstand hat. Ich bin dabei zu versuchen zu verstehen, warum die das machen.

Ein letzter Punkt noch dazu. Jemand unterschied nach Megastädten und Global Cities. Das ist richtig, bloß beide Begriffe sind diffus. Als ich in Hongkong war, habe ich allerdings die Definition der Global City gefunden – und Sie können sich selber die Frage stellen, ob entlang dieser sehr präzisen soziologischen Definition Berlin eine Global

City ist oder nicht. Die Definition lautet: „Wenn man drin ist, weiß man, dass es eine Global City ist.“ Das fiel mir auf, als ich von Kow Loon aus über Victory Harbour nach Hongkong Island schaute. Das sah anders aus als der Potsdamer Platz. Aber wie gesagt, ich komme aus Ost-Westfalen und kenne Berlin nicht gut genug, das ist eine andere Situation.

Der andere Aspekt, dieses Argument, erst die Binnenmigration, dann die internationale Migration kenne ich wohl. Ich habe es nie geglaubt. Wir befinden uns gegenwärtig in einem Zeitalter der Globalisierung, wo natürlich ganz massiv von vornherein eine Migration stattfindet. Die Leute etwa in Nord-Thailand in den Dörfern überlegen nicht, ob sie nach Bangkok gehen oder in irgendwelche anderen Orte. In Bangkok sind natürlich die Bekannten, die Verwandten, da hat man Adressen, wo man hingeht. Aber genauso haben diese Menschen Adressen, im Mittleren Osten oder anderen Regionen, wo man als Arbeitsmigranten hingeht. Ich glaube, dass diese Gesamtmigrationsbewegungen sich inzwischen alle massiv überlagern, dass man das gar nicht mehr so genau trennen kann. Denn diese Städte sind inzwischen sehr viel stärker in globale Netzwerke integriert, als in nationale. Wissen Sie vielleicht, dass ein Großteil der Produktion von Kleidung für Afrika und sozusagen das Mode-Zentrum afrikanischer Kleidung Bangkok ist? So viel zu den internationalen Beziehungen. Danke.

Moderator

Herzlichen Dank. Jetzt möchte ich gern weitere Möglichkeit zu Fragen geben. Bitte schön.

Thomas Martin Schimmel, Missionszentrale der Franziskaner, Berlin

Ich verstehe, Herr Korff, was Sie mit provinzieller Sichtweise meinen. Ich sehe nur eine große Gefahr, wie Sie argumentieren, nämlich dass gesagt wird, die Mega-Städte aus Sicht der Armen und Marginalisierten zu beschauen, ist eine provinzielle Sicht. Ich

weiß, dass Sie das nicht so meinen, aber die Gefahr sehe ich. Und ich habe mich eben ein bisschen geärgert, als Sie das auch so aufnahmen.

Das Zweite ist, dass mir zwei Dinge noch zu kurz gekommen sind, was die Gründe von Migration in Großstädte angeht. Ich möchte ein Beispiel aus unserer Arbeit nennen, Maranhão im Nordosten Brasiliens. Da haben wir oligarchische politische Strukturen, die dazu führen, dass Menschen das Land und somit die Lebensgrundlage weggenommen wird, also Landvertreibung in den ländlichen Gebieten, bzw. die ganze Frage der ungerechten Landverteilung. Das wird in den anderen Kontinenten ähnlich sein, wie in Brasilien.

Eine andere Frage, die auch nicht besprochen worden ist, wo ich gerne Ihre Einschätzung hätte, ist die Frage der Medien bei der Landflucht in die Städte. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es in Maranhão zum Beispiel in jedem Dorf Fernseher gibt, in denen die Telenovelas laufen, die ein Bild von Stadt darstellen, das einfach so nicht existiert. Welche Rolle spielen diese Medien eigentlich? Ich bin auch nicht ganz sicher, ob ich mit Ihrer Einschätzung zufrieden bin, dass große Städte funktionieren. Das ist ein Begriff ist, der sehr unscharf ist: „die großen Städte funktionieren, weil sich da niemand wirklich massakriert“. Das finde ich ein bisschen zu kurz genommen. Die großen Städte, und da können wir uns vielleicht was hier in Westeuropa abschneiden, funktionieren, weil sich die Leute tatsächlich selbst organisieren. Aber wenn wir São Paulo angucken, dann haben wir da tatsächlich die Situation, dass die Hochhäuser leer stehen gelassen werden, dass sie zusammenbrechen bzw. dass es in den Hochhäusern Slums gibt, die so genannten *cortizos*. Diese *cortizos* organisieren sich tatsächlich selbst, aber sie haben keinerlei Unterstützung von der Stadtverwaltung oder von staatlichen Organisationen, sondern die sanitären Einrichtungen, die Stromversorgung, die Schulversorgung, die Gesundheitsversorgung funktioniert

nur deshalb, weil sich die Leute selbst organisieren.

Konrad Melchers, Zeitschrift *Entwicklung und Zusammenarbeit*

Ich wollte Sie bitten, dass Sie, obwohl nicht mehr viel Zeit dafür da ist, doch Parallelen zwischen Binnenwanderung, die wir hier heute diskutieren und der internationalen Migration, die wir gestern und nachher noch mal diskutieren, herstellen. Denn wir haben hier *brain drain* und *brain gain* als Stichworte. Wir haben *brain-circulations*-Stichworte. Gestern haben wir über die kulturellen Auswirkungen gesprochen. Sie haben hier sehr interessante Beispiele gebracht, aber ich würde Sie bitten, doch noch mal die Unterschiede und Parallelen, dessen was man für die internationale Migration aus dem Verstärkerprozess oder Verhältnis Stadt – Land lernen kann, zu erläutern.

Noch ein Hinweis. Sie haben, Herr Helming, beispielsweise gesagt, es ist ja keine Entvölkerung des Landes, die da stattfindet, weil dort immer noch Menschen zur Welt gebracht werden. Aber sehr wohl gibt es Ausbeutungsverhältnisse zwischen Stadt und Land. Wir haben die Situation, dass in Afrika beispielsweise nicht in den Städten gehungert wird, sondern auf dem Land. Woher kommt das? Dann haben wir auch Phänomene des Retransfers. Es gibt auch eine Theorie darüber, dass eben der ländliche Raum über die Städte entwickelt werden sollte. Es ist ganz parallel zu der Diskussion, die wir im internationalen Rahmen führen und meine Bitte wäre, dass Sie kurz darlegen, was Sie dort an wissenschaftlichen Erkenntnissen anzubieten haben.

Einhard Schmidt-Kallert, AHT Essen

Ich arbeite bei einer Consulting-Firma in Essen. Naturgemäß interessiert mich in einer Consulting-Firma, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig ist, an dieser Debatte der Sprung von der Analyse der alarmierenden Verhältnisse in den Mega-Städten hin zu Projekten zur Handlungsstrategie. Herr

Helming hat gesagt, wir haben die Wende längst geschafft, von einem Schwerpunkt auf Projekte im ländlichen Raum hin zu einer Orientierung auf Städte. Aber man muss doch die Gesamtstadt im Blick haben, die Funktionalität in der Gesamtstadt. Das ist wichtig, dass man das neu definiert. Nach der Diskussion, die wir hier gehabt haben, meine ich, muss man dann doch noch mal zu den nebeneinander bestehenden Lebenswelten der sehr fragmentierten Städte zurück gehen. Denn das ist ja auch immer wieder gesagt worden, es gibt eben nebeneinander bestehend fragmentiert unterschiedliche Lebenswelten. Und es gibt, wenn wir jetzt auf die Debatte von gestern zurück gehen, verschiedene Formen von Migration. Eine zunehmende Anzahl von Menschen, migriert nicht auf Dauer in die Städte, sondern wird zu Pendel-Migranten, zu vorübergehenden Migranten. Wenn wir jetzt die Lebenswelten der Leute angucken, dann sind eben auch die Erwartungen an die Stadt gestuft, sehr unterschiedlich, glücklicherweise, könnte man sagen. Die Erwartungen an die Stadt bei Migranten in den Großstädten in Entwicklungsländern, sind eben nicht identisch mit den Erwartungen, die ein Ministerialbeamter hat, der von Bonn nach Berlin umzieht, der kulturelle Bedürfnisse vielfältiger Weise hat. Dass heißt, es ist nicht der Wunsch von jemandem, der mit einer begrenzten Perspektive in die Stadt zieht, auf der Straße zu pennen, das entspricht nicht seiner Menschenwürde. Aber die Erwartung ist trotzdem begrenzt. Es ist wahrscheinlich sehr gut für ihn, wenn er ein gemietetes Zimmer hat und einen Mietvertrag über sechs Monate oder über ein Jahr. Und jemand anderes hat andere Perspektiven. Aber die vier Millionen, die auf Zeit in die Städte migrieren, haben auch wieder andere Perspektiven oder die Erwartungen außerhalb der Stadt eine Familie zu gründen und möglicherweise Kinder zu erziehen. Oder einige sagen, dass sie außerhalb der Stadt in ihrem Heimatdorf sterben wollen. Wenn wir diese abgestuften Erwartungen kennen, dann können wir auch besser definieren, was denn jetzt Stra-

tegien sind. Möglicherweise hilft das auch ein bisschen, den Horizont herunter zu stufen, wenn man nicht von so einem stereotypen allgemeinen Bild von Anforderungen an die Stadt und das, was die Stadt an Infrastruktur bereit zu stellen habe, ausgeht.

Teilnehmer, Initiative Südliches Afrika

Mich interessiert als Soziologe, was die Menschen so denken und machen, und wann vom Funktionieren einer Stadt gesprochen werden kann. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Slum-Siedlungen wirklich funktionieren und dass die Menschen dort zufrieden sind. Ich nehme hintergründig eher eine Ratlosigkeit wahr. Ich weiß natürlich zu schätzen, dass so viele Lösungsansätze angeboten werden. Dennoch, teilen Sie die Ansicht, dass man doch eher ratlos vor dem Phänomen der Slumbildung steht?

Teilnehmer, Auswärtiges Amt

Ich habe eine Frage, die sich hauptsächlich an Herrn Korff richtet, und zwar zu der sozial-ökonomischen Dimension dieser Städte. Im Rahmen der Globalisierung sind diese Städte in der Dritten Welt ja auch Zentren der ökonomischen Produktion. Es war vor einigen Monaten ein sehr interessanter Artikel in der Zeit, über die Herstellung des Braun Activator und vor allen Dingen darüber, wie die einzelnen Teile hergestellt werden, wie die Produktion abläuft und wo das überhaupt hingegeben wird. Das läuft wie bei E-Bay ab, nur dass die Preise nicht steigen, sondern fallen. Am Ende gewinnt irgend ein ökonomisches Zentrum in China und die zahlen nur noch 10 oder 11 Cent pro Stunde. Da ist ja ein gigantisches Potential vorhanden. Nur als ich diesen Artikel las, kam mir alles ein bisschen wie das vor, was Marx mal in Europa beschrieben hat, nur in viel größeren absoluten Zahlen. Sehen Sie da nicht auch die Gefahr, dass gerade in diesen Städten ein gigantisches revolutionäres Potential anwächst und wenn dann irgendwann mal ein asiatischer Marx kommt, der das nimmt und dann noch diejenigen dazu aktivieren kann, die Sie als diejenigen bezeichnet haben, die nicht mal mehr ausge-

beutet werden, dass dann irgendwann diese ganze Gesellschaft auseinander bricht? Ich habe jetzt gerade gesagt Gefahr, ich würde vielleicht sogar eher sagen die Hoffnung, dass mal so jemand kommt.

Otto Lampe, Auswärtiges Amt

Nur eine weitere Frage noch, weil wir eben auf die praktische Relevanz dessen, was wir besprechen angesprochen wurden. Ich habe vor 20 Jahren mal eine zeitlang in São Paulo gelebt und war jetzt wieder da. Damals waren die Favelas im wesentlichen aus Wellpappe, also ganz rudimentär. Heute sind die Favelas überwiegend aus Stein, wenn auch nicht verputzt, aber von innen. Da hat sich eine ganze Menge getan. Es war ja mal in der entwicklungspolitischen Diskussion die Frage aufgeworfen worden, inwieweit es machbar ist, besetzten Grund in den urbanen Regionen, in den Slum-Regionen mit Grundbucheintragungen sozusagen quasi zu legalisieren und auf diesen Titel dann Kredite aufzunehmen, um die Einwohner dort sozusagen in die Lage zu versetzen, ihre eigene Situation zu verbessern. Wie weit das fortgeschritten ist, würde ich die GTZ oder Habitat bitten, zu sagen.

Moderator

Vielen Dank für diese letzte Frage. Ich darf Sie darum bitten, hier oben wie in der vorigen Runde kurz und knapp zu antworten. Vielen Dank.

Korff

Ich glaube tatsächlich, Sie haben Recht, vielleicht ist das die Hoffnung, dass da ein neues revolutionäres Potential entsteht und damit die Ratlosigkeit kurz vor dem Durchbruch ist. Der Hintergrund ist genau der, den Sie beschrieben haben, nämlich die Selbstorganisation. Das ist das Zentrale und lässt sich nicht verallgemeinern. Das muss man konkret untersuchen. Ohne diese Selbstorganisation wäre schon längst alles zerfallen. Es gibt da zwei Bereiche. Man kann versuchen, die Selbstorganisationsprozesse zu unterstützen. Das ist aber problematisch, denn wir sprechen in gewisser Hinsicht auch über

das revolutionäre Potential und es gibt nicht wenige Regierungen, die das gerade nicht möchten und unterbinden, dass Selbstorganisationsprozesse stattfinden. Ich glaube, da ist die zentrale Frage für die Entwicklungspolitik zu sehen. Ein zentraler Aspekt für die Migration ist, ob es Binnen- oder transnational ist und dass die Migranten irgendwo hingehen müssen, wo sie eine Adresse haben. Das heißt, ein Migrant, der sich etabliert hat, zieht andere Migranten nach. Das ist ein zentrales Strukturelement. Danke.

Krishnan

Thank you chairman. While it is important to support popular organizations we cannot let states abdicate their responsibility. It is important that the governments have the responsibility for education or health care. It has to go hand in hand with peoples' mobilization. Very often in the name of supporting community mobilization, states tend to take their hands off and say that it is up to them, they can do whatever they want.

In regard to the last question, whether the lifes of slum dwellers in many parts of the world are improving I would like to say the following: It is happening. It is somewhat like international migration, where people who left their home countries thought that they were coming as Gastarbeiter. They thought, they will go back after two or three years, make some money and buy a house back home. But that did not happen. Similarly people who came from rural areas to the cities. They thought they would go back. But there was no going back for most of them. They stayed on in the cities.

What is important for governments and agencies like UN Habitat is to see if they got the right to live there the title deeds, the credit facilities to build their own small huts and maybe how this can actually promote the community building within the slums. You do not have to build wonderful houses away from where the work place is. Instead

it is important to improve the slums themselves. We have examples from cities in India and in Latin America, as well as in Africa where people's participation, the right government policy and UN guidance improved the lifes of slum dwellers. The living conditions and the infrastructural facilities can be improved where they are, provided people have the right to live and provided they will not be evicted, bulldozers don't come and remove the houses the next day. Thank you.

Nebel

Die Frage ist, kann man optimistisch sein oder gibt es einen Durchbruch? Einen Durchbruch gibt es sicherlich nicht, aber ich denke schon, dass die Staatengemeinschaft verstanden hat, dass eine ungleiche Verteilung von Wohlstand, Chancen und Ressourcen nicht mehr hinzunehmen ist und dass wir mit der Endlichkeit und der Begrenztheit von natürlichen Ressourcen konfrontiert sind und dass wir politische Unfreiheiten, Korruption und Misswirtschaft auch nicht mehr länger hinnehmen wollen. Wenn wir in diesen neuen Allianzen und neuen Partnerschaften zwischen Staaten bis hin zu den Einzelakteuren einer Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, würde ich sagen, lohnt sich noch mal der Versuch.

Helming

Ich bin auch von den Vorträgen gestern verblüfft gewesen, wie stark die Motivation der Migration zu Stadt und Land und der internationalen Migration doch dieselben sind, dass dieselben Push- und Pull-Faktoren, die wir hinlänglich diskutiert haben, mit ganz wenigen Variationen überall stattfinden. Die ganze Palette kommt vor, es scheint wirklich dasselbe Phänomen zu sein. Deswegen ist es auch richtig, das in diesem Forum gemeinsam zu betrachten.

Die Frage, Ausbeutung Stadt-Land, ist auch ein Punkt, der, glaube ich, ganz klar ist. In diesem frühen Entwicklungsprozess, wo die Urbanisierung stattfindet, wird das Land von der Stadt ausgebeutet. Die ländlichen Gebiete tragen die sozialen Kosten der Er-

nahrung, der Kinder und dann auch wieder der Alten, der Unproduktiven und der Kranken. Wer in Afrika an Aids erkrankt, der geht natürlich in sein Dorf zurück, um dort zu sterben. Das heißt, da werden die Kosten getragen. Das haben schon die alten Römer gemacht. All das geht zu Lasten der ländlichen Gebiete. Später im Entwicklungsprozess dreht sich das anscheinend um. Bei uns wird ein großer Teil der Haushaltsmittel dafür ausgegeben, um eine verschwindend kleine Bevölkerung auf dem Lande zu subventionieren. Das vielleicht als optimistische Variation, es wird auch in Entwicklungsländern hoffentlich mal so weit kommen.

Ich kann dem zustimmen, dass wir es als entwicklungspolitische Herausforderung annehmen müssen, so etwas wie local governance zu schaffen und das Verhältnis zwischen kommunalen Verwaltungen, zwischen den staatlichen Ebenen und der ganzen Zivilgesellschaft zu stärken.

Die Frage, wo ist eigentlich die Grenze bei Legalisierung von Slums, also von illegal besetztem Land, ist schwierig zu beantworten? Man kann sicherlich nicht alles legali-

sieren, schon deshalb, weil die Leute oft in völlig ungeeigneten Gebieten siedeln, wo bei der nächsten Starkregenperiode alles wegschwimmt und es wieder tausende Tote gibt. Aber irgendwo muss man da auch hingehen. Es ist ein sehr schwieriger politischer Prozess und ich denke, dass wir als Entwicklungspolitik da mit unterstützen können.

Moderator

Ganz herzlichen Dank, sowohl an Sie als Publikum und vor allem auch an unsere Panelisten für Ihre Beiträge, aber auch – das möchte ich wirklich als jemand, der schon viele Foren hier erlebt hat betonen – für die Kürze und die Präzision Ihrer Antworten. Dieses Panel war wie immer eines, das dem Anspruch des Forums Globale Fragen gerecht wird, nämlich keine Lösungen zu produzieren, nichts auf das wir uns einigen können, sondern im Grunde nur die Fragen zu vervielfältigen und die Anregungen mit nach Hause zu nehmen. Und wenn das heute gelungen ist, dass Sie jetzt weiter denken über unser Thema und vielleicht Dinge, die hier besprochen wurden, noch einmal aufnehmen mit Ihren Organisationen und mit anderen, dann hätte das Panel diesen Zweck erfüllt. Vielen Dank.

Panel 4: „Brain drain“ oder „Brain gain“ – wem schadet und wem nützt die Migration ?

Moderation: Hans-Werner Mundt, GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

Moderator

Ich begrüße Sie zum vierten Panel, das unter der Fragestellung „brain drain – brain gain“ steht oder vielleicht die tiefere Frage, wem schadet und wem nützt die Migration? Wir haben in diesem Forum schon eine ganze Reihe von Hinweisen bekommen, wem Migration unter welchen Konstellationen nützen kann, und wem sie schaden kann. Ich denke, wir werden uns jetzt auch dem Titel „brain drain“ folgend in erster Linie mit der Wanderung Hochqualifizierter befassen und dem Nutzen und Schaden, der daraus resultieren kann.

Auch bei der Wanderung Hochqualifizierter sind die Aussagen in Wissenschaft und Politik äußerst verwirrend. Offenbar gibt es ganz unterschiedliche Auffassungen vom Nutzen und vom Schaden der Migration Hochqualifizierter. Wie könnte man sich sonst so vollkommen unterschiedliche Migrationsregime in, im Übrigen ganz ähnlichen, Gesellschaften und Ländern erklären.

Eine ganze Reihe von Ländern werben systematisch Hochqualifizierte an. Dazu gehören die typischen Einwanderungsländer wie Kanada, Australien, Neuseeland, die USA und auch Großbritannien. Andere, und dazu gehörte jedenfalls bis zum 1. Januar 2005 die Bundesrepublik, wehrten sich gegen die Einwanderung Hochqualifizierter. Die Anwerbestop-Ausnahmeverordnung ließ zwar einige Ausnahmen zu, aber die Regel war, dass auch Hochqualifizierte, wenn sie nicht aus der EU kamen, keine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung bekamen. In anderen Ländern, auch in den USA, ist das wie gesagt anders. Viele Länder nutzen das Hochschul-

studium, um junge qualifizierte Leute anzuziehen, die dann in der Regel in dem Land ihres Studiums bleiben. Über 50 % der Doktorate in den Ingenieurwissenschaften in den USA gehen an Ausländer, die dann sehr oft in den USA bleiben.

In Deutschland gibt es seit dem 1. Januar zumindest einen leichten Meinungsumschwung. Wir haben alle in der Zeitung gelesen, dass jetzt das Land Hessen einen Vorstoß gewagt hat, hochqualifizierten Ausländern, die nach Deutschland kommen, sogar Steuererleichterungen zu gewähren. Offenbar gibt es doch die Überzeugung, dass bestimmte Hochqualifizierte, wenn sie zu uns kommen, nicht Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen, sondern solche schaffen, was aber immer noch mit sehr hohen Hürden verbunden ist. Ein sehr hohes Einkommen muss erreicht sein. Und der Paradigmenwechsel ist noch nicht richtig eingetreten. Das ist die Seite der Aufnahmeländer, die wir besprechen wollen.

Auf der anderen Seite stehen die Herkunftsländer. Wie wirkt sich die Migration der Hochqualifizierten von dort auf die Entwicklung dieser Länder aus? Auch da ist ein Wechsel in der Wahrnehmung und in der Bewertung eingetreten. Früher war nur von brain drain die Rede, in den 60er und 70er Jahren folgte eine Konferenz nach der anderen, die den brain drain beklagte und Kompensation verlangte. Passiert ist nicht viel. Aber heute jagt eine Konferenz die andere, die genau umgekehrt die Auswanderung Hochqualifizierter als ein Potential für die wirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsländer beschreibt. Unter dem Begriff Diaspora haben wir gestern einiges drüber gehört. Also viele Fragen und eine eher verwirrende Meinungsvielfalt darüber, wer denn nun von der Migration Nutzen zieht.



Panel 4

Wir haben hier eine Reihe von Experten versammelt, von denen wir uns erhoffen, dass sie uns etwas mehr Klarheit verschaffen können. Zu meiner Linken in der Reihenfolge ihres Auftritts möchte ich vorstellen: Herrn Georges Lemaitre. Er arbeitet in der Migrationsabteilung der OECD. Die Migrationsabteilung der OECD hat einen besonders guten Ruf, weil sie hervorragende Veröffentlichungen und den jährlichen Migrationsbericht herausgibt, in dem die Zahlen und Fakten präsentiert werden, denn in dem ganzen Migrationsgeschehen ist es ein Problem, dass man oft nicht weiß, wovon man eigentlich genau spricht.

Zu seiner Linken, Herr Dr. Uwe Hunger, Dozent an der Universität in Münster. Er hat sich insbesondere mit den Fragen des *brain gain* im Zusammenhang mit der Wanderung von IT-Fachkräften aus Indien und anderen asiatischen Ländern befasst.

Damit wir uns nicht nur über die Betroffenen, sondern auch mit den Betroffenen un-

terhalten, haben wir Herrn Dr. Qian, der hier zu meiner Rechten sitzt, eingeladen. Herr Dr. Qian ist, ich glaube nächste Woche am Montag oder Dienstag, genau 20 Jahre in Deutschland und ist seit einigen Jahren deutscher Staatsangehöriger. Er hat an der Tongji Universität in China studiert, hat später sein Doktorat an der Ruhr-Universität gemacht und arbeitet jetzt als Entwicklungsingenieur bei der Firma Continental Teves in Frankfurt am Main. Darüber hinaus hat er eine große Zahl von Ehrenämtern. Da wird er aber vielleicht selber drüber berichten.

Auf der rechten Seite sitzt Herr Dr. Over. Er ist geschäftsführender Direktor der Gesellschaft für Empirische Studien in Kassel. Sein Forschungsschwerpunkt sind die Auswirkungen der Internationalisierung auf die hochschulischen Bildungssysteme und Berufskarrieren. Bereits in den 80er Jahren hat er sich sehr intensiv mit dem *brain drain*, und zwar dem *brain drain* aus Deutschland heraus, beschäftigt. 2002 haben Sie ein Pro-

jekt im Auftrag des Stifterverbandes abgeschlossen, mit dem Thema: „Brain drain, brain gain – eine Untersuchung über internationale Berufskarrieren“. Dabei ging es eben nicht um den *brain drain* aus Entwicklungsländern, sondern um den aus Deutschland.

Herr Lemaitre, die OECD hat sich in verschiedenen Studien mit der Wanderung Hochqualifizierter befasst. Was können Sie uns über die Frage, wem die Migration Hochqualifizierter nutzt und wem sie schadet, berichten?

Georges Lemaitre, OECD Paris

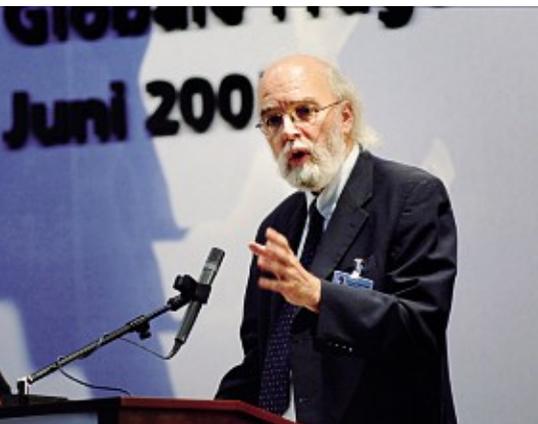
Thank you Mr. Mundt. On the previous panel we talked about the massive interior movements in mega cities. It is almost embarrassing to come back to international migration with a number that is so pathetically small: 2,5% is the total stock. The annual numbers are tiny by comparison to what is going on internally in developing countries. But nevertheless, this is an area, that is of interest in many developing countries, because the remittances are seen as a significant source. So we are going to look at this migration from the rest of the world into OECD countries. Now I made broaden things up beyond just the highly qualified, because migration by itself is small and migration of the highly qualified is even smaller. The jus-

tification for that is easy, because all immigrants have brains. So the brain drain covers everyone. Now the second reason is, that remittances are believed to be much more common among lower skilled migrants. The winners and losers from this are going to depend on who you attract and what happens when they come to your country. Now I've got far more here, than I could possibly cover in 10 or 15 minutes, so I am going to be picking and choosing.

First of all, some European countries – and Germany is among them – have proportionally as many immigrants as the United States. This is something, that I remember telling to some people from the Bertelsmann Foundation a few months ago and their jaws dropped. This includes in fact illegal migration into the United States. In Germany the foreign born population constitutes about 12,5% of the total population. In the United States it is about a little less. Why isn't it common knowledge? Because you have a concept of foreigners, which excludes the Aussiedler and the naturalized people. Here you have admitted 2 ½ million Aussiedler into Germany over the last 15 years.

Secondly, migration policy is not just about welcoming immigrants, that's certainly a necessity, making the most of their talents, but it is also about managing migration movements. I think it was Mr. Krishnan, who said that open borders are not here yet. I think that is the case, unless you are in a situation, where you can convince your population that the movements of migrants are under control. I think it is clear, that in many OECD countries you are in trouble.

Now the link between globalization and migration arose in the context of highly skilled migration: recruitments and transfers among multinationals, IT-specialists, movement of researchers, PhDs, increases of international students. This is, if you want, the fancy migration movement. And everybody wants this kind of migration, there is no de-



Georges Lemaitre

bate about it. There is debate only in the sense of its impact on developing countries. Of course, it may be detrimental to the sending countries. But it is not necessarily the kind of migration that a lot of countries are getting or needing. The numbers are quite small, compared to family migration, even humanitarian and other types of movements.

Does globalization concern all kinds of migration? It has all been there, but I think it does, because there are now higher possibilities for international travel. There are certainly very cheap means of cross-border communication and migration networks have become very efficient in exploring ways of entering OECD countries. For example, when Australia put hairdressing on its list of shortage occupations a whole bunch of students from Muslim countries studying in Australia immediately changed their specialty to try to get into hair dressing, because this is viewed as a way of getting into Australia. So, migration networks have become very, very good.

Now, what are the reasons behind current developments in the areas of migration? Looking at the past 15 years, there have been a lot. First of all, mobility by formerly restricted populations. People behind the iron curtain, people in China. The use of asylum seeking as a means of entry. This is not necessarily a positive development. Asylum seeking was developed at a time when there was very restricted movement and there needed to be a way for people to remain in receiving countries when they were fleeing persecution. Now it is being used by all kinds of people trying to enter and probably at the expense of people, who are really fleeing persecution.

There has been a huge increase in refugees and movements as a result of civil wars and civil ethnic conflicts. Irregular migration has increased, because of little possibility of movement into many OECD countries. This consists of two things. Illegal entry, which

everyone tends to focus on – people coming in boats, through forests, crossing borders – but overstaying is underemphasized. People coming in by legal means and then are simply staying. New forms of mobility like international study or service provision are increasing substantially. Working holidays are a new method of movement invented by Australia, trying to encourage young people to come in for a year or two, take a holiday in Australia and allow them to work at the same time. Down the line the thinking is that who travels are very highly educated young people who will take a liking to Australia and then will stay. There are many new countries of immigration: Southern Europe, Ireland, Finland, Central Europe, Japan, Korea and of course new countries of emigration all over the world. One unfortunate development are very deteriorating outcomes for immigrants and their children in many OECD countries. I might get into that if we have time and perhaps related to this growing xenophobia in a lot of receiving countries.

Another development everyone knows about is the huge demographic imbalance between developing countries and OECD countries, where fertility rates are low. Germany's population would be declining for the last 20 years were it not for migration. And there is in fact a declining interest in OECD countries in technical occupations and trades, science, construction, plumbing etc.

Let's talk a bit about the impacts on sending and receiving countries. There is a classical brain drain. It was said, that the debate on this has changed a bit. People are now talking about the benefits for sending countries. But the conventional wisdom – and you still hear this to a certain extent „good for receiving countries, bad for sending countries” – has muted a bit, because of remittances and because of certain examples of certain countries. There is also low skilled migration with a huge surplus of this type of workers in developing countries. What are the require-

ments in OECD countries? At the OECD we recently created a database based on censuses from all OECD countries and now we are able to identify migration from any country on the globe to the OECD area. We can do this by educational attainment. We are now getting some firm data on the extent of movement of migrants and highly qualified people from various countries around the globe. Some general figures on this: 40 % of migrants from Asia into OECD countries have a university qualification, Africa at its highest 26 %. Curiously enough within the OECD zone itself, it is only about 22 % of migrants having a university qualification. But there are reasons for that and the two reasons are, that Mexico and Turkey happen to be part of the OECD. If you put those two countries aside, you are up to about 35%. So no matter where you look, migration from anywhere in the world into OECD countries tends to be fairly highly qualified.

The fact that migration is highly qualified doesn't mean that OECD countries are necessarily draining. Because it depends on how many people are left behind. And here we have some numbers, looking at the expatriation rates. How many people, let's say from India, with university qualifications are in OECD countries as a function of the total number of people with university qualifications born in India? We don't have a full picture, because we don't have migration from India to the non-OECD world. The OECD right now has little over 3 % of the university graduates born in India and living in OECD countries. China is about the same, Bangladesh is about 2 %, Thailand 2 %, from Germany 5,5 % of university graduates live in other OECD countries. So these are interesting numbers, but this is the low end of the spectrum. I also have the high end here for you: 82 % of the persons born in Jamaica that have a university degree are living in an OECD country, from Haiti 78 %, from Mozambique 47 %, from Ghana 46 %, from Uganda 36 %. And we even have an OECD country in there: 27 % of university gradu-

ates born in Ireland are now living in other OECD countries. This gives you an idea of the extent of expatriation.

Despite a huge variation in expatriation rates across countries we see that in virtually every country expatriation is characteristic of highly qualified people. You have an overrepresentation of persons with tertiary degrees. This is classical migration theory: the demand is there and those people generally have the means to migrate. Then you see some OECD countries loose more than some so-called developing countries. But it is true that there are compensating effects for OECD countries. Germany for example loses 5,5 % of its university graduates to other OECD countries, but it gains more than that from the rest of the world. Virtually all OECD countries are net gainers. What they lose to other OECD countries they make up in entries from the rest of the world.

How do we look at brain drain and brain gain? There is a whole number of ways you can look at this. A very narrow way perhaps is a funding perspective. Who is paying for the education? Is it the expatriate him or herself? Why shouldn't they move? Do they have that right? Is it the host country? Is it the country of origin? These are questions we don't really have that much information about. You can look at this from a broader development perspective, which is: there is some talent lost in the country of origin, regardless of who pays, so there is basic human capital lost. You can look at this from an efficiency perspective. Is expatriation an optimal use of human resources? That maybe over the planet, but it certainly is not for sending countries. When you look at this perspective, you need to consider a number of things. The choice of field of study quite often dictates a migration decision. If someone from Angola studies nuclear physics you can be sure that this person is not going to be staying in Angola. Now they may be studying this in an OECD country. So there may be limited possibilities in the home labour market. Should they stay there and de-

velop it? Should this be encouraged? These are all questions that we need to consider. Even if the people leave to come to an OECD country, are they necessarily working in their field of study? When you talk about optimal allocation, that may not be an allocation to have somebody with a high level of education, not occupying a job for which they were trained.

If you look at the expatriation numbers in general and try to characterize the countries that expatriate a lot of their university graduates without even considering the political situation in the country, without considering any incentives, whether or not they pay for it themselves, you first of all come up with the fact, that they generally are countries of small populations. Secondly islands. Third, countries that have a low level of tertiary attainment in general. And fourth, countries where English is an official language. Quite clearly the main receiving countries happen to be English speaking. So you do have certain small countries, islands, countries with low attainment, which suggest that you may be dealing with situations where the opportunities in the home country may be limited. This has certain political and policy implications. You may want to consider the example of the Caribbean as a strong argument for some sort of regional integration. You need a critical mass of people of a certain level of education in order to get some sort of take off going. If you add in other types of things, if you look at the region of origin – Africa, Caribbean – curiously enough, after you have taken account of the others, those things don't have any significance any more. GDP per capita didn't show up statistically as being terribly important, trade openness neither. So we were a bit surprised by all of this, that those three mechanical indicators count for about 40 to 50% of differences in expatriation rates across countries.

When is expatriation pernicious? If you put this in a broader context, it is when expatriation undermines the ability of sending

countries to develop their own human capital. If you take that ability away then clearly expatriation is very pernicious. In some countries this is clearly the case with medical personnel. Teachers are another example. You also have to look at, what the situation is in the domestic labour market. A lot of the sending countries don't want to put restrictions on their people. In some countries restrictions have been there for a long time and when things are opening up the last thing they want to do is control movements. But we must realize that in certain cases it can be detrimental. There is also the notion, that if people leave, that encourages the people back in the country of origin when they see the rewards which people are getting from high educational attainment, they will tend to invest in educational attainment so that expatriation by some people results in an increase of investment in human capital by the people staying behind. That is a rather tortuous argument and I am not sure that it really holds up.

So what are the policies of receiving and of sending countries to deal with this. Commonwealth countries have put together a code of conduct with respect to recruitment of medical personnel. It is a voluntary code of conduct. In the United Kingdom it works for the public part of the medical health system, but it doesn't work at all for the private part. The Commonwealth countries have signed this and thus have agreed not to actively recruit from any country that does not agree with the recruitment of medical personnel. Another example is offshore education and training. If you cannot get nurses in your own country, why not train them in the country of origin? That may seem a lot, but one region in Italy for instance is doing this. The region of Venezia actually trains people in Italian language and in nursing in Romania, before bringing them to Italy. This is one possibility.

For sending countries in the developing world there is a strong argument to redirect some of the expenses and expenditures on

tertiary education to primary and secondary education. These are the areas that are under-funded in developing countries. And there tends to be an over investment in tertiary education. There is the possibility of introducing income dependent co-financing of education. Quite often the people with university degrees are part of the elite of the country. Australia has this means of financing tertiary education. It is essentially a loan. You only start reimbursing the loan, when your income reaches above a certain level and some people never reimburse. Now clearly if you expatriate and you are trained in the country of origin, that income level will be reached very soon. But the whole question of enforcement is a difficult one.

I want to emphasize in fact that this is an area which has been fairly long on rhetoric but short on empirical results. I would encourage you to look at the OECD site. We have a paper that covers this in some detail. The data base is available for everyone. We are going to expand this now, we are going back to countries for asking them in what areas are people working? What is their field of study? So we are going to be able to be in the position to say much more precise things about expatriation than we have been able to say in the past anecdotally. Thank you very much.

Moderator

Es ist schon erstaunlich, dass wir uns von der OECD sagen lassen müssen, wie viel *foreign born* in Deutschland leben, weil wir in unserer Statistik nur die Ausländer zählen und nicht die Migranten. Ebenso erstaunlich ist, dass diese Zahl genau so hoch liegt wie in den USA. Ich glaube, viele wissen nicht, dass wir zahlenmäßig ein ebenso großes Einwanderungsland wie die Vereinigten Staaten sind. Wir haben eine Menge positiver und negativer Aspekte der Migration gesehen. Das bekannteste Beispiel, in dem offenbar ein Herkunftsland von der Migration der eigenen Hochqualifizierten profitiert hat, ist die Wanderung der IT-Spezialisten aus Indien und aus anderen asiatischen Ländern in

die USA. Wir haben dann etwas spät versucht, das mit der Green Card nachzuahmen. Darüber hat Herr Dr. Hunger besonders intensiv geforscht, und ich hoffe, dass er uns jetzt die Ergebnisse seiner Forschungen mitteilen kann.

Dr. Uwe Hunger, Universität Münster

Vielen Dank, sehr gerne. Ich möchte einen Aspekt in den Vordergrund stellen, von dem ich denke, dass er insbesondere in diesem Hause und auch auf deutscher Seite von großem Interesse ist und zwar der Beitrag der deutschen Entwicklungshilfe für dieses Beispiel des brain gain in Indien. Das ist ein Aspekt, der eigentlich gar nicht so bekannt ist, aber man könnte formulieren, dass die ganze Aufschwunggeschichte in Indien mit der Unterstützung von indischen Bildungseinrichtungen durch deutsche Entwicklungsgelder begonnen haben könnte. Und zwar ist das Indian Institute of Technology in Chennai, früher Madras, mit großer Hilfe deutscher Gelder aufgebaut und unterstützt worden. Es ist heute ein weltweit anerkanntes Institut zur Ausbildung von Spitzentechnologen, Informationsspezialisten und Software-Entwicklern. Man kann sagen, das IIT in Chennai ist die Antwort Indiens auf das amerikanische MIT in Cambridge. Eine große Anzahl von gut ausgebildeten Spezialisten stammt von diesem IIT, aber auch von anderen Spitzen-Institutionen in Indien. Sie werden weltweit nachgefragt, nicht zuletzt auch in Deutschland, mit der eben schon angesprochenen Green Card. Mit diesen Investitionen in das indische Bildungssystem hat es Indien geschafft, dass es heute über das zweitgrößte englischsprachige Fachpersonal im Bereich Technik und Software-Entwicklung in der Welt verfügt.

Hier hat also die deutsche Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle gespielt und sich natürlich auch Verdienste erworben. Allerdings würde ich sagen, dass die deutschen Entwicklungshilfegelder in dem Bereich einen sehr langen und sehr weiten Weg genommen haben um tatsächlich letzten Endes auch die Wirkung für Indien zu erzielen,



Dr. Uwe Hunger

denn viele dieser Absolventen des IIT Chennai, aber auch anderer Institutionen sind nicht in Indien geblieben, sondern sind ausgewandert, vor allen Dingen in die USA, und das zu großen Zahlen. In Spitzenzeiten, Ende der 90er Jahre, sind bis zu 100 000 indische IT-Spezialisten in die USA eingewandert, während in Deutschland mit der Green Card der Versuch gestartet wurde, innerhalb von drei Jahren 20 000 IT-Spezialisten weltweit anzuwerben, die aber letzten Endes nicht gekommen sind.

Deswegen möchte ich die erste etwas zuge-spitzte These formulieren, dass von den deutschen Entwicklungshilfe-Geldern in erster Linie die USA profitiert haben. Man kann sagen, dass der Boom in der Software-Industrie im Silikon Valley in den USA insgesamt sehr stark von deutschen Entwicklungshilfe-Geldern subventioniert worden ist, denn die USA haben sehr massiv von der Einwanderung Hochqualifizierter profitiert. Ich habe eben die Zahl für indische Spezialisten genannt, es sind aber auch sehr viele hochqualifizierte Spezialisten aus Taiwan, aus China und natürlich auch deutsche Spezialisten in die USA eingewandert. Der ökonomische Boom der Clinton-Administration ist sehr stark über Einwanderung initiiert worden ist. Herr Mundt hat gestern schon einige Zahlen für den Boom im Sili-

kon Valley genannt. Jedes vierte Software-Unternehmen in der Zeit von 1998 bis 2000 wurde von Einwanderern gegründet. Und das waren keine kleinen, unwichtigen Unternehmen. Ein Unternehmen wie Yahoo ist schon erwähnt worden. Die Liste ließe sich beliebig fortführen. Ein weiteres Beispiel ist auch die Zahl von amerikanischen Nobelpreisträgern, die Einwanderer in den USA sind.

Ich komme jetzt aber zu meiner zweiten These und sage, dass dieser durchaus massive *brain drain* aus Indien in die USA, der nicht nur in den 90er Jahren stattgefunden hat, sondern schon in den 60er, 70er Jahren begonnen hat, heute eine wichtige Basis für die Entwicklung Indiens darstellt. Sie wissen, dass in Indien eine neue Aufbruchstimmung herrscht. Das Land hat, ich glaube im letzten Jahr, verkündet, auf internationale Entwicklungshilfe zu verzichten. Es beginnt selbst, andere Länder zu unterstützen, etwa die Nachbarländer, beim Umgang mit den Folgen der Tsunami-Katastrophe. In dem Land gibt es großen Optimismus und die Hoffnung, dass es jetzt gelingt, eine positive Entwicklung in Gang zu setzen. Eine Schlüsselrolle in diesem Prozess spielt hier die Software-Wirtschaft. Es ist eine der wenigen Branchen in Indien, die international wirklich wettbewerbsfähig ist und die dort deutliche Zeichen von Modernisierung und Entwicklung darstellt. Natürlich hat das Land weiterhin große Probleme, aber dennoch sind gleichzeitig hohe Wachstumsraten in der Software-Industrie da. Es sind fast alle großen Software-Unternehmen in Indien vertreten. Microsoft und SAP bauen in Bangalore und Hyderabad, und zwar in einem Standard, wie man ihn sonst nur aus Industrieländern kennt.

Das Interessante dieser Entwicklung ist, dass genauso wie jedes vierte Software-Unternehmen Ende der 90er Jahre in Silicon Valley von Einwanderern gegründet wurde, jetzt nahezu jedes zweite Software-Unternehmen in Indien von den ehemaligen Auswanderern aus Indien in die USA gegründet

oder gemanagt wird. Das sind die so genannten *non-resident Indians*, die in den USA sehr erfolgreich waren und dann teilweise nach Indien zurück gegangen sind, um dort diese Software-Unternehmen zu gründen, die jetzt mittlerweile schon einen beachtlichen Weltmarkt-Anteil erwerben konnten und auch weiterhin erwerben wollen. Natürlich ist es so, dass dieser Aufschwung der Software-Industrie nicht allein auf die Zuwanderer oder auf die Rückwanderer zurück geht. Vielmehr ist es eine Konstellation, die sich Beginn der 90er Jahre ergeben hat, dass die indische Regierung von ihrem alten Konzept der autozentrierten Entwicklung abgerückt ist und ihr Land für Investitionen geöffnet, die Märkte liberalisiert und auch Anreize geschaffen hat, insbesondere für die *non-resident Indians* im Land zu investieren und dort wirtschaftlich aktiv zu werden. Diese Situation haben die indischen Eliten in den USA genutzt und massive Vorteile steuerlicher und anderer Art wahrgenommen und damit diesen positiven Prozess in Indien in Gang gesetzt. Aber ich würde behaupten, dass diese Reformen in Indien nicht den Erfolg gehabt hätten, wenn nicht die *non-resident Indians*, diese Migrantenrückwanderer, die nur teilweise nach Indien zurück gehen, teilweise auch noch in den USA bleiben und eine Zweitniederlassung in Indien gründen, dazu beigetragen hätten. Das zeigt sich an der hohen Zahl von Unternehmern aus dieser Gruppe, aber auch die enorme Bedeutung des US-amerikanischen Marktes für die indische Software-Industrie, die weitgehend vom Export lebt und die weitgehend über persönliche Kontakte der Migranten vermittelt wird.

Das bringt mich zu meiner dritten These, die ebenfalls etwas zugespitzt ist, aber vielleicht doch helfen kann, die Zusammenhänge zu verdeutlichen, dass Migrationspolitik im Grunde genommen die wichtigere Entwicklungspolitik war oder ist. Ich denke, das kann man zumindest in einem gewissen Grade für Indien feststellen, denn ich würde behaupten, dass bei aller Bedeutung der Investitionen in das Bildungssystem, die auch

mit deutscher Unterstützung stattgefunden haben, die Rolle der amerikanischen Migrationspolitik doch bedeutender ist. Ich habe eben dargestellt, dass eigentlich erst über dieses Zusammenspiel des Know-hows, des Kapitals, auch die Motivation der *non-resident Indians* in den USA und somit dieser Entwicklungsprozess in Indien so stark angestoßen worden ist. Die Migration hat die Netzwerke gebracht, die diese Exporte und Investitionen ermöglicht hat. Änderungen zur Modernisierung, Strukturänderungen im indischen Wirtschaftssektor wurden sehr stark von *non-resident Indians* angestoßen und unterstützt. Wichtige Branchenverbände wurden unter Beteiligung der *non-resident Indians* ins Leben gerufen und sie tragen sehr stark dazu bei, dass sich auch die Strukturen in Indien ändern. Und nicht zuletzt bedeutet auch die Möglichkeit zu Migration, in die USA oder in andere westliche Industrieländer zu gehen, eine sehr große Motivationsquelle in Indien. Heute reden indische Familien darüber, dass sie all ihr Geld in die Bildung ihrer Kinder investieren wollen, damit sie die Chance haben, entweder ins Ausland zu gehen oder eben auch im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in Indien eine gute Stellung zu finden. Das hat, denke ich, sehr stark mit dieser systematischen Zusammenführung von Migration und Entwicklungsprozessen im Heimatland zu tun. Insofern hat die deutsche Entwicklungspolitik mit der Unterstützung der Bildungseinrichtungen eine wichtige Rolle gespielt, aber sicherlich ganz anders als man am Anfang gedacht hat. Die USA haben sehr stark von dieser Migration profitiert, während Deutschland eigentlich bis vor kurzem eine starke Anti-Nichteinwanderungsdoktrin und eine Anti-brain-drain-Doktrin vertreten hat und die Absolventen des IIT in Chennai eben nicht nach Deutschland, sondern in die USA gegangen sind.

Da stellt sich heute die Frage, ob das noch zeitgemäß ist und hiermit komme ich zu meiner vierten und letzten These, die vielleicht die gewagteste ist, denn wenn man diesen Gedankengang auf die Spitze treibt,

würde ich formulieren, dass die Migrationsbeziehungen zu Ländern wie Indien oder auch China zukünftig vielleicht viel wichtiger für ein Land wie Deutschland sind, als für die Länder selbst. Da möchte ich ein bisschen an den indischen Optimismus anknüpfen, denn Indien sieht sich heute ganz klar auf dem Weg zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt. Man sieht sich als stärksten Konkurrenten zu China oder Japan. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann man Japan ablöst. Es geht nur darum, wer ist jetzt stärker, China oder Indien? Und da sieht man ein ganz großes Plus in der demographischen Entwicklung im Lande. Indiens Bevölkerung, so wird geschätzt, wird bis zum Jahr 2040 auf 1,6 Milliarden Menschen anwachsen. Das sieht man in Indien als demographische Goldmine an, weil man erwartet, dass es weiterhin sowohl günstige Arbeitskräfte als auch eine sehr große Zahl von sehr gut ausgebildeten Fachleuten geben wird, die auch sehr motiviert sind. Und man sieht sich tatsächlich auf dem Weg, ein ganz zentraler, globaler Produktionsstandort in der Welt zu werden, der auch zu einer ernststen Konkurrenz für Europa und auch für Deutschland werden soll und vielleicht auch werden wird. Und wer hätte das gedacht als man vor vielen Jahren entschieden hat, das IIT in Chennai mit deutschen Entwicklungshilfegeldern zu fördern? Vielen Dank.

Moderator

Eigentlich freut man sich ja immer über Erfolgsmeldungen in der Entwicklungspolitik. Über diese vielleicht nicht so ganz, weil man nicht das Ziel hatte, die USA in dem ersten Schritt zu unterstützen. Übrigens haben wir es mit den ausländischen Studenten ganz ähnlich gemacht. Die durften, nachdem sie ihr Studium absolviert hatten, nicht hier bleiben und arbeiten. Die Idee war, gerade bei Studenten aus Entwicklungsländern, dass sie in ihre Heimat zurückkehren, was sie aber nicht taten, sie gingen nach Kanada, in die USA, jedenfalls die Besten, und nach Australien. Und das war auch ein wirtschaftlicher Beitrag Deutschlands für die USA.

Wir haben gesehen, dass Indien ein hervorragendes Beispiel ist, wie man von Migration profitieren kann. Das große Nachbarland von Indien, China, ist auch auf wirtschaftlichem Gebiet sehr erfolgreich. Ein Wachstumsengpass sind dort immer noch die vielen fehlenden Fachkräfte. Neulich hat man von einer großen Aktion gehört, in der ausländische Fachkräfte für chinesische Unternehmen von überall her angeworben worden sind. Herr Dr. Qian, Sie sind eine solche hochqualifizierte Fachkraft. Werden Sie eigentlich von Ihren Kollegen aus China bedrängt, möglichst bald wieder zurück zu kommen? Und wie ist das mit Ihren chinesischen Landsleuten hier in Deutschland? Berichten Sie uns doch darüber.

Dr. Yuejun Qian, Gesellschaft der chinesischen Studenten und Wissenschaftler in Deutschland

Guten Tag, meine Damen und Herren. Ich kann bei dieser Gelegenheit kurz als Beispiel von der chinesischen Diaspora in Deutschland berichten. Am Ende der 70er Jahre hat China eine wirtschaftliche Reform durchgeführt und damit hatten die Chinesen überhaupt erstmals die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen und die ersten Gruppe, die dies tat, waren die Studenten.

Ich glaube, 1980 ist die erste Gruppe überhaupt nach Deutschland gekommen, um hier zu studieren. Dann wuchs die Anzahl stetig. In den 80er Jahren sind chinesische Studenten nach Deutschland gekommen, nicht nur um zu studieren, sondern auch um zu promovieren. Das waren über 70 % der chinesischen Studenten in Deutschland. Die meisten Studenten haben Geisteswissenschaften oder Naturwissenschaft studiert. Da haben sie hier in Deutschland ganz wenig Chancen, einen Job zu kriegen und sind dann meistens wieder nach China zurückgekehrt. Dort sind viele inzwischen schon Professoren an den Universitäten. Es war also auch sehr wichtig für China. Andere, ganz wenige, sind weiter nach Amerika gewandert, weil z. B. gerade in den Naturwissenschaften, in Biologie oder Chemie



Dr. Yuejun Qian

man hier überhaupt keinen Job kriegt, aber dort drüben eine gute Nachfrage besteht. Allerdings sind Studenten, die Ingenieurwissenschaft studiert oder darin promoviert haben, hier sehr gefragt und deshalb bleiben viele weiterhin in Deutschland.

In der Industrie gibt es grundsätzlich zwei Arten von Ingenieuren, einmal der Konstrukteur, der ein Produkt entwickelt und konstruiert. Als Konstrukteur braucht man nicht nur fachliche Kenntnisse, sondern auch Kommunikationskompetenz mit Lieferanten, Kunden und Kollegen in anderen Bereichen. Dann entwickeln sie ein Produkt, aber dabei werden immer Probleme auftauchen, die von solchen Konstrukteuren nicht gelöst werden können. Und dann brauchen sie Spezialisten, an die man andere Anforderungen hat. Das heißt, sie brauchen keine Kommunikationskompetenz, sondern sehr tief gehende mathematische und physikalische Kenntnisse. Gerade in diesem Bereich haben die deutschen Absolventen große Schwächen gezeigt. Von hundert Ingenieuren ist es wirklich schwer, einen zu finden, der eine ganz einfache Differentialgleichung lösen könnte. Für Chinesen ist dies dagegen einfach.

Vor kurzem wurde sehr viel über die Hochschulpolitik und Eliteuniversitäten diskutiert. Aus meiner Sicht, liegt das Problem nicht an der Qualität der deutschen Universitäten, sondern an der Qualität des deutschen Abiturs, das ganz schlecht ist. Und deshalb sind Spezialisten gerade in diesem Bereich eine Marktlücke. Deshalb ist es auch eine große Chance für Chinesen. Bis jetzt, so habe ich gehört, sind Chinesen in der Industrie meistens in Forschung und Entwicklung angestellt. Ich habe jedoch noch nie gehört, dass ein Chinese als Konstrukteur oder als Manager eingestellt wurde.

Diejenigen die hier geblieben sind, haben trotzdem ihren Kontakt zu China nicht verloren. Chinesen haben immer sehr viel Kontakt zu der Universität oder Schule in der Heimat. In China gibt es ein altes Sprichwort, das lautet: Wenn man bei einem Lehrer nur einen Tag gelernt hat, dann sollte man diesen Lehrer lebenslang als Vater behandeln. Das ist eine Art Tradition und deshalb ist man lebenslang mit der Schule oder mit der Universität, die man besucht hat, verbunden und man unterstützt sie sehr gerne.

Aus diesem Grund gibt es hier in Deutschland z.B. immer das Thema brain drain oder brain gain. Hier ist es so, dass wenn die Studenten eine Universität verlassen haben, dann hat die Universität sie für immer verloren. Auch ein Professor, wenn er einen Job in Amerika annehmen würde, ist für die Universität oder sogar für Deutschland für immer verloren. Deshalb wird hier immer diskutiert, wie man bessere Bedingungen schaffen kann, damit dieser Professor doch hier behalten werden kann. Das ist in China oder sogar in ganz Asien nie zum Thema geworden. Die Universität freut sich und ist auch sehr stolz darauf, dass ihre Absolventen weltweit verstreut sind, weil die Universitäten sehr viel von ihren Absolventen profitieren. Früher, als China noch geschlossen war, kriegten die Universitäten viele staatliche Projekte von den Großunternehmen, meistens durch ihre eigenen Absolventen.

Umgekehrt profitieren die Absolventen auch von der Universität. Durch die Beziehungen mit der Universität haben sie wieder andere Absolventen von dieser Universität aufgenommen und die Universität hat sich sehr oft auf ihre Politik ausgewirkt, damit die Absolventen später auf politischer Ebene erfolgreich sind. Der Rektor hat also alles daran gesetzt, damit seine Absolventen später Karriere machen konnten. Jetzt, 20 oder 30 Jahre später, sieht man, dass der jetzige Staatspräsident von einer bestimmten Universität kommt und auch der Kanzler und der Vorgänger des Kanzlers, usw.. Wenn ich in Deutschland bleibe, dann ist das ein Stützpunkt für die Universität. Sie kann durch mich weitere Kontakte mit der deutschen Universität, mit deutschen Professoren knüpfen. Wenn ein Kollege aus China, den ich vielleicht gar nicht kenne, kommt und mich besucht, dann betreue ich ihn auch. Deshalb ist die Universität stolz darauf, dass die Absolventen so international sind. Inzwischen ist es in China aber auch so, dass wenn eine Universität von vielen Studenten besucht wird, dann wird auch mehr kassiert. Deshalb ist bei der Bewerbung der Ruf wichtig, also sagen zu können, dass die Absolventen nicht nur in ganz China, sondern in der ganzen Welt verstreut sind und auch diese Universität besucht haben.

Eine andere Gruppe besteht aus Geschäftsleuten. Das heißt, dass die wirtschaftliche Reform nicht nur zur Wanderung der geschäftlichen Kultur in China führt, sondern vielmehr zu einer Wanderung der ganzen Gesellschaft. Heutzutage ist China dynamisch geworden, alle reden nur über Geschäft. Wenn ich China besuche oder meine Landsleute mich in Deutschland besuchen, sprechen sie mit mir nur über Geschäfte, ob es möglich wäre, dass sie Geschäfte anknüpfen könnten und sie kriegen Provision, usw. Also geht es nur darum, obwohl ich überhaupt kein Interesse und keine Zeit dafür habe. Aber die Leute sagen, es ist nötig Geld zu verdienen und deshalb spricht das ganze Land jetzt nur über Geschäfte.

Gerade bei der Einführung der Marktwirtschaft in China entsteht eine große Marktkonkurrenz und alle wollen überleben. Da gibt es sehr viele staatliche und auch private Unternehmen. Und gerade jetzt können sie mit der Hilfe einer solche Diaspora im Ausland an den internationalen Markt anschließen. Das ist noch viel günstiger für eine Firma, weil man jetzt sagt „Made in China“ ist billig, was aber im Vergleich zu den Preisen in China schon viel teurer ist. Und deshalb könnten sie, wenn sie Produkte ins Ausland exportieren können, noch viel mehr profitieren als nur in China, als nur im heimischen Markt zu verkaufen.

Um Fuß im Ausland zu fassen, brauchen sie Unterstützung und Stützwerke. Deshalb hat die chinesische Diaspora im Ausland in kurzer Zeit ein internationales Netzwerk aufgebaut. Gerade mit der Unterstützung von den Migranten im Ausland haben solche chinesische Unternehmen Handelsunternehmen im Ausland gegründet und natürlich haben die chinesischen Migranten im Ausland davon auch profitiert. Sie sind erste Geschäftspartner von chinesischen Unternehmen in China und sehr viele leben davon. Dabei wird auch die Dienstleistungsbranche aufgebaut. Jetzt besteht die zweitgrößte Branche von Chinesen in Deutschland aus Reisebüros, die Reisen von chinesischen Delegationen nach Deutschland organisieren, gefolgt von Übersetzungsbüros.

Sehr wichtig ist natürlich auch das Consulting. Ende der 70er Jahre hatte VW als erste Automobil-Firma in China investiert und dann wurden auch in China VW Autos gebaut, was zur Folge hatte, dass die ganze Autozubehör-Branche nachgekommen ist. Deshalb brauchten sie zu dieser Zeit dringend chinesisches Management, das sowohl die chinesische Kultur, als auch die deutsche Kultur sehr gut kennt. Gerade die Studenten, die in den 80er Jahren nach Deutschland gekommen waren, wurden zu dieser Zeit sehr nachgefragt.

Anfang der 90er Jahre gab es eine Wirtschaftskrise in Deutschland und viele große Unternehmen haben nur chinesische Studenten nachgefragt, brauchten auf einmal zehn oder zwanzig Stück, manche als Reserve. Das war so ein Prozess und deshalb sind sie inzwischen meistens in Deutschland noch mal zwei bis drei Jahre in den Unternehmen ausgebildet worden und dann häufig als Geschäftsführer einer Niederlassung dieser Unternehmen in China, nach China geschickt worden. Viele mittelständische Unternehmen hingegen wollten auch in China Fuß fassen und suchten deshalb Consulting Firmen. Diese Consulting Firmen werden meistens von Chinesen geleitet, die hier studiert haben und die nach China gekommen sind und dort Joint-Venture gegründet haben. Da haben die Unternehmen gedacht, so ein Prozess kann viele Jahre dauern und dieser Chinese betreut die ganze Zeit das Projekt und da wäre es doch am besten, dass er Geschäftsführer von dem deutschen Unternehmen in China wird. Deshalb muss man sagen, haben beide Seiten, sowohl chinesische als auch deutsche Unternehmen, von den chinesischen Migranten in Deutschland sehr stark profitiert. Aber für solche Migranten ist ein abgeschlossenes Studium sehr wichtig, damit man überhaupt eine Chance hat.

Moderator

Es lohnt sich eben wirklich, mit den Betroffenen zu sprechen, weil man da ein sehr plastisches Bild vom Nutzen der Migration für die unterschiedlichen Beteiligten bekommt.

Zum Schluss Herr Over. Ich habe neulich die Gelegenheit gehabt, Sie bei einer Konferenz der Humboldt-Universität in Berlin zu hören. Da ging es um den Kampf um die besten Köpfe. Dort waren die Klagen über den Verlust deutscher Fachkräfte groß. Ich habe bei dieser Konferenz nie gehört, dass es auch ein Vorteil sein kann, dass ein Wissenschaftler der Humboldt-Universität nach Berkeley geht und dann von dort die Kontakte zwischen Berkeley und der Humboldt-Universität pflegt, sondern es gab nur dieses Lamen-

to über den Schwund deutscher Wissenschaftler. Herr Over, erzählen Sie uns etwas über diesen Schwund und vielleicht auch ein bisschen darüber, warum man nur darüber klagt und nicht, wie in Indien und China, auch Nutzen aus diesen Netzwerken entsteht, wenn sie denn entstehen. Herr Qian sagte ja, vielleicht entstehen sie in einer deutschen Gesellschaft gar nicht.

Albert Over, Gesellschaft für Empirische Studien Kassel

Herr Mundt, recht herzlichen Dank. Die Klagen nehmen in der Tat zu. Die Frage ist, warum und weshalb, denn ein statistischer Beleg für die Abwanderung Hochqualifizierter aus Deutschland heraus ist eigentlich noch nicht geführt worden. Wir kennen aus der Tagespresse, aus verschiedenen Sendungen, die deutschen Nobelpreisträger in den USA. Jeder in deutschen Universitäten, in deutschen Forschungsinstituten kennt den einen oder anderen, der in die USA abgewandert ist, wobei Abwanderung so ein merkwürdiger Begriff ist. Derjenige kann nämlich auch wiederkommen. Auf der anderen Seite, wenn wir uns die vorliegenden Statistiken ansehen, finden wir keinen Beleg für eine in der Tat signifikante Größenordnung von abwandernden Deutschen.

Es gibt verschiedene Gründe dafür, dass wir solche Daten über hochqualifizierte deutsche Wissenschaftler, die ins Ausland gehen, nicht haben. Da sind einmal die unzureichenden statistischen Erfassungsmodalitäten, beispielsweise dass bei der Ausreise natürlich nicht nach den Qualifikationen gefragt wird. Wir haben auch relativ wenig Informationen über die Dauer eines Auslandsaufenthaltes. Also jemand, der aus Deutschland weggeht, kann in zwei Jahren wiederkommen. Es gibt verschiedene Wege, die einfach in der Statistik gar nicht erfasst werden können.

Wir haben im Moment zwei große Projekte zu diesem Thema laufen. Das eine ist das OECD-Projekt und ein zweites gibt es von der Europäischen Union. Wir haben aller-



Albert Over

dings einige Anhaltspunkte, wie das denn mit dem brain drain aus Deutschland aussieht. Wir haben die Wanderungsbilanzen des Statistischen Bundesamts, wir haben die Labour Force Statistik. Das ist alles ein bisschen schwierig, weil da wie gesagt die entsprechenden Qualifikationskriterien nicht erfasst worden sind. Wir haben vor Jahren ebenfalls in Kassel eine Sonderauswertung über das europäische Statistikbüro EuroStat gemacht, haben in den OECD-Ländern und in EU-Ländern nachgesehen, wie viele Personen aus welchen EU-Ländern in jeweils anderen sind. Und da kam letztlich heraus, dass die Deutschen doch recht immobil sind, das heißt, dass von einer statistisch signifikanten Abwanderung Deutscher ins Ausland nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil, im Vergleich mit Luxemburg – vielleicht ist das kein so gutes Beispiel weil Luxemburg etwas klein ist – aber mit anderen OECD-Ländern, sind die Deutschen absolut oder zumindest doch relativ immobil. Die Klagen über den *brain drain* aus Deutschland heraus sind also nicht unbedingt gerechtfertigt. Deutschland ist doch ein Netto-Importland für Hochqualifizierte.

Die Diskussion hier in Deutschland wurde angeheizt von einer Studie des Bundesministerium für Bildung und Forschung vor drei, vier Jahren von Büchtemann, der fest-

stellte, dass in den USA doch erhebliche Mengen von hochqualifizierten Deutschen seien und in der gesagt wird, dass das ein immenser Verlust ist. Ein Verlust auch insofern, als die Anzahl der dort tätigen hochqualifizierten Deutschen im Wissenschaftsbereich mit ähnlich positionierten Deutschen in Deutschland an Universitäts- und Forschungseinrichtungen verglichen wurde. Da wurde gesagt, wenn man das vergleicht, dann haben wir plötzlich 14 % der Deutschen, die im Ausland sind. Die Fußnote, die auch Büchtemann sehr korrekt angebracht hat, nämlich dass die meisten wieder zurückkommen – es handelt sich um postdocs und so weiter und so fort – ist häufig nicht gelesen worden. Das heißt letztendlich, dass man von brain drain in Deutschland so nicht reden kann. Das wäre ganz einfach falsch. Dennoch denke ich, dass man damit die Sache nicht ad acta legen kann.

Wir haben vor etwa zwei Jahren eine große Untersuchung gemacht, indem wir zum einen deutsche Wissenschaftler im Ausland befragt haben und zum zweiten ausländische Wissenschaftler, die in Deutschland sind. Wir haben diese Leute gefragt, warum sie ins Ausland gegangen sind und haben sie auch gebeten, ihren jetzigen Arbeitsort im Wissenschaftsbereich zu qualifizieren, zu sagen welcher besser ist und was die Gründe dafür sind. Sprich, wir haben die Deutschen, die im Ausland sind, über ihren jetzigen Aufenthaltsort befragt und retrospektiv, was Sie denn über die deutsche Situation denken und umgekehrt. Verblüffend war, dass beide, sowohl die Deutschen im Ausland als auch die Ausländer in Deutschland relativ einheitlich über die Situation in Deutschland urteilten. Und da denke ich, muss man vielleicht einen kleinen Einschub machen oder auf zwei Dinge hinweisen. Man muss zuerst einmal erwähnen, dass wir in einer zunehmend wissensbasierten Gesellschaft leben, das heißt wirtschaftliche Entwicklung ist weitgehend abhängig von Wissenschaftlern, von hochqualifizierten Fachkräften. Deshalb müssen wir uns dar-

um bemühen, entsprechende Potentiale auszubilden. Zweitens, wir können einen zunehmenden Trend zur Internationalisierung und Globalisierung auch im Wissenschaftsbereich beobachten und wir haben einen internationalen und globalisierten Arbeitsmarkt für Wissenschaftler. Beides zusammen heißt, wir müssen versuchen, die besten Leute hier zu halten, hierher zu bekommen, ob das nun Deutsche oder Ausländer sind. Es müssten hier also ganz konkret entsprechende Arbeitsbedingungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich bestehen, die für Ausländer attraktiv genug sind hier zu sein.

Bei dieser Befragung kam nun heraus, dass der Wissenschaftsstandort Deutschland offensichtlich nicht so attraktiv ist. Sowohl die Deutschen, die jetzt im Ausland sind, als auch die Ausländer, die in Deutschland sind, sagten, dass die Zugangsbedingungen zum wissenschaftlichen Arbeitsmarkt ganz und gar nicht attraktiv sind. Es handelt sich um relativ starre Zugangsvoraussetzungen in diesem Arbeitsmarkt, denken Sie an die Habilitation, wo sich ja jetzt einiges geändert hat. Aber denken Sie auch an die Diskussion, die es darum gegeben hat. Es gibt einen starren Arbeitsmarkt insofern, als der Wechsel von Wissenschaftsinstitutionen zur Industrie und wieder zurück in Deutschland sehr schlecht möglich ist, im Gegensatz zu anderen Ländern, wo das durchaus geht. Wir haben weiterhin wenig attraktive berufliche Rahmenbedingungen. So wurde es auch in den einzelnen Untersuchungen ausgedrückt: unflexible Karrieremöglichkeiten im Wissenschafts- und Forschungsbereich. All das offensichtlich im Gegensatz zu manchen anderen Ländern.

Wir haben z. B. in dieser Untersuchung diese beiden Gruppen gefragt, wie sie die Rahmenbedingungen im Wissenschaftsbereich in Deutschland einschätzten. Da sagten 51 % der Deutschen im Ausland, dass sie dort, wo sie jetzt leben, kalkulierbare Karrierechancen hätten. Fragte man sie: „Glauben Sie, dass Sie die gleichen Karrierechancen auch

in Deutschland gehabt hätten, wenn Sie dageblieben wären?“, dann sagen nur 34 %: „Ja, das könnte sein“. 50 % der befragten Deutschen im Ausland berichten von guten Aufstiegschancen. Nur 22 % glauben, dass sie die auch in Deutschland gehabt hätten. Fragt man die ausländischen Wissenschaftler in Deutschland, so sagen etwa 57 %, dass kalkulierbare Karrierechancen für sie sehr wichtig seien. Aber nur 30 % glauben, dass das in Deutschland der Fall sei. 70 % halten gute Aufstiegsmöglichkeiten für wichtig, aber nur 30 % glauben, dass das in Deutschland der Fall sei. Das heißt, bei der internationalen Konkurrenz um internationale Wissenschaftler, um hochqualifizierte Fachkräfte ist Deutschland nicht sonderlich gut positioniert. Sprich, wenn wir im Moment noch nicht von einem brain drain sprechen können, so könnte das doch der Fall werden, wenn hier nicht entsprechende Änderungen schnellstens greifen.

Ich will noch kurz auf den anderen Aspekt Ihrer Frage zurück kommen. In der Tat, wenn Wissenschaft und Forschung jeweils globaler werden, ist im Prinzip die Frage, wo diese Wissenschaftler angesiedelt sind, relativ uninteressant. Wichtig ist nur, dass ein Netzwerk aufgebaut wird, durch das sozusagen das Entsendeland, also das Ausgangsland, wiederum profitieren kann. Sie haben das wunderbar geschildert. Bekanntermaßen funktioniert das so noch nicht in Deutschland. Wir kennen durchaus Wissenschaftler in Amerika oder anderswo, zu denen hervorragende Verbindungen bestehen, die auch weiter ausgebaut werden. Aber so systematisch passiert das nicht. Denken Sie an die Diskussion der deutschen Hochschulen über Alumni-Organisationen oder ähnliches. Deshalb würde ich dafür plädieren, den Begriff brain drain abzuschaffen. Es lohnt auch nicht, den mit brain gain oder brain circulation zu umschreiben. Ich würde von dem durchaus bekannten und eigentlich besseren Begriff „internationale Mobilität“ ausgehen, der die Situation auch wesentlich günstiger umschreibt. Dann müsste man auch zusehen, dass es

hier in Deutschland Bedingungen gibt, damit wir um die Besten konkurrieren können. Ich hoffe das wird gelingen. Danke.

Diskussion

Moderator

Vielen Dank Herr Over. Ich denke, in Anbetracht der vorgerückten Zeit verzichten wir auf einen nochmaligen Durchgang, obwohl natürlich die Frage des brain drain insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens und bei den Lehrern, wie sie ja schon im Anfangsreferat von Prof. Conell, aber auch in Ihrem Referat, Herr Lemaitre, vorkam, sehr wichtig ist. Ich denke, wir sollten jetzt die Fragen des Publikums beantworten. Da fangen wir mit Herrn Henning an.

Henning

Zum Thema Gesundheit, brain gain – brain drain, fiel immer das Beispiel der Philippinen. Ich war zufällig vor drei Wochen dort und habe tatsächlich die Möglichkeit gehabt, so ein ländliches Krankenhaus zu besuchen, wo von den vier Ärzten, die da waren, drei gesagt haben, wir gehen demnächst nach Australien. Die Verantwortlichen für das Gesundheitswesen in der Region dagegen waren ziemlich verzweifelt. Ich hatte ein paar Tage später die Gelegenheit, mit dem Gesundheitsminister zu sprechen. Der wusste um die Situation, aber den ließ das kalt, er sagte: „Bei uns haben wir eine Politik, die diese Art von Migration unterstützt, denn unsere ganze Volkswirtschaft ist letztlich darauf aufgebaut. Wenn man so will, sind die Krankenschwestern das einzige oder eines der wenigen Exportgüter, die wir haben und unsere Zahlungsbilanz ist deshalb im grünen oder im schwarzen Bereich, weil wir genau diese Migration haben.“ Dort wurde also der brain gain einfach anders bewertet. Interessanterweise gibt es dort mittlerweile – so wurde mir berichtet – eine japanische Initiative, eine Krankenschwesternausbildung für philippinische Krankenschwestern auf den Philippinen aufzuziehen, die gleichzeitig mit

japanischen Sprachkenntnissen verbunden wird, die einen Export dieser Schwestern ermöglicht, unter Vermeidung noch stärkerer Nachteile des brain loss. Es gibt also anscheinend doch Lösungen.

Shungu Tundanonga-Dikunda, Consultant

Ich habe den Eindruck, dass man sozusagen einen binären Ansatz der Problematik brain gain hat. Es geht jetzt nicht mehr darum, die geographische Grenze zu überschreiten, sondern es geht um die Elite, die Auslese. Sogar in Bananenrepubliken oder Diktaturen hat man heutzutage Elite-Kindergärten, Elite-Oberschulen, Elite-Gymnasien. Die Besten aus den südlichen Ländern bekommen Stipendien im Norden, um dort zu studieren. Die Besten promovieren und habilitieren. Wir sind in einem Stadium angekommen, wo die nationale Elite sowieso zur kosmopolitischen Elite gehört kennt. Migration spielt keine Rolle mehr.

Vor ein paar Monaten wurden hier in Berlin die Ergebnisse umfangreicher Studien zur Lage der Elite in Deutschland, die Begriffsdefinition diskutiert. Soll man in Deutschland Elite-Hochschulen wie in Frankreich haben? Warum gehen weltweit die Besten nach Amerika? Geht es darum, dass die Amerikaner bessere Forschungsmöglichkeiten haben, Finanzmittel unbürokratischer zur Verfügung stellen? Was bedeutet die Tatsache, dass 20 % der Forscher in Amerika deutsche Staatsbürger sind? Ich möchte dem, was unser Kollege aus China gesagt hat, etwas widersprechen. Wenn man ein ausländischer Student in Deutschland ist, war man oft ein sehr guter Schüler in seinem Heimatland oder ein sehr guter Hochschul-Absolvent. Zwar hat jeder das Recht zu studieren was er möchte, aber wenn man begabt ist und Kernphysik studieren möchte, ist es klar, dass man nach seinem Abschluss dahin geht, wo die größte Nachfrage besteht. Schließlich gibt es auch Fächer, die man nur im Heimatland verwirklichen kann. Daher möchte ich, dass mir Herr Lemaitre den Hintergrund erklärt, als vor ein paar Monaten die meisten Top-Forscher in

Frankreich gedroht hatten, nach Amerika zu gehen und nicht in Frankreich zu bleiben. Hier in Deutschland hatten wir diese Diskussion dagegen nicht, vielleicht noch nicht?

Ingo Pies, Universität Halle Wittenberg

Herr Lemaitre, Sie werden sich gestern vielleicht gewundert haben, als Frau Süßmuth mehrfach den Begriff „Humanpotential“ verwendet hat. In Deutschland darf man „Humankapital“ nämlich eigentlich nicht mehr sagen. Wir haben den Begriff in diesem Jahr zum Unwort des Jahres erklärt. Unter breitem Beifall der Öffentlichkeit wird hier versucht einen Begriff moralisch zu discreditierten, obwohl er doch eigentlich nur die Idee auf den Begriff bringt, dass es darum geht, in Menschen zu investieren. Deswegen würde ich Sie gerne fragen: Wie werden denn die Humankapital-Investitionen in den Herkunftsländern des brain drain finanziert? Es macht ja einen großen Unterschied, ob diese Finanzierung öffentlich oder privat erfolgt. Und es macht auch einen großen Unterschied, ob – wie in Deutschland – Hochschulbildung als öffentliches Gut praktisch kostenfrei abgegeben wird, in der Hoffnung, dass die Hochqualifizierten auch zu Hochverdienern werden, die dann über die Steuerprogression hohe Steuern zahlen, so dass sie ihren Subventionsbetrag auch wieder zurück erstatten oder ob man Bildung von vornherein privat finanziert, was dann natürlich Schwierigkeiten macht, weil der Kreditmarkt nicht richtig funktioniert. Wie finanziert man also die Humankapital-Investitionen in denjenigen Ländern, die Herkunftsländer für brain drain sind?

Frank Lemke, Deutsche Welle Akademie

Heute morgen ist das erste und letzte Mal der Begriff Medien in den Mund genommen worden. Da ich aus einem internationalen Sender komme, möchte ich doch die Frage stellen: warum haben die Medien gestern und heute keine große Rolle gespielt? Warum sind die Medien bei so etwas, auch in den Köpfen, eigentlich nie präsent? Das ers-

te Forum, das es hier je gegeben hat, hat sich mit der Rolle der Medien bei der Globalisierung und der Entwicklungspolitik beschäftigt. Ich glaube nach wie vor, dass für die so genannte vierte Gewalt, die wir ja darstellen, in vielen Ländern viel zu tun wäre, gerade wenn ich an AMARC denke, den Zusammenschluss der Community Radios, oder an das, was Herr Hunger vorgetragen hat. Nur besteht offensichtlich bei denen, auch bei den internationalen Organisationen, die hier anwesend sind, offensichtlich das Gefühl „ja, ja, Medien sind ganz wichtig“, aber eigentlich wird die Rolle der Medien in diesem ganzen Zusammenhang nie definiert. Und ich frage also: warum ist das so? Und zweitens: ist das Panel oder andere der Meinung, dass die Medien eine Rolle spielen oder kann man sie vergessen? Danke schön.

Krishnan

It is important to be aware of which time span we are talking. The past twenty or thirty years are a very short period of time when you talk about migration from India or China. From these countries we have diasporas for hundreds of years, like the Indian Diaspora in South Africa or in the Caribbean. To what extent do these diasporas link themselves to what is happening in today's India? To what extent does the diaspora of Chinese origin relate to what happens in China today? Millions of migrants from China are living abroad since hundreds of years. Do they really in any way contribute to the development of China? Do we know to what extent the Afro-Americans can really contribute to the development of Africa? We don't know their role. We must be clear that here we only talk about recent migration for the past maybe twenty, thirty years.

I would also like to question whether we aren't a bit over-stating or sort of over-emphasizing the importance of the IT-revolution in India. Aren't we exaggerating the reality? Because the population and the income disparity in India still hasn't really decreased despite the actual IT-revolution. The modern part of Indian society might have a

varnish of prosperity. But deep inside, to what extent is it really contributing to addressing the basic problems of a society like India's? Thank you.

Moderator

Und nun möchte ich Herrn Lemaitre um Antwort bitten.

Lemaitre

Okay, I will put two questions together. The whole question of human capital and what is happening in developing countries in respect to investment. I think tertiary attainment in developing countries is largely publicly funded. There is a tendency to over-invest in this area relative to what is done in primary and secondary education, because there is a small core of an elite which creates a strong demand. On the one hand this elite has easy access to public funds to satisfy their demands. On the other hand it quite often chooses fields of study that almost imply expatriation and then actually does expatriate after studies. That is not the full picture, but an important aspect of it. There is also more and more private financing of tertiary education. Certainly in countries where a middle and upper-middle class elite develops, they also do have private funds. Some of the returning Chinese migrants now are paying their own way. That is the case in India as well. So you have a bit of both. Whereas in the 60ies funding of tertiary education was largely public and it was viewed as being a major drain on the investments in developing countries there is a bit more of a mix now.

On the issue of the time span of migration and diaspora the data I presented, covered just the migration over the last perhaps 40 years. Now what happens with respect to people who have not returned to their countries of origin for a hundred years? I suspect there is a sort of dilution that goes on. And the context of and link to the country of origin is to a certain extent lost. Certainly if you look at the settlement countries, I don't think there is much contact any more let us

say between the Chinese that migrated in the 19th century and their country of origin which is China. In North America for example they are completely American, they are completely Canadian, there is very little contact with China. The second generation migrants when they do return to the country of origin of their parents, they are not viewed as Turks or Chinese anymore. They are viewed as Germans or Americans. There is a natural sort of dilution effect, natural integration that occurs over time. I hope that answers your question.

Hunger

Ich möchte zunächst etwas zur Situation des IT-Sektors in Indien sagen. Ich stimme Ihnen zu, man kann sicherlich nicht davon ausgehen, dass der IT-Sektor jetzt für die gesamte Entwicklung in Indien entscheidend sein wird und alle Probleme lösen wird. Und ich wollte auch betonen, dass es nach wie vor große Probleme in Indien gibt. Dennoch: was würde passieren, wenn wir diese Entwicklung im Software-Sektor in Indien nicht hätten? Es ist eine der wichtigsten Quellen des Optimismus in Indien und es kann auch so etwas wie eine Initialzündung für andere Bereiche sein. Es ist zumindest in den Köpfen teilweise schon vorweg genommen, dass in Indien jetzt auch in anderen Bereichen eine Entwicklung genauso erfolgreich passieren wird. Insofern stimme ich Ihnen zu, das ist nicht die Lösung aller Probleme. Aber man muss eben auch anders herum fragen: Was wäre, wenn jetzt gerade dieser Bereich, der wirklich Vorbildcharakter für andere Bereiche hat, nicht da wäre? Insofern würde ich die Rolle der IT-Wirtschaft auch nicht unterschätzen.

Dann zur Frage der Diaspora. Sie haben Recht, dass man auch auf andere Gruppen gucken müsste. Aber ich habe jetzt besonders die IT-Wirtschaft untersucht und dort kann man feststellen, dass es eindeutig die Migranten in den USA sind, die diese ganze Entwicklung getragen haben. Es ist für mich auch kein Zufall, dass es die Migranten in den USA sind, weil sie dort die Möglichkeit

bekommen haben, unternehmerisch tätig und erfolgreich zu werden. Was in diesem Zusammenhang auch interessant ist, es sind nicht die Migranten, die in den 90er Jahren in die USA gegangen sind, sondern die, die schon in den 70er Jahren in die USA gegangen sind, die dort studiert haben und sich schon selbständig gemacht haben und viele Jahre dort verbracht haben, die dann Einkommen, Kenntnisse und Fähigkeiten nach Indien zurück getragen haben. Das müsste man auch bedenken, wenn man jetzt darüber nachdenkt, so etwas vielleicht auch in Deutschland zu initiieren. Allerdings hinkt der Vergleich etwas, weil man die unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialsysteme in den USA und in Kontinentaleuropa berücksichtigen muss. Da hat man einfach eine unterschiedliche Dynamik.

Vielleicht kann ich ein oder zwei Sätze zum Thema Gesundheitsmigration sagen. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Bereich, wo wir eigentlich nach wie vor vom brain drain sprechen müssen und was in den betroffenen Ländern ganz ernsthafte Probleme nach sich zieht. Was ich daran interessant finde, ist die sich entwickelnde oder die zu beobachtende Interdependenz. Wir diskutieren heute die Finanzierung des Gesundheitssystems in Deutschland. Wir haben im Moment noch keine große Arbeitsmigration im Gesundheitssektor nach Deutschland, allerdings gibt es erste Anzeichen in Ostdeutschland. Und es könnte gut sein, dass in zwei, drei Jahren auch Deutschland sich die Frage stellt: müssten wir nicht Gesundheitspersonal aus dem Ausland rekrutieren? Warum ist das vielleicht in zwei, drei Jahren der Fall? Das hängt mit Entscheidungen zusammen, die Anfang der 90er Jahre getroffen wurden, beispielsweise mit dem Gesundheitsstrukturgesetz in Deutschland, wo man zum ersten Mal eine richtige Kostendeckelung in das deutsche Gesundheitssystem eingezogen hat und das in einem Nachlauf von zehn, fünfzehn Jahren heute dafür sorgt, dass der Arztberuf und Pflegeberufe gar nicht so attraktiv mehr sind, wie das früher der Fall war. Aber

man hat damals natürlich nicht darüber nachgedacht, genauso wenig wie man es heute tut: Was passiert eigentlich, wenn wir dort auch zu Gehaltskürzungen kommen, wenn wir da die Kosten begrenzen. Was bedeutet das in zehn, zwanzig Jahren für die Migration? Und genau den Effekt haben wir in Großbritannien, wo wir ein steuerfinanziertes Gesundheitssystem haben, was stark unterfinanziert ist und was regelmäßig dazu führt, dass man dort Arbeitskräftebedarf hat. Das heißt also, diese Frage des brain drain aus Entwicklungsländern im Gesundheitssektor ist sehr stark mit unseren Problemen hier verbunden. Und das ist ein sehr schwieriges Thema. Wenn Sie das heute in die Debatte einbringen wollen, glaube ich, hat man Schwierigkeiten, den Zusammenhang deutlich zu machen. Danke schön.

Moderator

Gut, die Frage mit den Medien überlasse ich Herrn Lampe beim Schlusswort. Noch eine kurze Runde, fangen wir einfach mal von vorne an.

Rhan Gunderlach, storyteller tv

Ich bin gebürtige Koreanerin und kann aus dieser Erfahrung sprechen. Ich glaube, dass Deutschland überhaupt keine Angst mehr vor einer ganz großen Immigrantenvelle haben muss. Das Interesse an Deutschland ist ziemlich verebbt. In den 80er Jahren – mein Vater ist Professor für Germanistik – konnte er sehr viele Studenten verzeichnen, die bei ihm Deutsch gelernt haben, mit der Tendenz, dass heute eigentlich das Interesse gegen Null tendiert. Deutschland hat es in den 80er Jahren versäumt, eine Atmosphäre und Integrationspolitik zu schaffen, dass Ausländer, auch gut ausgebildete Ausländer, gerne hier geblieben wären. Es hat sich in Korea z. B. auch herum gesprochen, dass gut ausgebildete Leute hier gar nicht mehr oder gar nicht willkommen sind. Allein die Tatsache, dass ich, wenn ich eine Zeitlang in Amerika bin, Corean American spreche. Dieses Wort z. B. gibt es in Deutschland gar nicht. Ich bin hier, ich lebe hier Jahrzehnte

und ich werde immer gefragt: Woher kommst du? Bist du Ausländerin? Diese Integrationsmöglichkeit, die wurde versäumt in Deutschland.

Andrea Riester, BMZ

Ich arbeite zum Thema Migration und daher hat mich besonders der Vortrag von Herrn Hunger interessiert. Ich wollte etwas zu der These „Migrationspolitik als bessere Entwicklungspolitik“ sagen. Diese Entwicklung in Indien ist ja sehr singulär, bedingt durch die Voraussetzungen, die dort gegeben sind, also eine relativ hohe Bevölkerungszahl, relativ gut ausgebildetes Grundbildungssystem. Und dann hat der Erfolg des brain gain ja erst eingesetzt, nachdem die Regierung relativ umfassende politische und wirtschaftliche Reformen durchgeführt hat. All diese Dinge sind ja in den Ländern, mit denen wir in der Entwicklungszusammenarbeit normalerweise zusammenarbeiten, nicht gegeben, was ja ein Grund für die Zusammenarbeit ist. Insofern wäre meine Frage: glauben Sie, dass diese Entwicklung auch für andere Länder reproduzierbar ist und was sollten dann die Rahmenbedingungen sein?

Herr Melcher

Gestern hatten wir mit Frau Beck eine interessante Diskussion über die Begriffe. Sie hat ja, wenn ich das richtig verstanden habe, den Diasporabegriff in die Nähe von den Begriffen Parallelgesellschaft und Ghettoisierung gebracht, aus ihrem starken Bedürfnis, die Integrationsfrage sozusagen in den Vordergrund zu stellen. Deshalb meine Frage an Herrn Hunger: Sie haben in Ihrem Beitrag nicht ein einziges Mal den Diasporabegriff, sondern Integrationspolitik, Migration usw. verwandt. Hat das einen bestimmten Grund oder ist das eher zufällig?

Moderator

Dann sind wir glaube ich durch. Ich gebe, weil die Fragen doch sehr spezifisch an ihn gerichtet waren, zunächst an Herrn Hunger. Also die erste Frage zur Reproduzierbarkeit dieses Erfolgs in Indien. Wir hatten auch ei-

nen Bericht, dass es in China offensichtlich nicht so viel anders aussieht.

Hunger

Man könnte Taiwan als weiteres Beispiel anführen, wo die Entwicklung im Hardware-Bereich im Grunde genommen die gleiche Story ist, die ich für den Software-Bereich in Indien geschildert habe. Da bestehen auch Netzwerke zwischen Silicon-Valley und Investitionsparks in Taiwan. Sie haben aber Recht, dass es natürlich spezifische Voraussetzungen gibt, für diese Art des brain gains. Und in Indien und auch in China spielt natürlich die große Bevölkerungszahl eine Rolle. Das heißt also auch, die große Menge an Auswanderern in den USA.

Wenn Sie eine kleine Gruppe von Auswanderern in den USA oder auch eine kleine Minderheit in Deutschland haben, die sehr erfolgreich ist, können die vielleicht nicht die Menge an Kapital zurück transferieren. Dennoch glaube ich, dass das auch für andere Länder sehr wichtig sein kann. Ich denke vor allen Dingen an Schwellenländer. Man kann einen Zusammenhang herstellen zwischen der Größe der Auslandspopulation, man könnte auch sagen Diaspora, von Hochqualifizierten in den OECD-Staaten oder nur in den USA und Berichten über so genannten brain drain in den Herkunftsländern. Man kann eigentlich sagen, dass man, wenn eine bestimmte Investitionssicherheit erreicht ist, dann diese Rückübertragungsprozesse beobachten kann. Da wäre Mexiko ein ganz interessanter Fall. Es gibt eine sehr große Zahl auch von Hochqualifizierten, nicht nur Gering- und Mittelqualifizierten, in den USA, die sicherlich auch als Ressource für Mexiko genutzt werden könnten. Da gibt es Ansätze, es gibt auch fast ein Ministerium oder eine Unterabteilung, die sich für die Mexikaner in den USA einsetzen sollen. Da würde ich aber sagen, mangelt es an den Strukturvoraussetzungen in Mexiko und da müsste man dann ansetzen. Das gilt auch für andere Bereiche.

Im deutschen Kontext ist es interessant – ich würde sogar die These aufstellen, dass das für die Türkei auch gelten würde – dass da eigentlich der Level der Investitionssicherheit, die Strukturen noch nicht das Niveau erreicht haben, um dort auch positive Prozesse in Gang zu setzen, obwohl wir ja einige Berichte hier hatten.

Moderator

Eine letzte Antwort von Herrn Lemaitre und dann werde ich Ihre Zeit nicht weiter beanspruchen.

Lemaitre

This is to address a previous question, which was reiterated by the participant from Korea: Why did the best go to the US? I think the German Green Card is not a Green Card at all. The Green Card is poorly named actually, because the Green Card in the United States gives you the right of permanent residence and that is not the case with the German Green Card.

Now, what are the opportunities for highly qualified immigrants who want to come to the United States? Contrary to popular belief, immigration to the United States is largely family based. There are two ways for highly qualified people to come in. One is the so-called Green Card. Out of the million immigrants that the United States take every year, there is only about 7 %, so about 70 000, who are highly qualified under the Green Card system. Another 70 000 are family members of these. The second way is the so-called H1B. This is, very similar to the German Green Card, a temporary permit. You get it for three years. It is renewable for another three. This is the way a lot of the Indian IT-specialists came into the U.S..

What is interesting, however, is that the United States, Australia, New Zealand and Canada are allowing a passage from these temporary permits into the permanent Green Card system. 50 % of migrants to the United States who get Green Cards are already in the country. The same is true of

Australia, which gives points for people that are educated in Australia in order to get in on a permanent basis. There are means for people to stay on after the end of their studies, that are not generally available in many European countries.

The United States have committed themselves under the World Trade Organisation agreement, to admit 65 000 H1B migrants every single year until the end of time or until this agreement is forgone. They cannot reduce that number because they have committed themselves under the World Trade Organisation agreement. So every single year you have 65 000 highly qualified H1B migrants coming to the United States. Whereas Germany under its so called „Green Card“ system offers every year 20 000 migration permits of a similar nature, which, however, can not be completely filled for whatever reason. Remember what the estimates of Germany's need were at that time. People talked about 700 000 IT-specialists. In Europe it was 2 million. I think the bursting of the dot.com bubble took the wind out of that sail.

The second question is the funding of research. I think the governments in Europe are cutting down on publicly funded research. In the United States there is a heavy government involvement in this. The research infrastructure is very rich. There is lots of money available. The salaries of teachers and researchers are very high. You talk to anybody who is expatriated to the United States for research reasons. There is a very strong motivation for moving to the United States: All of these reasons combined result in a very strong attraction for highly qualified researchers, teachers, engineers to come to the United States. While it is perhaps a less regulated type of society it is very favourable to highly educated people, maybe less so to the low-skilled and badly educated than it is the case in Europe. If you consider these observations you understand why people go to the United States. Canada on the contrary loses lots

of highly qualified people to the United States. You talk to anyone of those and they will say: I just couldn't possibly have attained in Canada what I got at Stanford or at MIT.

Moderator

Ich schließe jetzt, auch wenn ich denke, dass es noch eine Menge zu diskutieren gäbe. Diese Diskussion hat hoffentlich den Blick auf den Nutzen und den Schaden, den Migration anrichten kann, ein bisschen verändert. Das wünsche ich mir jedenfalls. Und ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Lampe

Auch von mir an dieser Stelle noch mal ganz kurz den herzlichen Dank unseres Teams an das Panel, an die Moderatoren, an Sie, die Sie hier ausgeharrt haben und uns mit Ihren kompetenten Fragen beflügelt haben und weiter geführt haben.

Ich werde jetzt der Aufforderung von Herrn Mundt zu den Medien Stellung zu nehmen, nicht folgen. Ich finde sie waren sehr präsent. Die ganze Globalisierung wäre ohne sie – ich würde sagen nicht die vierte, sondern die erste Gewalt – gar nicht vorstellbar. Gestern gab es ja auch einige Hinweise darauf, dass in Ungarn allein 12 Zeitungen unter der chinesischen Diaspora erscheinen.

Da, wie Sie inzwischen alle wissen, dieses 12. Forum, das letzte Forum für mich und Herrn Fitschen war, möchte ich mich auch noch weiter rückblickend bedanken, dass Sie uns während dieser letzten gut zweieinhalb Jahre treu geblieben sind. Ich bin sicher, das Forum wird auch in Zukunft blühen und gedeihen. Herr Fitschen und ich werden auch in Zukunft mit dabei sein, vielleicht ich öfter als Herr Fitschen, denn für ihn ist die Anreise etwas länger aus New York. Ich hoffe, Sie dann alle hier vielleicht noch zahlreicher wieder zu sehen. Vielen Dank.

Teilnehmer/innen

| Vorname Nachname | Organisation |
|-------------------------------------|--|
| Dirk Adamaszek | Auswärtiges Amt |
| Prof. Dr. Ulrich Albrecht | Freie Universität Berlin |
| Peter Amsler | Bahai Vertretung Deutschland |
| Dr. Steffen Angenendt | DGAP |
| Gayane Apinyan | Freie Universität Berlin |
| Christian Arndt | SID-Berlin |
| Monika Bär | Siemens AG |
| Stefan Bannach | GTZ |
| Britta Baron | Canadian Universities' Centre |
| Carl-Walter Bauer | Deutsches Rotes Kreuz |
| Thomas Bausch | AGEF |
| Heiner Benking | Friedenszentrum |
| Philipp Bilsky | Freie Universität Berlin |
| Prof. Dr. Siegfried Bock | Verband für internationale Politik und Völkerrecht |
| Vera Bünte | MdB Joschka Fischer |
| Andrea Burg | Helog KG |
| Werner Burkart | Auswärtiges Amt |
| Friedemann Büttner | Freie Universität Berlin |
| Daniel Craffonara | Blue 2 |
| Valerio De Parolis | Auswärtiges Amt |
| Sabine Domke | Freie Universität Berlin |
| Klaus Dünnhaupt | AGEF gGmbH |
| Sophie Fabricius | |
| PD Dr. Brigitte Fahrenhorst | Technische Universität Berlin |
| Cyril Fegue | Politologe |
| Dr. Irene Fellmann | BMZ |
| Sandra Fischer | Osteuropa-Institut |
| Dr. Hermann Freiherr von Richthofen | Botschafter a.D. |
| Dr. Alexander Gunther Friedrich | UN Exekutivsekretär a.D. |
| Erich G.Fritz | MdB |
| Sabine Froese | Freelance |
| Aloys Funke | Pax Christi Deutschland |
| Dr. Gerhard Gad | VENRO e.V. |
| Thomas Gebauer | Medico International |

| | |
|-----------------------------|----------------------------------|
| Julia Gieseler | Auswärtiges Amt |
| Christina Gille | |
| Hanna Gleiß | Freie Universität Berlin |
| Ulrike Graalfs | Universität Potsdam |
| Gudrun Graichen-Drück | BMZ |
| Christian Grünhagen | Institut für Auslandsbeziehungen |
| Dr. Sabine Grund | SID |
| Manfred Günther | Auswärtiges Amt, a.D. |
| Gisela Hagenguth | Bündnis 90/Die Grünen |
| Adrian Justus Paul Heinrich | Co2-Online gGmbH |
| PD Dr. Hans-Joachim Heintze | Universität Bochum |
| Wolfgang Heller | ILO Berlin |
| Nicole Helmerich | Freie Universität Berlin |
| Bernd Hemingway | IOM Berlin |
| Yvonne Herzmann | Freie Universität Berlin |
| Kurt Hildebrand | Kreditanstalt für Wiederaufbau |
| Dr. Reinhard Hilger | Botschafter a. D. |
| PD Dr. Felicitas Hillmann | Freie Universität Berlin |
| Stefan Hohlfeld | Universität Potsdam |
| Johannes Holz | Missio |
| Ulrich Irmer | |
| Murtaza Jaffer | Industrial Court Nairobi |
| Dana Helena Jelic | |
| Regina KaltheGener | |
| Judith Kiss | Freie Universität Berlin |
| Rita Klages | Nachbarschaftsmuseum e.V. |
| Ingolf Klein | Freie Universität Berlin |
| Young-Eun Ko | Freie Universität Berlin |
| Martin Kotthaus | Auswärtiges Amt |
| Stefanie Krug-Rohn | Institut für Auslandsbeziehungen |
| Andreas Kulick | Auswärtiges Amt |
| Björn Kümmel | Freshfields |
| Frank Lemke | DW-Akademie |
| Astrid Ley | Freie Universität Berlin |
| Klaus Liebetanz | Fachberater für |
| Katastrophenmanagement | |
| Heribert Löhr | Siemens AG |
| Dr. Klaus-Martin Lotz | Deutscher Bauernverband |
| Hans-Christian Mahnke | Institut für Auslandsbeziehungen |
| Peter Mares | Institut für Auslandsbeziehungen |
| Dominik Meier | miller und meier consulting |

| | |
|-----------------------------------|---|
| Marion Messerschmidt | Deutsches Rotes Kreuz |
| Martin Michaelis-Seidler | InWEnt-Forum |
| Arne Molfenter | Regional United Nations Information Centre |
| Frank Müller | Freie Universität Berlin |
| Friedemann Müller | Stiftung Wissenschaft und Politik |
| Wolfgang Müllor | Arbeitsgruppe Weltwirtschaft, SPD-Bundestagsfraktion |
| Sabine Mundolf | EAF |
| Franziska Nehls | Bundesamt für Migration und Flüchtlinge |
| Harald Neitzel | Bundesumweltministerium |
| Karin Nordmeyer | UNIFEM Deutschland |
| Helmut Palla | Lateinamerika-Forum Berlin |
| Christopher Paun | Auswärtiges Amt |
| Dr. Jutta Pehle | Katholischer Deutscher Frauenbund |
| Raphael Pfantsch | GTZ |
| Prof. Ingo Ples | Martin-Luther Universität, Halle |
| Iwona Podrygala | Freie Universität Berlin |
| Hans Pravda | |
| Dr. Luiz Ramalho | InWEnt gGmbH |
| Matthias Rau-Göhring | Auswärtiges Amt |
| Dr. Andreas Rechkemmer | Advisor, United Nations University |
| Andrea Riester | BMZ |
| Cornelia Rogall-Grothe | Bundesministerium der Innern |
| Reiner Rohr | Fulbright-Kommission |
| Guillermo Ruotolo | Mundo latino tv |
| Petra Ruth | |
| Bruno Salzmann | Universität Hannover |
| Dr. Gunter Schall | Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. |
| Joanna Schallert | Osteuropainstitut |
| Heribert Scharrenbroich | Care International Deutschland e.V. |
| Thomas Martin Schimmel | Missionszentrale der Franziskaner |
| Dr. Alfred Schmidt | Volkswagenstiftung |
| Brigitte Schmidt-Hackenberg | Auswärtiges Amt |
| Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert | AHT Group |
| Dirk Schmittchen | Auswärtiges Amt |
| Jan Peter Schoffer | Gesellschaft für bedroht Völker |
| Michael Scholing-Darby | Volkswagen |
| Peter Scholz | Auswärtiges Amt |
| Dr. Hans Jörg Schrötter | Bundespresseamt |
| Prof. Dr. Hans-Joachim Schütz | Universität Rostock |

| | |
|---------------------------------|---|
| Annette Severy | Auswärtiges Amt |
| Barbara Staib | Wirtschaftssenat |
| Dr. h.c. Klaus-Heinrich Standke | Präsident, Komitee zur Förderung der Deutsch-Französisch-Polnischen Zusammenarbeit e.V. |
| Hans-Joachim Stange | Bundesministerium des Innern |
| Walter Stechel | Auswärtiges Amt |
| Dr. Wolfram Stierle | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| Dr. Heidrun Suhr | RWE Rhein-Ruhr AG |
| Prof. Bernd Teuckhoff | Auswärtiges Amt |
| Kerstin Thoenes | Museum Europäischer Kulturen |
| Dr. Elisabeth Tietmeyer | Auswärtiges Amt |
| Ralph Timmermann | Vereinte Nationen |
| Susanne Tinkl | Consultant |
| Shungu Tundanonga-Dikunda | Osteuropainstitut |
| Ganna Ugryumova | Deutscher Bundestag |
| Maria Vasiu | Kultur |
| Astrid Vehstedt | Care International Deutschland |
| Dr. Falk-Ulrich von Hoff | GEXSI |
| Olaf von Lindequist | OECD, Berlin Centre |
| Heino von Meyer | Auswärtiges Amt |
| Tania von Uslar | Mundo Latino tv |
| Brigitte Vorholz | Mundo Latino tv |
| Hans-Joachim Vorholz | Mundo Latino tv |
| Mirtha Vorholz | Mundo Latino tv |
| Stephan Vorholz | epd-Bundesbüro |
| Jutta Wagemann | DGVN |
| Beate Wagner | Freie Universität Berlin |
| Prof. Peter Waller | ÖNZ |
| Annette Weber | Diakonisches Werk der EKO |
| Katharina Wegner | Publizist |
| Jürgen Weinert | Menschenrechtszentrum |
| Dr. Norman Weiß | Bündnis 90/Die Grünen |
| Reinhard Weißhuhn | Universität Rostock |
| Prof. Dr. Nikolaus Werz | Auswärtiges Amt |
| Constanze Westervoß | MASGF Brandenburg |
| Elfi Wiedemann | Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. |
| Dr. Claudia Wörmann | Helog Kg |
| Wolfgang Zagel | SID-Berlin |
| Frank Zelazny | Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. |
| Karl-Otto Zentel | |

Atussa Ziai

Victoria Zimmermann von Siefert

Clemens zur Hausen

Auswärtiges Amt

Bundeskanzleramt

Auswärtiges Amt

Das Forum Globale Fragen

Das **Forum Globale Fragen**, 1999 vom Auswärtigen Amt im Beisein von UNO-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen, befasst sich mit einem breiten Spektrum globaler Herausforderungen und führt staatliche und nichtstaatliche Akteure der internationalen Politik zu einem Meinungsaustausch zusammen.

1. 28.-29.04.1999 Globalisierung – Neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft in der Außenpolitik
2. 06.-07.10.1999 6 Milliarden Menschen – Bevölkerungswachstum als eine zentrale globale Herausforderung
3. 08.-09.05.2000 Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft
4. 24./25.10.2000 Die UNO stärken, neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel
5. 25.-26.06.2001 Neue globale Partnerschaften
6. 15.-16.10.2001 Globalisierung und Kommunikation
7. 16.-17.05.2002 Dialog der Kulturen
8. 20.-21.02.2003 Außenpolitik in Echtzeit? Die Medialisierung der Weltpolitik
9. 11.-12.12.2003 „Fest entschlossen, unsere Kräfte zu vereinen...“ – Die VN als Motor globaler Strukturpolitik
10. 24.-25.06.2004 Kein Frieden ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Frieden – Sicherheitspolitik zwischen Militäreinsatz und Entwicklungshilfe
11. 19.04.2005 Global Players – Fußball, Globalisierung und Außenpolitik
12. 02.-03.06.2005 Welt ohne Grenzen? Globalisierung und Migration
13. 06.-07.04.2006 Die Welt als Stadt, die Stadt in der Welt – Globalisierung, Urbanisierung und Internationale Politik

In der seit 2003 laufenden Veranstaltungsreihe **Forum Globale Fragen – kompakt**; (jeweils eine Podiumsveranstaltung statt bis zu vier im Forum Globale Fragen) fanden bisher fünf Veranstaltungen statt:

1. 09.09.2003 Der Global Compact: public responsibility oder public relations ?
2. 20.09.2004 Eine Weltumweltorganisation: Ökokratie oder Motor globaler
Umweltpolitik ?
3. 27.10.2004 Frieden braucht Frauen – Sicherheitspolitik braucht Geschlechter-
perspektive !
4. 16.02.2005 Vielfalt statt Einfalt – Muss die Kultur vor der Globalisierung ge-
schützt werden ?
5. 20.10.2005 Stehen wir auf der Leitung? Wasserpolitik nach dem UN-Gipfel
2005.

Liste und Dokumentation bisheriger Veranstaltungen finden sich unter

www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/vn/foren

Sie können auch in Broschürenform bestellt werden bei

broschuerenstelle@auswaertiges-amt.de oder

Tel: 030 - 5000 4990

Fax: 030 - 5000 54990

Veranstalter: Auswärtiges Amt
Arbeitsstab Globale Fragen
Leiter: Christian Much
Sekretariat: Ulrike Ungewiß
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel: 030 - 5000 1923
gf09-s@diplo.de